

**Bericht**

der Landesregierung

**Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der  
Landesregierung**

**5. Bericht der Landesregierung**

gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010

„Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“

(Drucksache 5/632-B)

# Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

## 5. Bericht der Landesregierung gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010 „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ (Drucksache 5/632-B)

### Inhalt

<b>I Vorbemerkungen.....</b>	<b>2</b>
<b>II Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung .....</b>	<b>5</b>
<b>III Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ .....</b>	<b>10</b>
<b>III.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit..</b>	<b>10</b>
<b>III.2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos .....</b>	<b>10</b>
<b>III.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie .....</b>	<b>11</b>
<b>III.4 Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung .....</b>	<b>13</b>
<b>III.5 Opferperspektive e.V. ....</b>	<b>14</b>
<b>III.6 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.....</b>	<b>15</b>
<b>IV Ministerien.....</b>	<b>17</b>
<b>IV.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie .....</b>	<b>17</b>
<b>IV.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport .....</b>	<b>20</b>
<b>IV.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung .....</b>	<b>23</b>
<b>IV.4 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft .....</b>	<b>24</b>
<b>IV.5 Ministerium des Innern .....</b>	<b>26</b>
<b>IV.6 Ministerium der Justiz .....</b>	<b>32</b>
<b>IV.7 Ministerium der Finanzen .....</b>	<b>33</b>
<b>IV.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur .....</b>	<b>34</b>
<b>IV.9 Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten .....</b>	<b>35</b>
<b>Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ .....</b>	<b>37</b>

## I Vorbemerkungen

Der erfolgreiche Einsatz für eine starke und lebendige Demokratie erfordert das gemeinsame Engagement von Staat und Zivilgesellschaft. Diesem Grundsatz folgend setzt sich die Landesregierung mit ihrem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ seit mehr als 15 Jahren für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. In dieser Zeit ist es gelungen, mehr und mehr Partner in die Arbeit für ein weltoffenes und tolerantes Land einzubinden sowie vielfältige Netzwerkstrukturen auszubauen. Das stellte auch Prof. Dr. Jaschke Ende 2011 in seinem Gutachten zur „Analyse der politischen Kultur Brandenburgs“ fest, das er im Auftrag der Enquete-Kommission 5/1 zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ erstellt hatte. Darin heißt es, das Landeskonzept „Tolerantes Brandenburg“ insgesamt habe erhebliche positive Folgewirkungen nach sich gezogen und eine Beratungs- und Netzwerkstruktur aufgebaut, die zum Vorbild wurde.<sup>1</sup>

Sowohl Prof. Dr. Jaschke, als auch mehrere Mitglieder des Landtages haben im Rahmen der Enquete-Kommission empfohlen, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ von einer unabhängigen Stelle evaluieren zu lassen und bei Bedarf an veränderte Entwicklungen anzupassen. Dies hat die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ dazu bewegt, die Möglichkeiten einer Evaluierung zu prüfen. Da eine Evaluierung jedoch einen enormen finanziellen und zeitlichen Aufwand bedeuten würde, wurde alternativ eine wissenschaftliche Expertise in Auftrag gegeben. Sie ist gemeinsam von dem Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Wilfried Schubarth, dem Humangeographen Prof. Dr. Manfred Rolfes und dem Politikwissenschaftler Dr. Michael Kohlstruck erstellt worden. Damit soll dem Wunsch Rechnung getragen werden, das Wirken des Handlungskonzepts von unabhängigen Wissenschaftlern genauer zu betrachten, um sowohl Erfolge als auch Defizite zu benennen sowie etwaigen Nachbesserungsbedarf zu prüfen.

Aus diesem Grund liegt der Hauptschwerpunkt des diesjährigen Berichts auf der wissenschaftlichen Expertise. Die Beiträge der Ressorts sowie der Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerks wurden auf ein Mindestmaß reduziert und spiegeln ausgewählte Aktivitäten aus dem Jahr 2013 wider.

Zu Beginn des Berichts soll jedoch die Entwicklung des Rechtsextremismus im Land Brandenburg im Fokus stehen. Unter allen extremistischen Erscheinungsformen ist der Rechtsextremismus für Brandenburg weiterhin die größte Herausforderung. In diesem Bereich wird für das Jahr 2013 ein Potenzial von 1.125 (- 15) Personen festgestellt (zur Definition und Zusammensetzung der einzelnen Gruppen im Bereich Rechtsextremismus siehe Verfassungsschutzbericht 2013, Seite 21). Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verliert erneut und ist auf 290 (- 30) Mitglieder gesunken. Darunter sind 20 (-5) „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Auf anhaltend hohem Niveau bewegen sich Neonationalsozialisten mit 430 (+ / - 0) Personen. Mit 390 (- 20) ist die Anzahl „unorganisierter, insbesondere subkultureller und gewaltbereiter“ Rechtsextremisten wiederholt leicht rückläufig. Neu hinzugekommen ist die stark neonationalsozialistisch beeinflusste Partei „Die Rechte“. Sie zählte Ende 2013 etwa fünf Mitglieder.

---

<sup>1</sup> Jaschke, Hans-Gerd (2011). Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematrische Wirkung. Im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Landtags Brandenburg. Berlin, S. 41

Die Bemühungen der NPD Brandenburg, insbesondere mit Blick auf die Landtagswahl 2014 ihre kommunalen Strukturen auszubauen, blieben auch 2013 ohne greifbare Ergebnisse. Dies ist unter anderem dem deutlichen Mitgliederverlust geschuldet. Vergleichsweise aktivere und mitgliederstärkere Landesverbände in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind unerreichbar. In Brandenburg unterhält die NPD acht (+/- 0) mehr oder weniger aktive Kreisverbände. Von den 23 (- 1) Ortsverbänden existieren viele nur virtuell im Internet. Hinzu kommen vier JN-„Stützpunkte“ (+/- 0), von denen insbesondere der „JN-Stützpunkt Schenkenländchen“ hervortrat. Bei den JN zeichnen sich jedoch erhöhte Aktivitäten im Raum Potsdam und Oranienburg ab. Ende 2013 verfügte die NPD in Brandenburg über 26 (- 2) kommunale Mandate. Die Parteiaktivitäten erlahmten teilweise im Laufe des Jahres 2013. Erst zur Bundestagswahl zogen sie an und wurden zum Jahresende hin nochmals intensiviert. Hierbei stand fast ausnahmslos ihre rassistisch motivierte Anti-Asylkampagne im Vordergrund. Dazu zählten Demonstrationen und zahlreiche zumindest NPD-beeinflusste Internetauftritte besonders auf Facebook. Über alle drei im Jahr 2014 anstehenden Wahlen hinweg wird die NPD versuchen, diese Kampagne massiv und aggressiv ins Zentrum ihrer Aktivitäten zu rücken. Durch den erstmaligen Wegfall einer prozentualen Sperrklausel bei der anstehenden Europawahl ist mit einer erhöhten Wahlkampf motivation der NPD zu rechnen. Ihre Hauptaktivitäten wird sie jedoch im Zusammenhang mit der Landtagswahl entfalten. Mit Unterstützung durch eher parteiferne neonationalsozialistische „Freie Kräfte“ ist weiterhin zu rechnen. Insgesamt kommen hier erhebliche Anforderungen auf Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft zu. Durch den Wechsel an der Spitze der Bundespartei von Apfel zu Pastörs kann überdies ein zusätzlicher Radikalisierungsschub der NPD angenommen werden.

Regional unterschiedlich intensiv ausgeprägt war die Zusammenarbeit der NPD mit neonationalsozialistischen „Freien Kräften“. Seit Jahren ist es das erklärte Ziel der NPD, diese einzubinden. Als Scharnier dienen die JN. Mit Hilfe „Freier Kräfte“ versucht die Partei, ihre zahlreichen Defizite auszugleichen. Sie werden als Hilfstruppen für niedere Aufgaben gerade in Wahlkampfzeiten dringend benötigt und benutzt. Neonationalsozialisten weisen eine eindeutige Wesensverwandtschaft mit der NSDAP auf. Daher haben sie in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen, mit ihren Vorstellungen das ideologische Profil der NPD zu bestimmen. Der Verfassungsschutz Brandenburg bezeichnet diesen Prozess als Nazifizierung der NPD. Andere Neonationalsozialisten lehnen diese Zusammenarbeit mit der NPD jedoch ab. Zum einen wollen sie keine Parteien unterstützen, weil sie Parteien als Bestandteil des Systems betrachten, welches sie überwinden wollen. Zum anderen orientieren sich „Freie Kräfte“ ebenso in Richtung der erst 2012 gegründeten Partei „Die Rechte“.

Acht (+ 1) neonationalsozialistische Gruppierungen waren 2013 in Brandenburg aktiv. Auf hohem Niveau bleibt weiterhin das Personenpotenzial. Das 2012 ausgesprochene Verbot der bis dahin auch über die Landesgrenzen hinweg bekannt gewordenen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ wurde im November 2013 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigt. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Zurzeit bleibt jedoch nach wie vor abzuwarten, inwieweit der davon betroffene Personenkreis seine Aktivitäten einstellt oder in andere Strukturen verlagert. Öffentlichkeitswirksame neonationalsozialistische Aktivitäten im Süden Brandenburgs haben jedoch nach dem Verbot spürbar abgenommen. Trotz allem wurden im Laufe des Jahres 2013 neue Aktionsformen im Süden bekannt, welche auf Bezüge zur verbotenen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ schließen lassen

könnten. Die aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft derzeit aggressivsten Neonationalsozialisten sind im Raum Spremberg (SPN) anzutreffen.

Relativ neu ist die erst 2012 vom Hamburger Neonationalsozialisten Christian Worch gegründete Partei „Die Rechte“. Insbesondere in Westdeutschland ist sie zumindest ein Auffangbecken für ehemalige Angehörige verbotener neonationalsozialistischer Organisationen. Der brandenburgische Landesverband wurde im Januar 2013 ins Leben gerufen. Bis Ende 2013 zählte er nur eine Handvoll Mitglieder. Klaus Mann, Landesvorsitzender von „Die Rechte“, war der letzte Landesvorsitzende der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Das Scheitern der am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Fusion von NPD und DVU wird daran erneut ersichtlich. Erst Ende 2013 entfaltete „Die Rechte“ in Brandenburg öffentliche Aktivitäten, indem sie an die Anti-Asylkampagne der NPD andockte. Die Gründung des ersten Kreisverbandes erfolgte am 1. Februar 2014. Daran beteiligt waren unter anderem Angehörige neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“. Mit „Die Rechte“ erwächst der NPD somit zunehmend eine Konkurrentin. Da sich „Die Rechte“ Vorwürfen ausgesetzt sieht, sie sei mehr oder weniger die Neugründung eines verbotenen Vereins, ist sie sehr daran interessiert, über die Teilnahme an Wahlen das Gegenteil zu demonstrieren. Hierbei wird sie mit der NPD auf dem Stimmzettel konkurrieren. Möglich ist dies beispielsweise für den Fall, dass es der Partei „Die Rechte“ gelingt, die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften für die Teilnahme an der Europawahl zu sammeln. Zur diesjährigen Kommunal- und Landtagswahl wird „Die Rechte“ möglicherweise nicht selbstständig antreten. Stattdessen soll sie nach eigenen Angaben Listenplätze bei der NPD erhalten.

Die Zahl rechtsextremistischer Hass-Bands bleibt mit 24 unverändert hoch. Nur in einem Bundesland gibt es mehr. Insgesamt 12 (+/- 0) neue Tonträgerproduktionen wurden festgestellt. Fünf (- 4) Konzerte haben stattgefunden. Davon wurden vier (+ 1) aufgelöst. Aufgrund des hohen Drucks der Sicherheitsbehörden treten brandenburgische Hass-Bands oft außerhalb des Landes auf. Die Konzert-Aktivitäten in Finowfurt (BAR) kamen im zweiten Halbjahr zum Erliegen.

Insbesondere im Süden Brandenburgs bleiben Überlagerungen und gegenseitige Durchdringungen verschiedener, teilweise gewaltaffiner Szenen unter Einbindung des Rechtsextremismus erkennbar. Hinzu kommen Tätigkeiten von rechtsextremistischen Personen in der Produktion und im Vertrieb rechtsextremistischer Hass-Musik. Bezüge zu Sportarten wie „Free-Fight“ konnten 2013 erfolgreich zurückgedrängt werden.

Erstmals wurde eine Gruppe der zurzeit eher internetbasierten „Identitären Bewegung“ als Beobachtungsgegenstand in den Verfassungsschutzbericht aufgenommen. Die „Identitäre Bewegung Cottbus“ wurde am 30. November 2012 gegründet. Nur fünf Personen nahmen teil. Vier davon gehören der regionalen rechtsextremistischen Szene an. Somit sind Ansätze erkennbar, dass Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten sich von der Ideologie der „Identitären Bewegung“ angesprochen fühlen beziehungsweise bemüht sind, sie zu vereinnahmen oder zumindest unter deren Flagge zu segeln.

## II Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung hat die Aufgabe, die Umsetzung des Handlungskonzepts in den einzelnen Ressorts zu begleiten, Aktive vor Ort bei der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, Netzwerkstrukturen auszubauen, das landesweite Beratungsnetzwerk sowie Interventionen gegen rechtsextremistische Übergriffe zu steuern, bei Bedarf neue Handlungsfelder zu erschließen und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Ihr standen 2013 dafür Haushaltsmittel i.H.v. rund 1.477.000 EUR sowie 280.000 EUR Bundesmittel zur Verfügung. Sie wurden vor allem für die Förderung des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus eingesetzt.

Zwei Schwerpunkte prägten die Arbeit des Beratungsnetzwerks sowie der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im vergangenen Jahr: verstärkte Aktivitäten von rechtsextremistischen Personen auf einem Privatgelände in Finowfurt sowie die zunehmenden Anti-Asylkampagnen von Neonationalsozialisten.

Auf einem Privatgelände in Finowfurt wurden seit 2010 immer wieder rechtsextremistische Musikveranstaltungen wie Liederabende und Konzerte, aber auch „Sommerfeste“, „Germanische Sportfeste“, „Preußentage der NPD“ oder „germanische Sonnenwendfeiern“ veranstaltet. Inhaber der Liegenschaft ist der ehemalige DVU-Vorsitzende im Land Brandenburg und heutige Vorsitzende der Partei „Die Rechte“, Klaus Mann. Die Veranstaltungen auf dem Gelände riefen bundesweites Interesse aus der rechtsextremen Szene hervor. Sie bieten neben einer guten Einnahmequelle auch eine Aktionsplattform, welche schon weit im Vorfeld in medialen Netzwerken beworben wird. Ziel der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten ist es, die Bindung junger Szeneangehöriger durch Musik zu erhöhen und den Vertrieb von Tonträgern und Devotionalien zu steigern.

Im Jahr 2013 nahmen diese Veranstaltungen mit insgesamt mehr als 1600 Personen im Umfang erheblich zu. Aus diesem Grund waren die Mitglieder des Beratungsnetzwerks, der Verfassungsschutz und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ verstärkt in Finowfurt aktiv und haben die Gemeinde sowie die örtlichen Bündnisse beraten.

In den vergangenen Monaten haben sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft als auch der kommunalen Verwaltung und Polizei intensiv zusammengearbeitet, um gegen die Etablierung eines rechtsextremistischen Szeneobjektes in dem Ort vorzugehen. Um dieses Handeln seitens der Landesregierung zu unterstützen und aus den Erfahrungen aus Finowfurt zu lernen, wurde im Herbst 2013 unter Federführung der Koordinierungsstelle eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Ziel der AG ist die Erarbeitung eines Leitfadens zum verwaltungsbehördlichen Umgang mit solchen Objekten. An der Arbeitsgemeinschaft beteiligen sich folgende Institutionen bzw. Fachbereiche:

Ministerium des Innern (Verfassungsschutz, Polizei, Brand- und Katastrophenschutz), Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (Bauaufsicht), Ministerium der Justiz (Bekämpfung extremistischer Straftaten), Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hygiene, Lebensmittelsicherheit), Ministerium der Finanzen (Steuerrecht), Gemeinde Schorfheide (Bürgermeister, Ordnungsamt), Landkreis Barnim, Polizeiinspektion Barnim, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos (Mobiles Beratungsteam) sowie die Koordinierungsstelle selbst.

Die Erarbeitung des Leitfadens befindet sich inzwischen in der Endphase. Darüber hinaus soll die

Arbeitsgemeinschaft zukünftig dazu dienen, die für den Interventionsfall örtlich zuständigen Ordnungsbehörden bei der Umsetzung möglicher Auflagen und Verbote fachlich beraten und Ansprechpartner benennen.

Im Zuge der Auseinandersetzungen um geplante Asylbewerberheime haben rechtsextremistische Gruppierungen 2013 landesweit Mahnwachen und Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte durchgeführt und teilweise als Bürgerinitiative getarnt, Hetze in sozialen Medien betrieben. vielerorts wurden Bürgerbündnisse aktiv oder Initiativen haben sich neu gegründet, um sich mit den Asylsuchenden zu solidarisieren.

Das landesweite Beratungsnetzwerk und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ haben diese Aktivitäten analysiert und auf den erhöhten Beratungsbedarf in diesem Themenfeld reagiert. Infolgedessen wurde ein spezifisches Angebot für Bürgermeisterinnen und -meister, Landrätinnen und Landräte, Verwaltungsangehörige, Einrichtungen sowie Einzelpersonen entwickelt bzw. konkretisiert. Ziel ist es, möglichst im Vorfeld von Veränderungen in der Flüchtlingsunterbringung Beratungen durchzuführen, damit sich die Verwaltungen und die Kommunalpolitik frühzeitig auf angemessene Kommunikationsmuster verständigen können.

Das Beratungsangebot wurde in den Kommunen und Gemeinden mit Hilfe des Städte- und Gemeindebundes sowie mit den Netzwerken der Landesintegrationsbeauftragten und des „Toleranten Brandenburg“ bekannt gemacht. Die Rückmeldungen darauf waren sehr positiv. Das Angebot wurde umgehend in Anspruch genommen, sodass die Beraterinnen und Berater mittlerweile vielerorts involviert sind. Darüber hinaus unterstützte der Brandenburger Verfassungsschutz die Beratenden durch einen zügigen Informationsfluss und aktuelle Daten zur Anti-Asylkampagne rechtsextremistischer Gruppen.

Im Jahr 2014 wird im Vorfeld der Wahlen ein Zuwachs der Anti-Asylkampagnen erwartet. Das landesweite Beratungsnetzwerk steht daher weiterhin allen Hilfesuchenden in Asylfragen beratend zur Seite. Darüber hinaus wird das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Frühjahr 2014 eine Argumentationshilfe veröffentlichen, die neben den üblichen rechtsextremistischen Parolen auf die aktuelle Asyldebatte eingeht. Das Heft soll Demokratinnen und Demokraten dabei unterstützen, Propaganda von Rechtsextremen zu erkennen und Provokationen erfolgreich zu begegnen.

Die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie planen das Erarbeiten einer Handreichung für Schulen, die sie mit Hilfe guter Beispiele aus dem Land Brandenburg dabei unterstützen soll, ein eigenes Konzept für die schulische Integration zu entwickeln.

Neben dem landesweiten Beratungsnetzwerk betreibt die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ auch ein Netzwerk von Kooperationspartnern. Es besteht aus mittlerweile 35 Institutionen, die sich intensiv in die Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie einbringen. Viele von Ihnen haben sich beispielsweise am 5. Juni 2013 an der Festveranstaltung zum 15-jährigen Jubiläum des Handlungskonzepts sowie am daran angeschlossenen Fachtag beteiligt und über Visionen für die Zukunft mitdiskutiert.

Im Jahr 2013 neu hinzugekommene Kooperationspartner sind der Landestourismusverband des Landes Brandenburg, der Verband der Campingwirtschaft sowie das Sicherheitsunternehmen GSE Protect. Weitere Partnerschaften sind u.a. mit dem Landesbetrieb Forst, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg sowie der Gemeinde Schorfheide in Planung.

Die Kooperationspartner arbeiten inzwischen untereinander enger zusammen und entwickeln gemeinsame Projekte im Sinne des Handlungskonzepts. Nennenswert sind z.B. der AOK Fußballtag für Vielfalt und Toleranz sowie das Angebot von Fortbildungen durch die Mobilen Beratungsteams an der Landestourismusakademie.

Mit Hilfe von Jahresarbeitsplänen und Kooperationspartnertreffen bindet die Koordinierungsstelle ihre Partner in konkrete Vorhaben mit ein oder entwickelt mit ihnen individuelle Projekte. Ein großer Schwerpunkt in diesem Sinne sind Aktionen rund um das Thema „Wahlalter 16“. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wurde innerhalb des „Rahmenkonzepts zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an Demokratie und Wahlen“ damit beauftragt, Projekte zur Ansprache von demokratiefernen sowie demokratiefeindlichen Jugendlichen zu entwickeln. Darüber ist sie für die Mobilisierung der Erstwählerinnen und Erstwähler verantwortlich. Zum einen sollen auf diese Weise die weniger engagierten oder nicht-organisierten Jugendlichen erreicht werden. Auf der anderen Seite ist es das Ziel, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, da dadurch erfahrungsgemäß der Anteil rechtsextremistischer Wählerstimmen im relativen Verhältnis sinkt.

Eines der ersten Projekte, die sich diesem Ziel verschrieben haben, waren die „Tage der Demokratie“. Sie wurden von der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund in Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ organisiert. Das Event, an dem etwa 1.000 Jugendliche teilnahmen, fand vom 16.-18. August 2013 im Potsdamer Volkspark statt. In rund 40 Workshops befassten sich die Teilnehmenden auf vielfältigste Weise mit demokratischen Prozessen, Wahlen, Medien und Extremismus. Beispielsweise entwickelten die Jugendlichen eigens eine Zeitung mit dem Titel „Jugend und Demokratie“ oder auch eigene Wahlplakate, die aus ihrer Sicht ihre Altersstufe eher ansprechen würden.

Die „Tage der Demokratie“ boten ebenfalls den Auftakt für das „Mobile Schülerstudio“ vom Verein für Medienarbeit im Havelland. Das Schülerstudio ist ein multifunktionales Fahrzeug, das mit sämtlicher Film- und Studioteknik ausgestattet ist. Sie dient dazu, gemeinsam mit jungen Menschen im Rahmen von Medienkompetenzprojekten sich mit Demokratie und Wahlen auseinanderzusetzen. Dazu können die verschiedensten Formate genutzt werden, sei es kurze Internetclips, Nachrichtenspots, Diskussionsdokumentationen u.v.m.

Seit Herbst 2013 fährt das Mobile Schülerstudio unter dem Motto „Deine Stimme - deine Wahl“ im Land Brandenburg umher. Es hat z.B. schon die Landesdelegiertenkonferenz des Landesschülerrates oder auch die Auftaktveranstaltung zum Jahr der Partizipation Ende 2013 begleitet. Das Studio wird 2014 weiterhin intensiv im Land Brandenburg eingesetzt.

Weiteres Element der Aktionen rund um das „Wahlalter 16“ ist der Musikwettbewerb „Deine Stimme zählt“. Er wurde Ende 2012 von der Kreuzberger Musikalischen Aktion in Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ins Leben gerufen. Der Wettbewerb richtet sich an brandenburgische Jugendliche, die dazu aufgerufen sind, sich in eigenen Musikstücken mit Themen wie „Demokratie“, „Toleranz“, „Antirassismus“ und „Zivilcourage“ zu befassen. Aus den besten Songs wird im Frühjahr 2014 eine CD entstehen, die überall im Land verteilt und zum Herunterladen bereitstellen soll.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wird das Jahr 2014 verstärkt dazu nutzen, um auf das Wahlrecht ab 16 Jahren im Rahmen verschiedenster Projekte aufmerksam zu machen. Geplant



sind u.a. die Unterstützung und Begleitung der Juniorwahlen an allen weiterführenden Schulen, ein Partizipationsprojekt der Brandenburgischen Sportjugend sowie die Fortführung der „Demokratie-Mobil“-Tour unter dem Motto „Deine Stimme. Deine Wahl“.

Das „Demokratie-Mobil“ ist seit mittlerweile sechs Jahren in ganz Brandenburg unterwegs. Es wird von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ dazu genutzt, um das Handlungskonzept und die bestehenden Beratungsangebote bekannter zu machen, vor Ort Aktive in ihrem Engagement zu unterstützen und deutlich zu machen, dass die Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus fest an der Seite der Zivilgesellschaft steht.

Im vergangenen Jahr war das „Demokratie-Mobil“ über 40 Mal im Einsatz und davon 21 Mal an den Wochenenden. Es hat seit dem Start der Tour im Jahr 2009 insgesamt rund 100.000 Kilometer zurückgelegt und 300 Termine absolviert. Mit dem von der Mercedes-Benz Niederlassung Berlin gesponsertem Fahrzeug hat die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ beispielsweise Heimat- und Dorffeste, Jugendausbildungsmessen, Feuerwehractionstage, Protestaktionen gegen Neonaziaufmärsche und Veranstaltungen von Vereinen begleitet.

Die Tour wurde mit öffentlichkeitswirksamen Text- und Bildbeiträgen auf der Facebook-Seite der Koordinierungsstelle verbunden. Darüber hinaus wurde auf der Seite über neue Publikationen, Veranstaltungshinweise, neue Entwicklungen des Rechtsextremismus und Aktionen des landesweiten Beratungsnetzwerkes berichtet. Insgesamt wurden 2013 inklusive aller „posts“ 384 Beiträge auf der Facebook-Seite des „Toleranten Brandenburg“ veröffentlicht. Die Seite wurde rund 200.000 Mal von Interessierten aufgerufen. Sie hat 992 Fans und eine Reichweite von mehr als 70.000 Personen, wobei weit mehr Menschen die Seite besuchen, als die Zahl der Reichweite aussagt.

Um das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die damit verbundenen Angebote sowie Netzwerkstrukturen noch bekannter zu machen, hat die Koordinierungsstelle in den vergangenen Jahren immer wieder neue Wege der Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Dabei war es ihr wichtig, die positiven Effekte der neuen Medien verstärkt zu nutzen und auf das veränderte Verhalten der Internetuser einzugehen, die zunehmend mobile Endgeräte gebrauchen. Sie hat deshalb eine eigene „Tolerantes Brandenburg“- AP“ entwickelt. Sie ging am 29. Mai 2013 an den Start. Die App wurde für die Betriebssysteme IOS und Android konzipiert, da sie den größten Marktanteil haben. Sie bündelt sämtliche Informationen zu Ansprechpartnerinnen- und partnern, Projekten und Beratungsangeboten. Darüber hinaus können Anwenderinnen und Anwender mit Hilfe der App die Partner des „Toleranten Brandenburgs“ einfach und schnell kontaktieren sowie Unterlagen zu Projektförderungen herunterladen und mobil bearbeiten.

Neben der technischen Komponente hat die Koordinierungsstelle auch im Jahr 2013 vielen Vereinen und Bündnissen je nach Bedarf Hilfestellungen bei der Beantragung von Fördermitteln gegeben. Sie war sowohl bei der Projektentwicklung, Mittelbeantragung und -Prüfung beratend tätig. Insgesamt hat die Koordinierungsstelle 51 Projekte aus Lottomitteln gefördert.

Darüber hinaus hat sie die Umsetzung der Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesfamilienministeriums sowie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums im Land Brandenburg begleitet. Hier fungierte die Koordinierungsstelle als Beraterin bei der Antragstellung, Vernetzerin, aber auch als Verbindungsstelle zum Bund.

In der aktuellen Förderperiode von „Zusammenhalt durch Teilhabe“ erhalten derzeit sieben Träger aus

dem Land Brandenburg Bundesmittel i.H.v. insgesamt rund 2.1 Mio € (2013-2014):

- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.,
- der Paritätische Berlin-Brandenburg,
- Landesfeuerwehrverband BB e.V.,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.,
- Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V.,
- THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e.V.,
- Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V.

Die Koordinierungsstelle war bei der Auswahl der Projektträger im Land Brandenburg beteiligt. Das Programm zielt darauf ab, bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln in ländlichen und strukturschwachen Gegenden zu fördern.

Das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ beinhaltet u.a. die Förderung des landesweiten Beratungsnetzwerks sowie der Lokalen Aktionspläne (LAPs). Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist mit den 16 Brandenburger LAPs in engem Kontakt und tauscht sich mit ihnen insbesondere im Falle rechtsextremistischer Angriffe aus. Sie nahm 2013 regelmäßig an den Vernetzungstreffen der LAPs teil und informierte über aktuelle Projekte. So wurde mit den Lokalen Aktionsplänen beispielsweise vereinbart, dass diese auch das Thema „Wahlalter 16“ aufgreifen und in ihren Förderungen berücksichtigen.

Da das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ursprünglich Ende 2013 auslaufen sollte und damit die Weiterförderung der Beratungsnetzwerke und LAPs ungesichert war, hat sich die Koordinierungsstelle frühzeitig mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren der anderen Länder vernetzt sowie ein bundesweites Treffen in Potsdam veranstaltet. Es diente dazu, die Interessen der Länder zu bündeln sowie Druck auf die Bundesregierung hinsichtlich der Fortführung des Bundesprogramms auszuüben. Erfreulicherweise hat der Bund daraufhin im Frühjahr 2013 schriftlich mitgeteilt, dass das Programm im Jahr 2014 fortgesetzt werde.

Welchen Werdegang die weitere Entwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus nehmen wird, ist noch unklar. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wird sich jedoch auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass die Programme gebündelt und fortgeführt werden, denn die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

### **III Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“**

#### **III.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Das landesweite Aktionsbündnis setzt sich für die Mobilisierung der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. 2013 traten die Bürgerinitiative „Baruth bleibt bunt!“ und der Präsident des Landtages, Gunter Fritsch, dem Bündnis bei, dem nunmehr 67 Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen sowie Persönlichkeiten des Landes Brandenburg angehören. Das Aktionsbündnis war 1997 auf Anregung der Landesregierung gegründet worden.

Im Frühjahr 2013 veröffentlichte das Aktionsbündnis den Bericht einer Arbeitsgruppe, die unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten extrem rechte Aufmärsche und demokratische Proteste untersucht hatte.

Ein weiterer Schwerpunkt lag 2013 auf der Erinnerung an die Durchsetzung der nationalsozialistischen Diktatur in den Städten und Gemeinden Brandenburgs, die auf der Webseite brandenburg-33.de gebündelt wurde. Mit einer Kampagne „Schöner leben ohne Nazis“ schließlich begleiteten die Mitglieder des Aktionsbündnisses den Bundestagswahlkampf der extrem rechten Parteien.

Lokales Engagement zu unterstützen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Bündnisses. Die Schwerpunkte lagen dabei 2013 auf der Auseinandersetzung mit regelmäßigen Konzerten neonazistischer Bands auf einem Privatgrundstück in der Schorfheide sowie in der Begleitung von Bürgerinitiativen, die sich der Unterstützung von Flüchtlingen im Landkreis Oberhavel widmen.

#### **III.2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos**

Die Beratungsprozesse des Mobilen Beratungsteams (MBT) hatten im Jahr 2013 vor allem in der zweiten Jahreshälfte einen erheblichen Schub in Richtung kommunaler Verwaltungen bekommen. Ursache war die Angst, bei der Erweiterung oder Neueinrichtung von Flüchtlingsunterkünften wieder pogromartige Zustände wie zu Beginn der 90-er Jahre zu bekommen. Das Beispiel von Berlin Hellersdorf bot dazu durchaus Hinweise. Der Bedarf konzentrierte sich weitgehend auf zwei Problembereiche: die Facebook- Kampagnen im Vorfeld von öffentlichen Veranstaltungen und die „Choreografie“ der Veranstaltungen selbst.

Als hilfreich erwies sich für die Beratungsarbeit der MBTs die jahrelang an kleineren Problemen geübte Praxis der Zusammenarbeit im Netzwerk des „Toleranten Brandenburg“. So wurde das Beratungsangebot sehr schnell über die Verteiler des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages kommuniziert, der Verfassungsschutz belieferte die Akteure der Verwaltungen sehr kundenorientiert mit Informationen zu Heimen und Gegenaktivitäten der Rechtsextremen. Eine offene und (selbst-)kritische Kommunikation zwischen den Akteurinnen und Akteuren ist eingeübt und die über 15 Jahre entstandenen Vertrauensverhältnisse in Kommunen und Kreisverwaltungen machten sich auf angenehme Weise bezahlt. Die Nachfrage nach Beratung war und ist entsprechend lebendig. Im Ergebnis haben sich in den Kommunen, wo frühzeitig nachgefragt wurde, die Kommunikationsprozesse zwischen der Bevölkerung und den Verwaltungen weitgehend entspannt gezeigt.

Die Linie des MBT – möglichst früh Standorte öffentlich zu benennen, Bürgerversammlungen vor der endgültigen Entscheidung durch die Gremien durchzuführen und eine unmissverständliche

humanistische Haltung zu Flüchtlingen zu kommunizieren – bewährte sich durchgängig. Sehr auffällig waren die Kommunen, die die Beratungsangebote nicht in Anspruch genommen haben: Es sind die Orte, die bereits über ein Jahrzehnt Flüchtlingsunterkünfte haben, die aber nun ausgebaut werden. Hier ist das Verhältnis Kommune – Flüchtlinge zumeist so etabliert, dass es keine Gegenaktivitäten rechtsextremistischer Personen gibt. Widerstände aus der Bevölkerung sind dort kaum vorhanden. Ein qualitativer Wandel hat sich etwa in Forst ergeben, wo es zwar Widerstand gegen ein zusätzliches Haus gibt, der sich aber an der Frage der „menschewürdigen Unterbringung“ entzündet. Die Beratungsanfragen an das MBT waren wie üblich sehr unterschiedlicher Natur. Akute Vorfälle haben immer Vorrang vor Schulungen und Informationsveranstaltungen. Spektakulär war der Übergang auf einen Lokaljournalisten. Die Zeitung reagierte nach der Beratung sehr effizient: die Artikel zum Thema Rechtsextremismus wurden eine Zeit lang immer von anderen Kolleginnen und Kollegen gezeichnet um zu signalisieren, dass sich die kritische Berichterstattung auch durch Gewalt nicht abstellen lässt. Die Bandbreite der Beratungen spannte sich über individuelle Problemlagen (ein Richter am Finanzgericht findet einen Aufruf bei YouTube, seine Verhandlungen zu „besuchen“), Informationsbedarfe von Bündnissen, bis hin zu Schulungen von Verwaltungen. Hier hat sich das Spektrum deutlich erweitert: neben den schon obligatorischen Beratungen der Jugendämter kommen zunehmend die Bereiche Justiz (Bewährungshelfende, Justizwachtmeisterinnen und -meister) und Finanzen (Auseinandersetzung von Finanzämtern und Vollstreckungsbeamte mit sog. „Reichsbürgern“) hinzu.

Die 2012 von dem bekannten Rechtsextremisten Christian Worch gegründete Partei „Die Rechte“ hat seit dem Sommer 2013 in Brandenburg einen eigenen Landesverband. Faktisch besteht dieser zurzeit nur aus wenigen Mitgliedern aus einer Familie in Finowfurt. Seit dem Sommer haben die Veranstaltungen auf dem Familiengrundstück deutlich zugenommen. Die Amtsgemeinde und ihr Bürgermeister versuchen mit Unterstützung des MBT sehr engagiert, das Problem sowohl verwaltungstechnisch als auch zivilgesellschaftlich anzugehen. Neu war, dass die Kommunikation zwischen Gemeinde, Landkreis und Land sehr flüssig und kollegial ablief. Die Rechte hatte zum Jahresende ihren ersten öffentlichen Auftritt in Brandenburg. Eine Demonstration gegen ein Flüchtlingsheim in Oderberg zeigte dann, dass sie ihre Gruppe aus dem Kreis der ehemaligen oder verbotenen Kameradschaftsszene rekrutierten – überwiegend aus Berlin.

### **III.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie**

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins sowohl in der RAA Brandenburg als auch beim Mobilem Beratungsteam stand 2013 die Frage der Aufnahme von Flüchtlingen im Vordergrund der Arbeit. Dies betrifft sowohl die Beratung von Landkreisen und Gemeinden bezüglich neuer bzw. der Erweiterung bestehender Flüchtlingsheime als auch die Aufnahme von Flüchtlingskindern und - jugendlichen in den Schulen. Das Ziel der Arbeit der RAA war, nicht nur Entscheidungstragende, sondern auch die Einwohnerinnen und Einwohner dabei zu unterstützen, das Thema der Flüchtlingsunterbringung so anzugehen, dass erstens Flüchtlinge eine menschenfreundliche Aufnahme erleben und zweitens, dass es den rechtsextremen Kräften, allen voran der NPD, nicht gelingt, das Flüchtlingsthema politisch zu instrumentalisieren, die soziale Aufnahme der Flüchtlinge zu erschweren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Diese Erfahrungen aufgreifend hat die RAA im Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ entschieden, gemeinsam als RAA, MBT, Opferperspektive und Aktionsbündnis Kommunen und Gemeinden sowie betroffenen Einrichtungen ein

Unterstützungsangebot zu unterbreiten, das auch durch die Landesregierung, den Landkreistag und den Städte- und Gemeindebund weitergegeben wurde.

Politisch war und ist es der RAA wichtig, deutlich zu machen, dass – auch wenn die Landkreise und Gemeinden Schwierigkeiten mit dem deutlich gestiegenen Wachstum des Unterbringungsbedarfs feststellen – wir weit davon entfernt sind, Zustände wie Anfang der 90-er Jahre zu haben, als Rechtsextreme Politik und Verwaltung mit dem Thema „Asyl“ vor sich hertreiben konnten. Der Vergleich mit den frühen 90er zeigt, wie sich die demokratische Kultur vor Ort verändert hat, wie die Bürgerinnen und Bürger, aber auch politische Verantwortungstragende sich selbstbewusst gegen die Instrumentalisierung von Flüchtlingen und rechtsextreme Agitations- und Protestformen wehren. Dass die RAA im Rahmen ihrer Arbeit mit den Partnern im „Toleranten Brandenburg“ einen Beitrag dazu leisten konnte, wird positiv gewertet.

Trotz dieser positiven Bestandsaufnahme bleibt die Situation vor Ort schwierig. Aufgrund der Kommunal- und Europawahlen, schließlich der Landtagswahl werden die Rechtsextremen weiterhin an diesem Thema dranbleiben, weil sie sich damit politische Erfolge versprechen.

Die steigende Zahl von Flüchtlingen, die Überbelegung mit Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Eisenhüttenstadt hatten schon Ende 2012 dazu geführt, dass sich die RAA in Gesprächen mit der Zentralen Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt, dem Büro der Integrationsbeauftragten des Landes, der Integrationsbeauftragten der Stadt Eisenhüttenstadt und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport verstärkt mit der Situation der Flüchtlinge auseinandergesetzt hat. Der mehrmonatige Verbleib von Asylsuchenden in der Erstaufnahmeeinrichtung führte u.a. dazu, dass Kinder und Jugendliche weit über eine aufnahmetechnisch begründete Zeitspanne hinaus, ohne Unterricht und ohne Maßnahmen zur schulischen Eingliederung bleiben mussten. Es war absehbar, dass aufgrund der sehr zögerlichen Aufnahme in den Landkreisen dieser Zustand nicht schnell zu beheben war.

Die RAA hat deshalb – anknüpfend an ihre Angebote zum muttersprachlichen Unterricht im Land Brandenburg – dieses Angebot in Abstimmung mit dem MBSJ auch in der EAE Eisenhüttenstadt durchgeführt und zusätzlich befristet erste Fördermaßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache eingerichtet. Diese befristete Maßnahme konnte beendet werden, als zum neuen Schuljahr reguläre Fördergruppen im Rahmen der Eingliederungsverordnung des MBSJ eingerichtet wurden. 2013 sind die RAA-Schulberaterinnen und -berater zunehmend von Schulen, aber auch von kommunalen Integrationsbeauftragten und Eltern angefragt worden, um bei der Eingliederung von jungen Flüchtlingen behilflich zu sein. Hier stellen sich für viele Schulen Fragen, die in der Vergangenheit aufgrund fehlender fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler gar nicht erst aufgetaucht sind.

Was sich jetzt schon aus Sicht der RAA sagen lässt:

- Da, wo Integrationsnetzwerke existieren und Schulen daran beteiligt sind, kann die Eingliederung auf ein Vielfaches an Ressourcen zurückgreifen (ehrenamtliches Engagement, Beratung von und mit MBE und JMD, Integrationsbeauftragte, RAA und andere freie Träger, Kitas etc. )
- Die Unterbringung und damit der schulische Integration gelingen dort leichter, wo es eine kommunale Integrationsgeschichte gibt.

Das heißt: Es gibt Ansiedlungsschwerpunkte, die eine Unterstützungskultur entwickelt haben. An diese Integrationskultur können wir anknüpfen. Hier findet sich auch die notwendige Flexibilität der Verantwortungsträger und Institutionen.

Die „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ (SOR-SMC), die die RAA Brandenburg im Land koordiniert, konnten 2013 beim landesweiten Treffen der Schulen im Brandenburger Landtag auf 15 Jahre zurückschauen. Gleichzeitig musste die RAA feststellen, dass 2013 die beteiligten Schulen im Süden Brandenburgs zunehmend das Ziel von rechtsextremen Aktionen wurden, sei es die Entwendung der SOR-Tafeln, symbolische und demonstrative („Volkstod“-) Aktionen, die Ansprache der Schülerschaft über Handzettel. Auch die Internet-Aktivitäten und E-Mails an Beteiligte haben in Bezug auf die SOR- Schulen zugenommen. Die RAA unterstützt hier mit Beratung, Fortbildung von Eltern und Lehrkräften, aber auch mit Angeboten für die Schülerinnen und Schüler (Peer Leader Trainings, Gleichaltrigenschulungen) der betroffenen Schulen in besonderer Art und Weise.

### **III.4 Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung**

Zu Beginn des Jahres 2013 führte die Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit, Streetwork das bereits im Vorjahr anvisierte Fachtreffen mit Trägern der Jugendarbeit aus dem Land Brandenburg durch. Inhaltlicher Schwerpunkt dieses Treffens bestand, neben der Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren sowie der Impulssetzung für die Etablierung eines kontinuierlichen Fachdialogs, im Austausch praktischer Erfahrungen im Bereich der Initiierung und Entwicklung demokratiefördernder Projekte für Kinder und Jugendliche in lokalen und regionalen Zusammenhängen. Dabei spielten sowohl die Prozesse für ein zielgruppenorientiertes Erleben demokratischen Handelns durch Beteiligung an gemeinwesenorientierten Projekten als auch die Entwicklung einer Kinder- und Jugendbeteiligungskultur durch kontinuierliche Dialogprozesse mit bzw. auf den kommunalpolitischen Ebenen, auch hinsichtlich der präventiven Arbeit gegen demokratiefeindliche und rechtsextremistische Bewegungen, eine zentrale Rolle.

In den darauf folgenden Monaten erarbeitete eine gemeinsame Redaktionsgruppe in Begleitung dieses fortlaufenden Austauschs eine Publikation mit dem Titel „Mitmischen. Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört.“, in der verschiedenste Praxiserfahrungen und methodischen Ansätze zur Demokratieentwicklung in brandenburgischen Kommunen mit Kindern und Jugendlichen und deren Partnerinnen sowie Partnern vor Ort gesammelt und dargestellt wurden.

Unter der Überschrift „Jugendbeteiligung, eine Antwort auf drängende kommunale Zukunftsfragen!“ führte die Fachstelle im Juni 2013 in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring und der Fachhochschule Potsdam eine Fachtagung durch, in der neben den Fachreferaten am Vormittag die Themenbreite der Workshops am Nachmittag von „Was macht Parteien eigentlich für Jugendliche attraktiv?“ bis „Beteiligung von klein auf!“ reichte. In der abschließenden Diskussion mit Tagungsteilnehmern aus Landes- und Kommunalpolitik sowie Jugend- und Bildungsarbeit wurden gemeinsam Forderungen zur Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen formuliert. Dazu gehörten die Sicherstellung konkreter Ansprechpartnerinnen und -partner in der Erwachsenenwelt (Parteien, Politik, Verwaltung, Jugendarbeit), die Kooperation von Schule und Politik in Form von Bildungspartnerschaften, die Vernetzung von Aktiven aus Kita-Schule-Jugendhilfe, die entsprechende Qualifizierung von Fachpersonal sowie die Konkretisierung rechtlicher

Rahmenbedingungen.

Im September 2013 führte die Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg in Kooperation mit dem „Forum Netzwerk ländlicher Raum“ in der Heimvolkshochschule am Seddiner See auch in diesem Jahr das Ländertreffen „Jugendbeteiligung Deutschland“ durch und entsprach damit der Bitte von Mitgliedern des jubb-Landesnetzwerkes, nicht nur mit brandenburgischen, sondern auch mit Jugendbeteiligungsgruppen anderer Bundesländer in Austausch treten zu können. Dazu waren Vertreterinnen und Vertreter aus acht Bundesländern zu Gast beim Ländertreffen „Jugendbeteiligung“ in Seddin.

Dieses regelmäßige bundesweite Treffen von Mitgliedern aus Jugendparlamenten und Jugendbeiräten sowie am Thema interessierten Jugendlichen ist nach wie vor einzigartig. Das Land Brandenburg als Ideen- und Gastgeber öffnete hiermit eine neue Tür im Bereich demokratischer Jugendbeteiligung in Deutschland. Inhaltliche Schwerpunkte waren bei diesem Treffen neben dem Austausch von Praxiserfahrungen die bevorstehenden Bundestagswahlen und die Sicht von Jugendlichen auf Politik und Parteien. Zu Beginn des Treffens diskutierten die jugendlichen Teilnehmenden mit Kandidatinnen und Kandidaten sowie Mitgliedern aus Bundestag und dem Landtag Brandenburg zu den Themen „Jugendbeteiligung“, „Wahlalter-Regelungen in den Bundesländern“ und „bildungspolitische Arbeit der Parteien“. Im Verlauf der anschließenden Workshops wurden die besonders für Jugendliche bedeutsamen politischen Themenbereiche bearbeitet und deren Ergebnisse zum Abschluss im Rahmen einer gemeinsamen Resolution (Seddiner Erklärung 2013) zusammengefasst.

Im Bereich der Berufsaus- und Weiterbildung konnte die im Vorjahr mit der pädagogischen Leitung der Brandenburgischen Kommunalakademie begonnene Kooperation zur inhaltlichen Unterstützung im Bereich politischer Jugendbildung erfolgreich weitergeführt werden. Dementsprechend führte die Fachstelle innerhalb der Lehrveranstaltungen eine weitere Workshopreihe „Demokratische Beteiligung und kommunale Verwaltung“ mit allen Teilnehmenden der neu beginnenden Ausbildungsjahrgänge zukünftiger, brandenburgischer Verwaltungsfachangestellter durch.

### **III.5 Opferperspektive e.V.**

Seit 15 Jahren bietet der Verein „Opferperspektive“ Betroffenen rechter Gewalt eine aufsuchende Beratung im gesamten Land Brandenburg an. Dieses Jubiläum war für den Verein Anlass, seine Tätigkeit in dem umfangreichen Buch „Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt – An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren“ zusammenzutragen. Zur Buchvorstellung im September 2013 kamen Mitglieder der Landesregierung, Landtagsabgeordnete, Kolleginnen und Kollegen aus dem Beratungsnetzwerk, Kooperationspartnerinnen und -partner, ehemalige Betroffene und Unterstützende mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Mitgliedern der Opferperspektive zusammen, um gemeinsam die Arbeit der zurückliegenden Jahre zu reflektieren.

Im Jahr 2013 unterbreitete die Opferperspektive 67 Geschädigten ein Beratungsangebot. Insgesamt hielten die Beraterinnen und Berater zu 138 Personen Beratungskontakt im Rahmen eines in der Regel mehrjährigen Beratungsprozesses aufrecht. Hierbei waren 102 Personen unmittelbare Betroffene eines Angriffs, während es sich bei den weiteren 36 Personen um Zeugen, Angehörige und Freunde handelt. Die größte Betroffenengruppe bildeten auch in diesem Jahr die Rassismuspfer. Ein Beratungsschwerpunkt der Opferperspektive bleibt Spremberg im Süden von Brandenburg, denn nach

wie vor schränkt die rechte Szene die Bewegungsfreiheit von Jugendlichen durch Bedrohungen und Angriffe ein. Um auf die Situation der Jugendlichen aufmerksam zu machen und zu intervenieren, nahmen die Beraterinnen und Berater u.a. an Treffen mit dem Bürgermeister und dem „Runden Tisch für Ausländer gegen Gewalt“ teil.

Neben der Beratung von Opfern rechter Gewalt setzte die Opferperspektive auch im Jahr 2013 weitere Projekte um. Dazu zählt seit 2009 die aufsuchende Beratung für Betroffene rassistischer Diskriminierung, inzwischen das einzige Beratungsangebot für diese Zielgruppe im Land Brandenburg. Zudem konnte eine Neuauflage der Broschüre „Alltagsrassismus in Potsdam“ realisiert werden. In Kooperation mit dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ und der RAA Brandenburg wurde die Broschüre im Rathaus Potsdam vorgestellt und eine Lehrkräfteschulung zum Thema „Alltagsrassismus“ durchgeführt.

Die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ wurde in 17 Städten gezeigt und pädagogisch begleitet. Anlässlich des 20. Todestages von Amadeu Antonio veröffentlichte die Opferperspektive die Website [www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de](http://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de); diese enthält Informationen zu den Todesopfern und soll einen Beitrag zur Aufarbeitung rechter Gewalt leisten.

### **III.6 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.**

Im Rahmen des Projekts „BeratenBewegen – DRAN BLEIBEN“ im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ führt die Brandenburgische Sportjugend (BSJ) seit Sommer 2013 die zweite Ausbildungsreihe „Beraten, Gestalten, Verändern – Beraterausbildung zur Demokratieförderung“ durch und erweitert damit den Beraterpool auf insgesamt 20 ausgebildete Beraterinnen und Berater, die gemeinsam mit dem Projektteam landesweit für anlassbezogene Beratungen bei Problemsituationen im Themenfeld „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ zur Verfügung stehen und Veranstaltungen sowie Seminare hierzu durchführen (u.a. mit Schiedsrichtern, Übungsleitern). So fand am 24.10.13 das Abendforum „Wir wollen doch nur unseren Sport machen – Sportvereine und Rechtsextremismus in Südbrandenburg“ in Cottbus in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Den knapp 100 Interessenvertreter/-innen aus Vereinen und Verbänden, Politik und Kommune wurden neben den fachlichen Hintergründen zur aktuellen Situation von Rechtsextremismus in Süd-Brandenburg praxisorientierte Handlungsstrategien zur Prävention sowie zum Umgang mit Vorfällen im Sport aufgezeigt.

Vor dem Hintergrund der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre wurden 2013 von der BSJ u.a. zwei Großprojekte durchgeführt, die sich mit der Thematik und Zielgruppe befassten.

Vom 16. bis 18. August 2013 fanden unter dem Motto „Treffsicher wählen – Demokratie zum Anfassen“ die „Tage der Demokratie 2013“ im Volkspark Potsdam. Insgesamt beteiligten sich knapp 1000 Jugendliche. Über 40 verschiedene Workshops, z.T. von Politikern und Vertretern aus zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst durchgeführt, boten den Jugendlichen einen gezielten und praxisbezogenen Einblick in aktuelle Themen und Zusammenhänge von Politik, Gesellschaft und Demokratie. Improvisationstheater und ein Rahmenprogramm mit vielfältigen sportlichen und weiteren Angeboten (u.a. Erlebnismodule der ADAC-Verkehrswelt, Jugendbandkonzerte) unterstützten die gemeinsame Kommunikation und boten abwechslungsreiche Unterhaltung. Unter Mitwirkung der



Teilnehmenden vor Ort sind eine Zeitung sowie ein Film zu den Tagen der Demokratie 2013 entstanden (einsehbar auf [www.tage-der-demokratie.de](http://www.tage-der-demokratie.de)).

Darüber hinaus ist in Zusammenarbeit mit dem Jugendbildungszentrum Blossin das Projekt „Treffsicher Wählen – Tore für Demokratie“ initiiert worden, in dem Bildungsformate zur Vermittlung von Wissen zum politischen System und zu demokratischen Grundlagen in Deutschland (z.B. fiktive Wahlen, Workshops oder Talkrunden mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft) mit Straßenfußballturnieren verknüpft wurden. Das Projekt beinhaltete 2013 eine landesweite Turnierserie durch Brandenburg a.d.H., Potsdam, Wünsdorf, Templin und Wittenberge. 2014 soll die Tour im Vorfeld der Landtagswahlen fortgeführt werden.

## **IV Ministerien**

### **IV.1 Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie**

#### Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg:

##### Landesintegrationskonzept erarbeitet

In seiner 58. Sitzung am 7. Juni 2012 fasste der Landtag Brandenburg den Beschluss, die Landesregierung zu bitten, „die Landesintegrationskonzeption aus dem Jahr 2005 entsprechend den aktuellen und zu erwartenden Anforderungen zu überarbeiten“ (Drucksache 5/5420-B). Mit der Umsetzung wurde die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg beauftragt. Aufgrund der tief greifenden und vielfältigen Veränderungen in der Integrations- und Zuwanderungspolitik wurde keine Überarbeitung des Konzepts von 2005 vorgenommen, sondern ein neues Landesintegrationskonzept erarbeitet.

Diese Erarbeitung erfolgte in einem umfangreichen Prozess mit vielen Beteiligten. Am 5. Dezember 2012 fand eine Auftaktveranstaltung zum Landesintegrationskonzept statt, in der Folge gab es mehrere Ressortrunden mit allen Ministerien und bilaterale Ressortgespräche. Der Landesintegrationsbeirat befasste sich in seinen Sitzungen am 30. Mai und am 5. Dezember 2013 mit dem Thema. Mit diesen Tagungen und der Durchführung von Workshops zu den sieben Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes im Juli und August 2013 begann eine intensive Diskussion aller einbezogenen Akteurinnen und Akteure.

Integration wird im vorliegenden Konzept als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstanden und als ein Prozess, in dem sich die Aufnahmegesellschaft und die Menschen mit Migrationshintergrund aufeinander zubewegen. Voraussetzungen für die erfolgreiche Gestaltung dieses Prozesses sind die Öffnung der Aufnahmegesellschaft einerseits und die Anerkennung der Rechtsordnung sowie die Integrationsbereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund andererseits. Ziel ist eine gesellschaftliche Teilhabe aller und ein diskriminierungsfreies, produktives Miteinander im Land Brandenburg.

In sieben Handlungsfeldern werden im Landesintegrationskonzept die wichtigsten integrationspolitischen Ziele und die dazu gehörenden Aktivitäten in Brandenburg aufgezeigt, die ein Gelingen von Integration ermöglichen: Integration gelingt durch:

- interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur
- Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus
- Bildung
- Eröffnung von beruflichen Perspektiven
- gesundheitliche Versorgung.
- zeitgemäße Asyl- und Flüchtlingspolitik
- gesellschaftliche Teilhabe.

Das Landesintegrationskonzept wird im 1. Quartal 2014 dem Landtag Brandenburg vorgelegt werden.

### Zentrales Einbürgerungsfest des Landes Brandenburg 2013

Ein zentrales Einbürgerungsfest wird im Land Brandenburg seit 2007 veranstaltet, um ein Zeichen des Willkommens an alle Neubürgerinnen und Neubürger zu senden.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 464 Personen mit Wohnsitz im Land Brandenburg eingebürgert. Landtagspräsident Gunter Fritsch und der damalige Innenminister Dr. Dietmar Woidke haben am 18. August 2013 die im Jahr 2012 neu eingebürgerten Brandenburgerinnen und Brandenburger zum zentralen Einbürgerungsfest des Landes Brandenburg empfangen.

### Netzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ Brandenburg

Das Projekt „Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ)“ Brandenburg hat zum Ziel, die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. An diesem Ziel wirken insgesamt 10 Teilprojekte mit unterschiedlichen Aufgaben und Zielgruppen mit.

Koordiniert wird das Projekt durch die Integrationsbeauftragte des Landes.

Die Schwerpunkte des Netzwerks sind:

- Beratung zu Fragen der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen
- interkulturelle Kompetenz und Öffnung in Jobcentern und Arbeitsagenturen
- Aufbau von Kooperationen zur Vernetzung von Unterstützungsleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund
- Beratung für Arbeitgeber zu interkulturellem Personalmanagement sowie zu berufsbezogenem Deutsch
- Qualifizierung von migrantischen Unternehmen
- Beratung von ausländischen Studierenden zu Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland.

In der Arbeit des Netzwerks IQ gab es im Jahr 2013 u.a. folgende Veranstaltungen:

Es fanden sechs gut besuchte Beratungstage in Gartz (Oder), Forst (Lausitz), Eberswalde, Finsterwalde und Frankfurt (Oder) statt, bei denen sich Personen mit ausländischen Berufsabschlüssen vor Ort zum Thema „Anerkennung“ beraten ließen. Außerdem wurden Menschen mit Migrationshintergrund auf einem Berufsinfortag in Potsdam zu verschiedenen arbeitsmarktrelevanten Themen beraten.

In Seminaren zu betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Themen wurden selbstständige Menschen mit Migrationshintergrund weiterqualifiziert.

Personalverantwortliche informierten sich auf einer Fachtagung zum Thema „Migrantinnen und Migranten als Fachkräfte in der Pflege“.

Auf der internationalen Fachkonferenz „Strategien berufsbegleitender Deutschförderung“ wurden die Ergebnisse einer Studie zu Angeboten und Bedarfen einer berufsbegleitenden Deutschförderung im Land Brandenburg vorgestellt.

Weitere Informationen über das IQ Netzwerk Brandenburg: [www.brandenburg.netzwerk-iq.de](http://www.brandenburg.netzwerk-iq.de)

### 6. Brandenburger Integrationspreis verliehen

Der „6. Brandenburger Integrationspreis 2013“ wurde am 14. Januar 2014 durch Herrn Minister Baaske verliehen. Der Wettbewerb stand dieses Mal unter dem Motto „Sich zu Hause fühlen – Integration vor Ort“. Preisträger waren der Verein „Kontakt Eberswalde“ und das „Netzwerk Integration/Migration des Landkreises Teltow-Fläming“.

Der Verein „Kontakt Eberswalde“ ist 2005 aus einer Bürgerinitiative von Spätaussiedlern heraus

entstanden. Die rund 45 Mitglieder unterstützen die Integration von Aussiedlerfamilien und Flüchtlingen, indem sie zum Beispiel bei Behördengängen oder der Wahl eines Sportvereins für die Kinder helfen. Angeboten werden außerdem Bildungsseminare, Sprachkurse, Ausstellungen, Hausaufgabenhilfe, Musikgruppen, Sportfeste und Ferienspiele. Der Verein betreibt eine Bibliothek mit Büchern in mehreren Sprachen, die nicht nur von Vereinsmitgliedern genutzt wird.

Das „Netzwerk Integration/Migration des Landkreises Teltow-Fläming“ besteht seit 5 Jahren. In ihm engagieren sich Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Wohlfahrtsverbänden, unter anderem die Polizei, Jobcenter, Flüchtlingsrat, Kulturforum Ludwigsfelde, ein interkultureller Pflegedienst, alle sozialen Träger im Kreis, Ausländerbehörde sowie viele ehrenamtliche Mitarbeitende. Ziel ist es, die Integration vor Ort im Zusammenspiel aller Beteiligten für den Einzelnen individuell am besten zu gestalten. Es gibt zum Beispiel persönliche Kontakte zur Bewältigung von Problemen im Alltag oder professionelle und ehrenamtliche Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache. Jedes Jahr wird eine Herbstkonferenz zu aktuellen Problemen und Aufgaben veranstaltet, in der sich auch viele Bürgerinnen und Bürger einbringen.

#### Preis „Band für Mut und Verständigung“ an Bad Belziger Forum e.V. verliehen

Der Preis „Band für Mut und Verständigung“ wurde am 7. Juni 2013 vom Berlin-Brandenburgischen „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ zum 20. Mal an Vereine verliehen, die Mut und Zivilcourage gegen rassistische Gewalt bewiesen sowie sich in langjähriger ehrenamtlicher und engagierter Arbeit der interkulturellen Verständigung in Berlin oder Brandenburg gewidmet haben.

Herrn Bundespräsident Joachim Gauck war im Jubiläumsjahr Schirmherr dieser Veranstaltung.

Ausgezeichnet wurde für das Land Brandenburg der Verein „Belziger Forum e. V.“. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Atmosphäre in der Stadt Belzig innerhalb der letzten Jahre grundlegend veränderte. Eine besondere Rolle spielt hierbei das Infocafé „Der Winkel“, das zu einer festen Institution in der Stadt Belzig geworden ist und überregional als beispielgebend für eine gelungene Integrationsarbeit gilt. Insbesondere für die in Bad Belzig lebenden Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden ist „Der Winkel“ ein wichtiger Treffpunkt, wo sie Beratung, Begleitung bei Behördengängen und Hilfe bei Übersetzungen erhalten, wo sie selbst aktiv werden und ihre Kenntnisse und Erfahrungen einbringen können.

#### Interreligiöser Kalender

Der Interreligiöse Kalender für das Land Brandenburg 2014 ist Ende des Jahres 2013 in einer Auflage von 7.500 Exemplaren erschienen. Mit ihm wird über verschiedene Religionen, ihre Besonderheiten und Traditionen informiert und für Toleranz zwischen den Glaubensrichtungen geworben. 3.000 Exemplare des Kalenders wurden auch in diesem Jahr über die staatlichen Schulämter an die brandenburgischen Schulen verteilt. Der Kalender wurde so stark nachgefragt, dass er zu Beginn des Jahres 2014 bereits vergriffen war.

#### Abteilung Soziales:

##### Maßnahmen im Rahmen des „Seniorenpolitischen Maßnahmenpakets“:

##### Seniorenveranstaltungen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe, die seit dem Jahr 2011 stattfindet, standen das selbstbestimmte Älterwerden und die Frage, wie Menschen im Alter leben möchten. Im Jahr 2013 fanden zwei

Workshops in Eberswalde und in Kyritz statt. Die Veranstaltungsreihe hat einen Dialog zwischen Migrantenorganisationen und Seniorenbeiräten vor Ort initiiert. Es gab eine Vielzahl von Gesprächen und Diskussionen zwischen älteren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Institutionen, Firmen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen. Die gesellschaftliche Einbeziehung älterer Menschen mit Migrationshintergrund in alle gesellschaftlichen Bereiche wurde dadurch gefördert; Impulse für die weitere Arbeit konnten gesetzt werden.

Thematisiert wurden Ausgrenzungserscheinungen gegenüber älteren Menschen, die gesellschaftliche Teilhabe verhindern. Dabei sind besonders die kulturellen und sprachlichen Barrieren von Menschen mit Migrationshintergrund problematisiert worden, deren Überwindung eine Aufgabe für alle gesellschaftlichen Akteure darstellt. Möglichkeiten wurden diskutiert, wie man sich gegen Ausgrenzung wehren kann.

#### Abteilung Arbeit:

##### Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem

Interkulturelle Kompetenzen, Demokratiebildung und Toleranz sind im Bereich der Ausbildung von zentraler Bedeutung. Diese Kompetenzen sind ein Gewinn für den Arbeitsmarkt und den sozialen Zusammenhalt, denn sie bringen Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Zufriedenheit und Motivation.

Aus diesem Grund wurde dieser Aspekt in die am 1. September 2011 in Kraft getretene neue Richtlinie „Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem“ aufgenommen. Gefördert wird die Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Schlüsselkompetenzen, insbesondere zu den Schwerpunkten Interkulturalität und Toleranz, mit 30 Euro in allen Berufsfeldern jeweils pro Tag und Auszubildenden.

Im Oktober 2013 wurde zum neunten Mal der Brandenburgische Ausbildungspreis verliehen. Um die Auszeichnung bewarben sich 97 Betriebe aus dem Land Brandenburg. Ausgezeichnet wurden u.a. Betriebe, die interkulturelles Engagement zeigen.

## **IV.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**

#### Bereich Schule:

Schwerpunkt der Arbeit im Berichtszeitraum war die Umsetzung des Beschlusses des Landtages Brandenburg „Gewalt an Schulen vorbeugen – landesweite Strategie für Gewaltprävention entwickeln“. In diesem dialogischen und transparenten Prozess geht es darum, das Spektrum der bestehenden Instrumente, Maßnahmen, Unterstützungsangebote und Kooperationen zur Gewaltprävention an Schulen im Land Brandenburg darzulegen und die Angebote intelligent zu bündeln sowie über den aktuellen Stand der Weiterentwicklung des Konzepts unter Einbeziehung externer Expertise zu berichten. Die Akteure trafen sich im Dezember 2012, im Juni 2013 und im Januar 2014 zu halbjährlichen „Jours fixe Gewaltprävention“. Themenschwerpunkte waren Nutzerfreundlichkeit und Wirksamkeit der Angebote, die längerfristige Ausrichtung der Angebote, die konsequente Prozessorientierung im Kontext Schulentwicklung sowie die Neuausrichtung des Beratungs- und Unterstützungssystems. Die Orientierung an Teams, sowohl innerschulisch als auch in Schulverbänden und regionalen Netzwerken, das Kennenlernen der Funktionsweise erfolgreich arbeitender Kooperationsnetzwerke und die Übertragbarkeit dieser Strukturen auf andere Regionen waren und sind weitere Schwerpunktthemen.

Fortgeführt wurden auch die Angebote der Gedenkstättenpädagogik. Die Schülerinnen und Schüler erhalten dabei Unterrichtsangebote zur Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert, der historischen Arbeit am authentischen Ort und der Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Der Konsens von Beutelsbach ist für die Arbeit grundlegend. Historisches Lernen, Respekt, Empathie, Sprachfähigkeit und Mut zur Kontroverse sind Aspekte, die in der gedenkstättenpädagogischen Arbeit eine Rolle spielen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten auch die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit Zeitzeugen. Menschen, die im Laufe der NS-Zeit oder der DDR-Zeit eine persönliche Unrechtserfahrung in Form staatlicher Repression erfahren haben und darüber reflektiert berichten können, werden zu Gesprächen in die Gedenkstätten oder in die Schulen eingeladen. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich in diesen Gesprächen mit den persönlichen Unrechtserfahrungen der Zeitzeugen auseinander und die Zeitzeugen selber haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen in diesem Rahmen öffentlich zu machen.

Das „Jahr der Partizipation 2014“, ein Themenjahr des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, bietet den Rahmen, der Beteiligung und Teilhabe am schulischen und gesellschaftlichen Leben neue Impulse zu ermöglichen sowie Möglichkeiten der Innovation und Weiterentwicklung zu identifizieren. Demokratische Schulentwicklung fängt in den Klassenzimmern an und geht hin bis zum aktiven Engagement in Mitwirkungsgremien. Partizipation kann in Schulentwicklungsprozessen zu einem Indikator und Ferment lebendiger Schulkultur werden. Das Ziel ist es, im Jahr der Partizipation die verschiedenen Unterstützungsangebote zu nutzen, um Partizipation als Dimension gelingender Unterrichts- und Schulentwicklung zu profilieren. Dem Schwerpunkt Partizipation in der Schule können u.a. folgende Aktivitäten und Vorhaben zugeordnet werden:

- das Deutsch-amerikanische Zukunftsforum „We have a dream“, das am 20. Januar 2014, dem „Martin Luther King Tag“, als Kooperationsveranstaltung von FEZ und LISUM in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland und Bildungsministerin Frau Dr. Münch stattfand. An dem Forum nahmen etwa 150 Schülerinnen und Schüler aus sechs Schulen aus dem Land Brandenburg teil. Ausgehend von der bekannten Rede, die Martin Luther King jr. im August 1963 hielt, diskutierten sie über Möglichkeiten der Partizipation, gemeinsame Wertevorstellungen und Fragen der Gerechtigkeit;
- der Safer Internet Day 2014, der am 11. Februar 2014 unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsident Fritsch stattfand. Über 100 Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche aus allen Teilen des Landes Brandenburg diskutierten in Potsdam zum Thema „Das ist unser Netz!“ - Beteiligung im Internet“. Veranstalter waren die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) und die Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg (AKJS). Ministerin Frau Dr. Münch hielt ein Grußwort. Die medien- und jugendpolitischen Sprecherinnen sowie Sprecher der Landtagsfraktionen stellten sich den Fragen der Teilnehmenden.
- Das Projekt „Peer Leader für Demokratie“ der RAA ist ein Projekt zur Förderung demokratischer Beteiligung von Schülerinnen und Schülern im Land Brandenburg. Im Rahmen von Fortbildungen und Seminaren werden Peer Leader für Demokratie ausgebildet, durch regionale AnsprechpartnerInnen gecoacht, um dann eine wichtige Rolle als gleichaltrige Multiplikatoren bei der Vorbereitung und Durchführung regionaler Konferenzen zu übernehmen.

### Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit:

Die Jugendbildung sowie Jugendbegegnungen tragen zum Abbau sozialer und kultureller Benachteiligung bei. Sie fördern die Chancengleichheit für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf und die Integration von Minderheiten. Sie stärken das soziale, ökologische sowie politische gesellschaftliche Engagement und fördern das Bewusstsein für die Mitverantwortung junger Menschen für die Entwicklung der Demokratie sowie die Sicherung und demokratische Ausgestaltung des Friedens, der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Sie dienen der Persönlichkeitsfindung und -entwicklung bei jungen Menschen. Sie umfassen bewusst angelegte und strukturierte Angebote und Prozesse nicht formeller Bildung und helfen jungen Menschen bei der Herausbildung sozialer und personaler Kompetenzen für die Bewältigung von Selbstbildungsprozessen und eines selbstbestimmten Lebens.

Jährlich nehmen mehrere tausend Jugendliche an Projekten der Jugendbildung und Jugendbegegnung im Land Brandenburg teil. Diese Maßnahmen werden von Trägern der freien Jugendhilfe wie Vereinen, Initiativen oder den Jugendverbänden angeboten, sind an den Interessen und Bedarfslagen der Jugendlichen ausgerichtet und werden von diesen inhaltlich mitbestimmt. Insbesondere in den Jugendverbänden wird durch Selbstorganisation und Eigeninitiative der jugendlichen Verbandsmitglieder demokratische Willensbildung, gewaltfreie Konfliktlösung sowie Beteiligung und Partizipation vermittelt, ausprobiert und eingeübt.

### Jugendbeteiligung

Die im Jahr 2012 begonnenen und im Jahr 2013 ausgeweiteten Aktivitäten zur Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen werden 2014 insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen, für die erstmals das Wahlalter 16 gilt, in einem „Jahr der Partizipation 2014“ gebündelt. Hierbei handelt es sich um eine Aktivität in der Ressortzuständigkeit des MBSJ, um für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neue Impulse zu ermöglichen, die Vielfalt der bereits vorhandenen Aktivitäten zu bündeln, einen Überblick zu gewinnen sowie Möglichkeiten der Innovation und Weiterentwicklung zu identifizieren. Das „Jahr der Partizipation 2014“ dient damit zur Information der Jugendlichen sowie der Öffentlichkeit; es dient darüber hinaus den Akteurinnen und Akteuren im Land Brandenburg zur Vernetzung.

Die Aktivitäten werden folgenden Schwerpunktbereichen zugeordnet:

- Beteiligung an Wahlen - Repräsentative Demokratie
- Partizipation in Schulen
- Partizipation in der Jugendhilfe
- Partizipation im kommunalen Raum / Alltagspartizipation
- Information und Medienbildung.

Ein Überblick über die Aktivitäten und Veranstaltungshinweise ist auf der Seite <http://machs-ab-16.de/jahr-der-partizipation> verfügbar.

### Kindertagesbetreuung

Beteiligung und Partizipation von Anfang an sind unerlässlich für das Hineinwachsen in eine demokratische Gesellschaft und deshalb im Kindertagesstättengesetz (KitaG) des Landes Brandenburg

an mehreren Stellen strukturell verankert. So haben die Kindertagesstätten gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 3 des Kita-Gesetzes insbesondere die Aufgabe, „die Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit der Kinder zu stärken, unter anderem durch eine alters- und entwicklungsgemäße Beteiligung an Entscheidungen in der Einrichtung“. Weiter heißt es in § 4 Absatz 2 Satz 1 KitaG: „Die demokratische Erziehung der Kinder setzt die Beteiligung von Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, Erziehern und Erzieherinnen an allen wesentlichen Entscheidungen der Tagesstätten voraus und verlangt das demokratische Zusammenwirken aller Beteiligten.“ Die gemäß § 3 Absatz 1 KitaG für alle Kitas verbindlichen Grundsätze elementarer Bildung<sup>2</sup> konkretisieren den rechtlichen Rahmen und geben Anregungen zu dessen Umsetzung. Auch weiterhin werden die Fachkräfte kontinuierlich durch Veröffentlichungen und Materialien des MBSJ und das Fortbildungsangebot des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) unterstützt.

### Sport

Der Bereich „Integration durch Sport“ spielt eine besondere Rolle und wird paritätisch vom MBSJ und der Integrationsbeauftragten gefördert. Durch die gemeinsamen sportlichen Aktivitäten können Vorurteile abgebaut und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verringert werden. Das Projekt „Integration durch Sport“ der „Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.“ wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich aus Landes- und Bundesmitteln gefördert. Die Integration von Zugewanderten, insbesondere Kindern und Jugendlichen, durch den örtlich organisierten Sport in die Gesellschaft ist nachweislich sehr erfolgreich und wird weiter unterstützt.

## **IV.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

Die Brandenburgische Landeszentrale verfolgt einen präventiven Ansatz in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen. Sie hat dafür eine Strategie entwickelt, die nicht nur die verschiedenen On- und Offlineangebote der Landeszentrale zum Thema eng miteinander verzahnt, sondern darauf abzielt, Synergien im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zu erzeugen, zu nutzen und zu stärken.

2013 lag ein besonderer Fokus auf den Veränderungen, die sich in der rechten Szene vollziehen. Dazu gehören die verstärkte Nutzung sozialer Netzwerke im Internet sowie eine Anpassungsstrategie im Auftreten, die es schwieriger macht, Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten von außen zu erkennen. Zudem befindet sich die rechte Szene in einem Umorganisationsprozess, der sich unter anderem in der Gründung einer neuen rechten Partei ausgedrückt hat. Die Landeszentrale hat 2013 daher in allen Arbeitsbereichen einen Schwerpunkt auf die Aufklärung dieser Entwicklungen gelegt.

In Zahlen ausgedrückt: Im Förderbereich wurden von den Haushaltsmitteln, die der Landeszentrale jährlich zur Verfügung stehen, rund 70 Prozent für die Projektförderung freier Träger ausgegeben. Damit wird demokratisches Engagement vor allem in der Tiefe des Landes gestärkt. Die Antragstellenden werden von der Landeszentrale bei ihren Fördervorhaben ganzjährig unterstützt: durch persönliche Beratungen, Newsletter und Vernetzungsangebote. So wurden auf den Webseiten der Landeszentrale und Facebook außer den eigenen Veranstaltungen auch rund 70 Veranstaltungen von freien Trägern in ganz Brandenburg zum Thema „Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ beworben

---

<sup>2</sup> [http://www.mbsj.brandenburg.de/media/lbm1.a.3973.de/Grundsaeetze\\_elementarer\\_Bildung.pdf](http://www.mbsj.brandenburg.de/media/lbm1.a.3973.de/Grundsaeetze_elementarer_Bildung.pdf)



und redaktionell betreut. Die Landeszentrale arbeitet inzwischen mit einem Netzwerk von über 200 freien Trägern zusammen.

Im Publikationsbereich wurden 2013 rund 30 Prozent der für den Ankauf von didaktischen Materialien verfügbaren Mittel für die Bereitstellung von Büchern und Materialien aufgewendet, die einerseits zum historischen Verständnis der Ursachen von Rechtsextremismus beitragen und andererseits über aktuelle Erscheinungsformen und Gegenstrategien aufklären. Hinzu kommen frei verfügbare Informationsbroschüren anderer Einrichtungen und Akteure, die in der Landeszentrale angeboten werden.

Die Bereitstellung von Informationen über das Internet ist für die Landeszentrale in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Der Online-Schwerpunkt „Die extreme Rechte“ wurde auch 2013 inhaltlich ausgebaut. Dafür sind bestehende Formate wie etwa das Weblog durch die Verpflichtung externer Autorinnen und Autoren gestärkt worden. Hervorgehoben werden soll auch das Online-Lexikon, das 2013 stark ausgebaut wurde und sich insbesondere für die Ansprache von jungen Nutzerinnen und Nutzern eignet, weil es in kompakter Form einen Einstieg ins Thema ermöglicht. Alle Seiten der Landeszentrale – so auch alle Beiträge über Rechtsextremismus – verfügen über eine Kommentarfunktion, in der die Nutzerinnen und Nutzer ihre Meinung auch anonym äußern können. Die Plattform wird von der Landeszentrale moderiert, sodass eine missbräuchliche Nutzung ausgeschlossen ist.

Zwischen der Landeszentrale und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ besteht ein enger, kontinuierlicher Kontakt auf Arbeitsebene. Projektbezogen wird auch mit einzelnen Landesministerien und Netzwerken kooperiert, die sich gegen rechte Gewalt engagieren. Die Landeszentrale ist außerdem eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie über regelmäßige Leitertreffen und Publikationskonferenzen ebenso mit den anderen Landeszentralen verbunden.

#### **IV.4 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

In seiner Politik für den ländlichen Raum setzt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) auf die Einbeziehung und aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse der ländlichen Entwicklung. Lokale Partnerschaften und neuartige, vernetzende Formen der Beteiligung an der Entscheidungsfindung und Projektdurchführung eröffneten den Bewohnern des ländlichen Raumes Möglichkeiten, sich aus eigener Initiative und aktiv an der Gestaltung ihres Gemeinwesens zu beteiligen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins 2007-2013 sowie unter Nutzung der Möglichkeiten der Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes wurden mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums u.a. Projekte unterstützt, die der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, der Vermeidung von Gewalt, dem Entgegenwirken rechtsradikaler Tendenzen sowie der transnationalen Zusammenarbeit dienen. Zu nennen wären hier die Investitionsprogramme zur Unterstützung der Sportvereine (Goldener Plan Brandenburg) sowie der Feuerwehrvereine auf dem Lande. Transnationale Projekte zum Kennenlernen und Wertschätzen jeweiliger Kulturen werden im Rahmen von LEADER-Kooperationsvorhaben mit Polen, Schweden und Finnland umgesetzt.

Das Projekt „PEELA – Initiative für politisches und ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V.“ fand 2013 seinen Abschluss. In 62 Veranstaltungen wurde seit 2011 der Austausch zu regionalen und politischen Themen angeregt, Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt und ehrenamtliches Engagement und Toleranz gefördert. Dabei wurden mehr als 1600 Landfrauen und interessierte Bürgerinnen sowie Bürger Brandenburgs einbezogen.

Die Berlin-Brandenburgische Landjugend setzt sich in Form von Bildungsveranstaltungen in betreuten Jugendeinrichtungen, bei Jugendbegegnungen (u.a. mit polnischen Jugendlichen), bei Jugendleiterschulungen zur Thematik, in Streitschlichtungs- und Antiaggressionstrainings sowie in Arbeitskreisen zur Akzeptanz alternativer Lebensmodelle für ein tolerantes Brandenburg ein. Einen weiteren Schwerpunkt der Verbandstätigkeit bildet die Entwicklung der Teilhabe in Jugendbeteiligungsgremien der Kommunen insbesondere im Zusammenhang mit der Bildungs- und Begegnungsstätte Trebnitz im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dem „Toleranten Brandenburg“ unterstützten die Verkehrsabteilung und der VBB die „Tage der Demokratie“ in Potsdam.

Die oberste Bauaufsicht des Landes Brandenburg unterstützt die Arbeit des Landes zum Umgang mit rechtsextremistischen Szeneobjekten und hat untere Bauaufsichtsbehörden entsprechend beraten.

Für die Stadtentwicklung steht im Rahmen des „Toleranten Brandenburg“ weiterhin im Focus ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie vor Ort zu leisten. Gerade in den benachteiligten Quartieren kommt es darauf an, zu zeigen, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird.

Im Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“ waren es beispielsweise in Cottbus die zusätzliche Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund oder in Luckenwalde die Aktivierung von die Bewohnenden in der Gruppe zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie benachteiligter Bevölkerungsgruppen durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote.

Für die auslaufende Strukturfondsperiode der EU und die Verwendung von Mitteln aus dem EFRE sei der mit Mitteln des EFRE neu gebaute Eltern-Kind-Treff in der Oranienburger Mittelstadt genannt. Die Oranienburger Mittelstadt ist geprägt durch besondere soziale Probleme, die sich aus einem hohen Anteil von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern und aus einer, im Vergleich zu anderen Stadtteilen, hohen Konzentration von Bürgern mit Migrationshintergrund und deren Familien ergeben. Bedingt durch die dargestellten sozialen Schwierigkeiten und das besondere Elternklientel in der Mittelstadt sind auch in der dort vorhandenen Kita „Friedrich Fröbel“ besondere pädagogische Ansätze erforderlich. Ziel der Stadt Oranienburg ist die Etablierung einer Kombination aus Kindertagesbetreuung und Elternbildung, um ein Zentrum der Gesundheit, des Wohlfühlens, des Sportes und der Kultur zu schaffen. Ziel des Projekts ist die Stabilisierung und Aktivierung der Bewohner in dem innenstädtischen Stadtquartier und die Unterstützung insbesondere von Familien.

Besonders muss auf den „Gedenkort Synagoge“ in Eberswalde verwiesen werden, der am 9.11.2013

vom Bundespräsidenten Gauck eröffnet wurde. Der „Gedenkort Synagoge“ ist von zentraler Bedeutung für das kulturelle Erbe der Stadt Eberswalde: Am 9. November 1938 wurde die Synagoge in der Pogromnacht vernichtet. An die jüdische Synagoge erinnert bis heute nur eine Gedenktafel. Umso wichtiger ist es, unter dem Titel »Stadtkultur erleben«, diesen Erinnerungsort zu neuem Leben zu erwecken. Die Neugestaltung des Synagogenareals wurde unter Beteiligung der Bürgerinitiative „9. November“ sowie des Zentralrats der Juden in einem umfassenden partizipativen Prozess erarbeitet. Zur Einrichtung dieses Gedenkortes ist das Areal von seiner derzeitigen Bebauung befreit worden. Der Kontur der ehemaligen Außenmauern folgend, wurde eine durchgehende, rd. zweieinhalb Meter hohe Mauer errichtet. Sie hat keine Tür, kein Tor, keinen Eingang, keinen Ausgang. Der Innenraum bleibt unerreichbar. Dort wurde ein Baumhain aus Linden gepflanzt, der mit zunehmendem Wachstum den Baukörper der Synagoge nachzeichnet (»Wachsen mit Erinnerung«). Dieser stille Raum bleibt der Natur überlassen. Eingriffe und Pflege sollen nur - soweit notwendig - vorgenommen werden. Außerhalb der Umfriedung erfolgte eine Gestaltung mit Grünflächen, Bänken sowie erläuternden Informationstafeln.

Auch bei der Bundestagswahl 2013 wurde deutlich, dass einkommensärmere Schichten eine deutlich geringere Wahlbeteiligung aufweisen. Das MIL sieht sich deshalb veranlasst, diese Differenz innerhalb der Wahlbeteiligung zur Identifizierung neuer Programmgebiete der „Sozialen Stadt“ zu nutzen und wird vor allem entsprechende Quartiere in das Programm neu aufnehmen. Es wird davon ausgegangen, dass die Maßnahmen der Sozialen Stadt künftig dazu beitragen können, eine weitere Verfestigung des Desinteresses an demokratischen Wahlen zu verhindern.

Das Jahr 2013 war zudem von den Bemühungen geprägt, das auch für Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Toleranz relevante Bund-Länder-Programm der Sozialen Stadt, zu verstetigen. Ebenso ist beabsichtigt, entsprechende Fördertatbestände auch in der neuen Strukturfondsperiode der EU zu verankern.

#### **IV.5 Ministerium des Innern**

##### Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus

Die Gesamtzahl der politisch rechtsmotivierten Straftaten hat sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 25 Fälle erhöht (2013 = 1.379 Fälle; 2012 = 1.354 Fälle). Die anteiligen Gewaltstraftaten sind dem hingegen gesunken (2013 = 45 Fälle; 2012 = 58 Fälle). Nach 2011 (36 Gewaltstraftaten) ist das der zweittiefste Stand seit Einführung des neuen Bewertungssystems im Jahr 2001. Damit hat sich der Trend des Rückgangs der rechtsmotivierten Gewaltdelikte seit 2004 (Höchststand mit 105 Fällen) weiter verstetigt. Die Entwicklung zeigt, dass sich die langjährigen Bemühungen des Landes Brandenburg zur Zurückdrängung politisch rechtsmotivierter Gewalt auch in den Statistikwerten niederschlagen. Dennoch dürfen die Anstrengungen aller demokratischen Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nachlassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der Verbrechen der rechtsterroristischen Gruppierung NSU zeigen deutlich, dass sich die menschenverachtenden und rassistischen Auffassungen von Rechtsextremisten jederzeit in schwersten Straftaten niederschlagen können.

Der 2. Untersuchungsausschuss der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zum Komplex der Verbrechen der rechtsterroristischen Gruppierung NSU (2. PUA) hat nachdrücklich darauf verwiesen, dass die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen.

Schlussfolgerungen aus dieser umfassenden Bestandsaufnahme betreffen in erster Linie die Arbeit von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz, aber auch Belange des Zusammenwirkens mit Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus. Bund und Länder haben bereits parallel zur Arbeit des 2. PUA große Anstrengungen unternommen, den ganzheitlichen Bekämpfungsansatz zu stärken. Beispielhaft wird auf die Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAR) oder die Einrichtung der Rechtsextremismusdatei (RED) hingewiesen. Tragender Bestandteil dieser neuen Zusammenarbeitsformen ist eine verbesserte Kooperation sowie ein noch engerer Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Für das Land Brandenburg wurden darüber hinaus folgende Schwerpunkte in Umsetzung der Handlungsempfehlungen des 2. PUA erkannt:

- Vertiefende Sensibilisierung aller Polizeibediensteten
  - zur frühzeitigen Erkennung von rechtsextremistischen Aktivitäten und
  - zur unmittelbaren Bewertung von Straftaten auf Vorliegen von Merkmalen auf mögliche politisch motivierte Tathintergründe.
- Überprüfung und Stärkung der polizeilichen Aus- bzw. Fortbildung im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK).
- Weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz.

Konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang werden bereits umgesetzt. So wurde zum Beispiel an der Fachhochschule der Polizei ein Fachzirkel zur Erarbeitung einer neuen Fortbildungskonzeption PMK eingesetzt.

Die erneute Überprüfung von Tötungsdelikten seit 1990 ist ebenso eine zentrale Forderung des 2. PUA. Das Land Brandenburg geht dabei einen besonderen Weg. Über eine erneute polizeiliche Bewertung hinaus fördert das Innenministerium das Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle ‚Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt‘“ des Moses Mendelssohn Zentrums für europäische Studien (MMZ) an der Universität Potsdam. Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchungen ist die nochmalige eingehende Betrachtung der Motivationshintergründe zu Tötungsdelikten seit 1990, die in Auflistungen von Medien bzw. Opferschutzeinrichtungen als rechtsextremistisch motiviert ausgewiesen bzw. als dahingehende Verdachtsfälle benannt werden („Opferlisten“). Ca. ein Drittel (neun) dieser Fälle wurde bisher im Rahmen polizeilicher Meldedienste als politisch rechtsmotivierte Tötungsdelikte eingeklassifiziert. Durch das Forschungsprojekt werden wissenschaftlich fundierte, tiefer gehende Erkenntnisse und Bewertungen zu den in Rede stehenden Tötungsdelikten angestrebt. Ebenso besteht das Ziel darin, ggf. Hinweise für eine Optimierung künftiger Fallbewertungen zu gewinnen. Das Projekt startete mit einer vorgesehenen Laufzeit von zwei Jahren am 1. Mai 2013.

#### Landespräventionsrat *Sicherheitsoffensive Brandenburg*

Der Landespräventionsrat *Sicherheitsoffensive Brandenburg* vereint Expertinnen und Experten der wichtigsten Verantwortungsträger der brandenburgischen Präventionslandschaft. Als ausgewogenes Beratungsgremium bündelt der Landespräventionsrat wichtige gesamtgesellschaftliche Kräfte und fördert kriminalpräventive Aktivitäten.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist ohne Zweifel ein bedeutendes Tätigkeitsfeld des Landespräventionsrates. Die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“

unterstreicht im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ die Bedeutung dieses Themenfeldes für die kriminalpräventiven Tätigkeiten in Brandenburg. Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Leiters des brandenburgischen Verfassungsschutzes besteht aus Vertretern verschiedener Landesministerien und anderer staatlicher Stellen, wie z. B. der Polizei aber auch aus Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden und Industrie- und Handelskammern. Auch die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg ist hier mit ihrer Leiterin vertreten.

Der Landespräventionsrat fördert jährlich eine Reihe von Projekten und Veranstaltungen, die sich mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinandersetzen. Beispielhaft sollen nachfolgend einige Beispiele kurz umrissen werden.

Das Projekt „Ohne Blaulicht“ des Landesfeuerwehrverbands Brandenburg unterstützt Freiwillige Feuerwehren in ihrer über den feuerwehrfachlichen Auftrag hinaus gehenden Tätigkeit als bedeutende Akteure im demokratischen Gemeinwesen auf örtlicher und überörtlicher Ebene. In peripheren Räumen bilden sie häufig das letzte „analoge“ Netzwerk, dessen Elemente über seine Funktionsgrenzen hinaus demokratisch wirkungsmächtig sein können. Auch Herausforderungen der Demokratie, wie etwa der Rechtsextremismus, werden in der Feuerwehr insgesamt als Problem erkannt und thematisiert.

Das Projekt stärkt mit aufsuchender politischer Bildungsarbeit die demokratische Praxis und macht den Feuerwehren ihre Rolle im Gemeinwesen bewusst. Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr praktizieren die Prinzipien demokratischer Kultur in der Wahrnehmung der Ehrenämter, in der Verbandsarbeit oder in der Ausübung von Mandaten in Selbstverwaltungsgremien. Sie prägen das örtliche Klima in ihren Orten und Regionen wesentlich mit. Vor dem Hintergrund von Schulschließungen, Polizeireformen, Großpfarreien, veränderter Regionalförderung, Abwanderungsprozessen etc. gewinnt diese Tatsache an Gewicht.

Im Fokus des Projekts steht daher die Bearbeitung folgender Problemstellungen:

- Den in den Freiwilligen Feuerwehren Engagierten fehlt es nicht an Einsatzbereitschaft, sondern oft an „Wissen und methodischem Handwerkszeug“.
- Es fehlen Formen aufsuchender politischer Bildungsarbeit; sie sollen entwickelt, abgestimmt, erprobt und in der Feuerwehrcultur verankert werden.
- Die Rolle der Feuerwehren im Gemeinwesen ist nicht ausreichend bewusst; ihre demokratische Praxis soll gestärkt und die politische Kommunikation angeregt werden.
- Die Bereitschaft und Befähigung zu korrektiven Kommunikationsprozessen gegenüber antidemokratischen Tendenzen soll unterstützt werden und sich auch und vor allem in informellen Situationen bewähren können.

Bisher (Stand Dezember 2013) fanden im Rahmen des Projekts über 250 „Einsätze“ statt. Dazu zählen rund 150 Beratungen und 50 Schulungen (Workshops, Thementage, Seminarwochenenden).

Das Europazentrum Brandenburg–Berlin des europäischen Regionalen Fördervereins e. V. arbeitet mit seinem Projekt „Informations- und Präventionsangebot gegen Rechtsextremismus im Kampfsport und im privaten Sicherheitsgewerbe“ im Bereich der Sportvereine und des privaten Sicherheitsgewerbes.

Ziel der Beratungsveranstaltungen in den Vereinen ist es, die jugendlichen Sportler und Trainer über die Gefahren des Rechtsextremismus im (Kampf-) Sport aktiv aufzuklären und für eine entschiedene Positionierung dagegen zu motivieren. 2013 konnten die Projektdurchführenden, welche zum Teil selbst aktive Kampfsportler sind, bereits in 17 Vereinen direkt vor Ort auftreten und die Sportler in den unterschiedlichsten Altersgruppen persönlich erreichen. Von den Kindern bis zu den erwachsenen

Aktiven wurde ausgiebig zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus diskutiert und Wege besprochen, wie im eigenen Verein dagegen vorgegangen werden kann. Damit wurden erstmalig die Sportler direkt erreicht und die bisher realisierten Präventionsansätze (Broschüren, Flyer, Einsatz von Multiplikatoren) wirkungsvoll flankiert. Es wird angestrebt, dass die Trainierenden in der Lage sind, rechtsradikale Tendenzen zu erkennen und sich von ihnen zu distanzieren.

Weiterhin wird Aufklärungsarbeit in privaten Sicherheitsfirmen mit Sitz im Land Brandenburg betrieben. Ziel ist hier, die Personalverantwortlichen für die Thematik zu sensibilisieren, um z. B. Zeichen und Äußerungen von Bewerbern richtig deuten zu können. Auch eine Schulung zur rechtlichen Gestaltung von Beschäftigungsverhältnissen gehört in diesem Kontext zur Aufklärungsarbeit. In den Sicherheitsfirmen sollen die Mitarbeiter des Personalbereiches aktiv in die Präventionsarbeit einbezogen werden und die Personalunterlagen der Firma eine sichere Grundlage für die Abwehr von rechtsradikalen Tendenzen bilden, so dass eine rechtsextremistische Betätigung von Mitarbeitern arbeitsrechtlich ausgeschlossen wird.

In der Arbeitsgruppe „Politischer Extremismus“ des LPR wurde der Bedarf erkannt, die aktuellen Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis der Prävention von Extremismus in Brandenburg durch einen Fachtag zu verbreiten. Dieser fand unter dem Titel „Fachtag gegen Rechtsextremismus – Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“ am 12. Juni 2013 in Potsdam statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Land Berlin, vertreten durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, durchgeführt. Kern der Veranstaltung waren die Vorträge und Diskussionsrunden am Vormittag. Hier wurden die Ergebnisse von drei Forschungsprojekten vorgestellt:

1. „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)“ des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V.
2. „Rechtsextreme/vorurteilsgeleitete Gewalt und Möglichkeiten ihrer Prävention“ der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin
3. „Feindbild Polizei – wie reden Rechtsextreme über die Polizei“ des Moses Mendelssohn Zentrums für europäische Studien (MMZ) an der Universität Potsdam

Am Nachmittag fand in mehreren Workshops ein Erfahrungsaustausch zu praktischen Projekten aus Berlin und Brandenburg statt. Die Ergebnisse der Fachtagung wurden in einer Tagungsbroschüre zusammengefasst.

An der Veranstaltung nahmen über 130 Teilnehmer aus den relevanten Zielgruppen - vor allem potentielle Projektträger, Zuwendungsgeber und Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen - teil. Die Veranstaltung erfuhr ein beachtliches Medienecho.

#### Verfassungsschutz durch Aufklärung

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind unerlässliche Säulen in der Auseinandersetzung mit extremistischen Personen. Daher wird „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ von vielen Verfassungsschützern aktiv betrieben. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Sie zeigen damit Gesicht und stellen sich gemeinsamen Debatten über die Feinde der Demokratie. Auch das ist wichtig für eine effektive Informationsvermittlung. Dafür müssen Verfassungsschützer auf die Zivilgesellschaft zugehen. Je mehr Informationen über Extremistinnen und

Extremisten vermittelt werden, desto geringer sind deren Erfolgsaussichten. Und für den Verfassungsschutz gilt: Je mehr die Zivilgesellschaft über den Verfassungsschutz weiß, desto eher wird sie ihn als Kommunikationspartner und Demokratiedienstleister akzeptieren.

Die Öffentlichkeit, an die sich der Verfassungsschutz richtet, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft: Soldatinnen und Soldaten, Auszubildende, Feuerwehrangehörige, Lehrkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugendeinrichtungen, politische Gremien auf Landes- und Kommunalebene, Polizistinnen und Polizisten, Zivildienstleistende, Sportlerinnen und Sportler, Geistliche, Unternehmerinnen und Unternehmer, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Krankenpflegekräfte sowie andere ließen sich im vergangenen Jahr von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes über Rechts- und Linksextremismus, islamistischen Extremismus oder Wirtschaftsschutz informieren. Im Jahr 2013 hielten Verfassungsschützer 100 Vorträge. Daran nahmen rund 3.200 interessierte Bürgerinnen und Bürger teil.

Um die Aufklärungs- und Präventionsarbeit möglichst zielgruppenorientiert und wirkungsvoll zu gestalten, hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine strategische Kommunikation kontinuierlich ausgebaut und sich mit wichtigen Kooperationspartnern vernetzt.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine Kooperation. Hierbei werden Jugendwarte und Feuerwehrführungskräfte an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt (LOS) über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung informiert. Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Ausbildungsprogramm. 2013 nahmen rund 265 Feuerwehrleute in 13 Veranstaltungen daran teil.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit dem „Toleranten Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, dem „Städte- und Gemeindebund“, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule, der „Brandenburgischen Kommunalakademie“ und dem Landesjugendamt. Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 unter anderem an der Polizeifachhochschule in Oranienburg (OHV) an insgesamt 31 Tagen Info-Veranstaltungen angeboten. Daran haben rund 1.330 Personen von Polizei, Kommunalbehörden und weiteren Einrichtungen teilgenommen. Die Zielsetzungen waren jeweils der Umgang mit unterschiedlichen extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher, ordnungs- und arbeitsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen sowie der Umgang mit extremistischen Mandatsträgerinnen und -trägern in kommunalen Vertretungen und deren Anfrageverhalten. 2013 waren es vier Veranstaltungen zum Thema „Rechtsextremisten im Wahlkampf“. Daran nahmen 100 Personen teil. Zwei der ganztägigen Informationsveranstaltungen wurden in der Nähe der sächsischen Grenze in Kooperation mit dem Verfassungsschutz Sachsen durchgeführt. 2014 finden in Brandenburg Wahlen zu den kommunalen Vertretungen, zum Europäischen Parlament und zum Landtag statt. Hierzu sind wieder vier Veranstaltungen geplant.

Von Sommer 2009 bis Mai 2011 bot der Verfassungsschutz Brandenburg in Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten die „Regionalen Sicherheitsdialoge: Integration, Radikalisierung und Islamismus“ (IRIS) an. Vertreter lokaler Behörden und weiterer Einrichtungen wurden über islamistischen Extremismus informiert und sollten zugleich zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen

sowie Mitbürger ermutigt werden. IRIS fand in allen 18 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten statt. An der neunzehnten Veranstaltung nahmen ausschließlich Mitarbeiter von Ausländerbehörden teil. Insgesamt besuchten 915 Personen diese Reihe. Die Evaluierung von IRIS im Jahr 2011 ergab eine äußerst positive Resonanz. Im Jahr 2013 erfolgte unter dem Titel „Zweiter regionaler Sicherheitsdialog – Integration, Ausländerfeindlichkeit und islamistischer Extremismus“ die Fortsetzung. In vier Veranstaltungen konnten 320 Interessierte erreicht werden. Eine fünfte Sonderveranstaltung unter anderem zu Asylbewerbern aus dem Kaukasus war mit 170 Teilnehmenden gänzlich ausgebucht.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, nutzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ werden Messen, Feste, Konzerte und weitere Veranstaltungen besucht. So steht die Behörde in direktem Kontakt mit den Bürgern. Das Info-Mobil war 26 Mal im Jahr 2013 unterwegs. Einsätze gab es beispielsweise beim Festival „Laut & Bunt“ in Rathenow, bei den „Tagen der Demokratie“ in Potsdam oder beim Spremberger Heimatfest. Darüber hinaus dient es als Einsatzfahrzeug für Vorträge im Land.

Für Vorträge und Info-Mobil-Einsätze legten die Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter 2013 mehr als 21.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten sie knapp 300 Stunden auf den Straßen. Über 400 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Die Vor- und Nachbereitung aller Einsätze umfasste weitere 800 Stunden.

Fachtagungen zu aktuellen Themen sind eine weitere Säule der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Im Januar 2013 nahmen an der in Dresden zusammen mit dem dortigen Verfassungsschutz durchgeführten Fachtagung „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ 170 Personen teil. Die vorangegangenen lauteten: „Hass-Musik“ (2005), „Antisemitismus – Gleichklang zwischen den Extremen“ (2007), „Freiheit, Islam und Extremismus“ (2007), „Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus“ (2008), „Extremismus 2.0 – die dunkle Seite des Internets“ (2009), „Islamistischer Extremismus, Konvertiten und Terrorismus – Bedrohungen im Wandel“ (2009) sowie „Schwarze Blöcke rechts und links – Autonome Extremisten auf Gewaltkurs“ (2010), „Kultur des Hasses – Extremisten und Musik“ (2011) und „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ (2012). Zwei Wirtschaftsschutztagungen gab es im Jahr 2010: 1. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz, Wirtschaftsspionage – Risiko für Unternehmen“ und 2. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz – Innovationsschutz in Universitäten und Unternehmen“. Hinzu kam der „Wirtschaftsschutztag Berlin-Brandenburg 2011“. Er wurde von den Verfassungsschutzbehörden Berlin und Brandenburg sowie der „Beuth Hochschule für Technik Berlin“ organisiert. An diesen insgesamt 13 Veranstaltungen haben zwischen 2005 und 2013 rund 2.000 Personen teilgenommen. Zu jeder Fachtagung sind Dokumentationen auf der Homepage des Verfassungsschutzes abrufbar.

2013 veranstalteten die Verfassungsschutzbehörden von Sachsen und Brandenburg zudem ein Mal das „Forum starke Demokratie“ mit 40 Teilnehmern. Das Thema lautete: „Rechtsextremistische Konzerte in Szene-Objekten zurückdrängen“.

Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes sind sehr begehrt. In erster Linie betrifft das den



jeweils aktuellen Verfassungsschutzbericht. Daneben sind zahlreiche und ständig aktualisierte Faltblätter zu verschiedenen Themenfeldern des Extremismus und Wirtschaftsschutzes im Einsatz. Von diesen Materialien sind 2013 weit über 18.000 Exemplare verteilt und verschickt worden.

Alle bisher in Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte, alle genannten Broschüren und Faltblätter sowie weitere Materialien sind über die Homepage [www.verfassungsschutz.brandenburg.de](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de) abruf- und bestellbar. 2013 wurden 998572 Zugriffe auf der Homepage registriert. Zusätzlich wird dort regelmäßig über aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit Extremismus berichtet.

#### **IV.6 Ministerium der Justiz**

Die Justiz im Land Brandenburg hat wie in den vorangegangenen Jahren ihr Bemühen, rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten effektiv zu verfolgen, die Rechte der Opfer zu schützen und sich um die Resozialisierung der Täter zu bemühen, weiter verfolgt. Entsprechende Straftaten werden bei den Staatsanwaltschaften des Landes durch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Sonderdezernaten bearbeitet, die besonders geschult und erfahren sind und auf einen zügigen Verfahrensabschluss sowie eine schnelle Verurteilung der Täter hinarbeiten, wobei auch von den besonderen Verfahrensarten des beschleunigten Verfahrens und des vereinfachten Jugendverfahrens Gebrauch gemacht wird. Die Bekämpfung von Propagandadelikten und Volksverhetzung im Internet, die in den letzten Jahren verstärkt zugenommen haben, wird landesweit durch die in Cottbus ansässige Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Datennetzkriminalität verfolgt. Soweit rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten im Rahmen des Strafvollzugs begangen werden, wird diesen konsequent nachgegangen und entgegengewirkt.

Um weitere Straftaten von Tätern, die sich in Haft befinden, zu verhindern, ist im Jugendstrafvollzug des Landes Brandenburg Anfang dieses Jahrhunderts mit finanzieller Unterstützung der Bundes- und der Landeszentrale für politische Bildung mit einem Modellprojekt für rechtsextremistisch gefährdete junge Gefangene begonnen worden. Das Projekt wurde im Laufe der Jahre vom Verein „Violence Prevention Network e. V.“ weiterentwickelt und hat unter der Bezeichnung „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ mittlerweile über Brandenburg hinaus bundesweite Verbreitung im Justizvollzug gefunden. Die Projektaktivitäten umfassen Trainingsangebote und Elternarbeit während der Haft sowie ein Stabilisierungscoaching nach der Haftentlassung. Das Projekt wird im brandenburgischen Jugendstrafvollzug nach wie vor erfolgreich durchgeführt. Evaluationsergebnisse belegen, dass es durch das Angebot tatsächlich gelungen ist, Rückfälle zu verhindern.

Durch die finanzielle Förderung von Opferhilfegruppen trägt die Justiz überdies dazu bei, dass den Opfern rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten Hilfe und Unterstützung zukommt.

Zur Stärkung des Rechtsbewusstseins junger Menschen finden nach wie vor rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen in Schulen statt, in deren Rahmen auch die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und deren Strafbarkeit thematisiert werden.

Um die Bediensteten der Gerichte, Staatsanwaltschaften und des Justizvollzugs für die Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus immer wieder zu sensibilisieren und über neueste Entwicklungen aufzuklären, finden vielfältige Fortbildungsveranstaltungen statt, in denen auch interkulturelle Kompetenzen und die Bewusstseinsbildung zum Umgang mit Menschen fremder Länder und Kulturen geschult werden. Bedienstete des Jugendvollzugs werden darüber hinaus für den Umgang mit rechtsextremistisch orientierten Gefangenen besonders fortgebildet.

Von besonderer Bedeutung im Jahr 2013 war aus Sicht der Justiz auch die brandenburgische Unterstützung des NPD-Verbotsantrages des Bundesrates.

#### **IV.7 Ministerium der Finanzen**

Seit Jahren setzt das Ministerium der Finanzen ganz bewusst klare Signale gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage und Demokratie im Land. Im Jahr 2013 stand vor allem die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Deutschland im Zentrum vor dem Hintergrund von gleich zwei denkwürdigen Jubiläen: 2013 jährte sich die Machtergreifung und anschließende Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland zum achtzigsten Mal. Und 75 Jahre ist es her, dass die deutsche Öffentlichkeit – auch im Land Brandenburg – in der Reichspogromnacht weitgehend passiv zusah, wie Juden von Vertreterinnen und Vertretern der Staatsmacht ermordet, ihrer Versamlungs- und Gebetsorte beraubt und massenhaft in KZs gesperrt wurden.

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus erfolgte vor allem im Rahmen von zwei Ausstellungen: Vom 2. September bis zum 15. November 2013 war auf Initiative vom Finanzministerium und der Landeshauptstadt Potsdam die vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv organisierte Wanderausstellung Aktenkundig: „Jude!“ im Stadthaus Potsdam zu sehen. Deren Ziel war es unter anderem, sich kritisch mit der Rolle der Berliner und Brandenburger Finanzbehörden zur Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Einen zentralen Platz nahmen daher Dokumente aus Akten von Finanzbehörden ein, vor allem des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg. Mit der Präsentation wurde ferner der Bogen von der historischen Darstellung der NS-Judenverfolgung in der damaligen preußischen Provinz Brandenburg zur Auseinandersetzung mit dem Holocaust im 1990 neu gegründeten Land Brandenburg geschlagen. Eingebunden in die Ausstellung war außerdem ein Projekt von Schülerinnen und Schülern des Voltaire-Gymnasiums Potsdam, das sich auf Spurensuche bis nach Israel begeben hatte, um die Nachkommen von seinerzeit in Brandenburg verfolgten Juden ausfindig zu machen und sich auf diese Weise dem Thema zu nähern. Im Rahmen der Ausstellung luden das Finanzministerium und die Landeshauptstadt ferner zur Vorführung des Films „Menschliches Versagen“ und zu einem anschließenden Gespräch mit dessen Regisseur Prof. Dr. Michael Verhoeven ein. „Menschliches Versagen“ erzählt nicht nur von der Enteignung jüdischer Bürgerinnen und Bürger zwischen 1933 und 1945, sondern schildert auch, dass die Finanzverwaltung wesentliche Stütze des NS-Regimes war.

Im eigenen Gebäude zeigte das Finanzministerium bis Juli 2013 einen Auszug einer Ausstellung des Bürgerfördervereins Burg Beeskow e.V. zur jüdischen Geschichte in Beeskow. Die Ausstellung war ursprünglich in einem Projekt entstanden, in das unter anderem Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte eingebunden waren. Gerade weil junge Leute mit nationalsozialistischem Gedankengut

konfrontiert werden, sind ihre gesammelten Erfahrungen bei der Erkundung von Spuren des jüdischen Lebens von besonders großem Wert.

Daneben hat das Ministerium der Finanzen 2013 erneut Initiativen unterstützt, die sich beispielsweise mit der Geschichte des Nationalsozialismus im Land Brandenburg auseinandersetzen. Für den weiteren Ausbau des Informations- und Begegnungszentrums der Gedenkstätte KZ-Außenlager Schlieben-Berga (Elbe-Elster) stellte das Finanzministerium 2013 Mittel bereit. Diese sollten für die Beschaffung verschließbarer Vitrinen und Präsentationstechnik eingesetzt werden, damit die Öffentlichkeitswirkung der Gedenkstätte verbessert und gesichert werden kann. Weitere Mittel gingen an das Staatsorchester Frankfurt (Oder) für das Gedenkkonzert zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht.

Im Jahr 2014 will das Finanzministerium gemeinsam mit „Tolerantes Brandenburg“ sich auf dem Brandenburg-Tag in Spremberg ganz bewusst mit den Themen Fremdenfeindlichkeit und Toleranz auseinandersetzen.

#### **IV.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Als essentieller Bestandteil eines funktionierenden gesellschaftlichen Miteinanders greift auch die vom MWFK entwickelte und von der Landesregierung im März 2013 beschlossene Hochschulentwicklungsplanung des Landes das Leitbild eines toleranten und weltoffenen Denkens und Handelns auf: In ihrer Eigenschaft als Bildungseinrichtungen und in Erfüllung ihres allgemeinen Bildungsauftrags leisten die Hochschulen einen Beitrag zur Entwicklung und Realisierung der Demokratie in der Zivilgesellschaft. Mit ihrer internationalen Ausrichtung und einem überdurchschnittlichen Anteil ausländischer Studierender stärken die Hochschulen die kulturelle Vielfalt im Land und tragen zu einem bereichernden Austausch zwischen den Kulturen der Welt bei.

Im vergangenen Jahr hat die Brandenburgische Landesrektorenkonferenz eine gemeinsame Erklärung gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beschlossen. Mit diesem Positionspapier bekräftigen die Hochschulen ihr Selbstverständnis als einen Ort, der Menschen unterschiedlicher Herkunft zur Verwirklichung ihres Rechts auf individuelle Entfaltung sowie auf Bildung dient und der Grenzen, gesetzt durch Hautfarbe, Sprache, sexuelle Orientierung, Kultur und Religion, nicht kennt. Die Hochschulen machen damit einmal mehr deutlich, sich ihrer Verantwortung als Schnittstelle zwischen Bildung und Gesellschaft bewusst zu sein.

Auch in ihren Leitbildern verfolgen die Hochschulen den Gedanken eines toleranten Brandenburgs, zu dessen Umsetzungen sie Beiträge auf unterschiedlichen Ebenen leisten. Im Rahmen des Diversity-Managements hat die Gewinnung und Unterstützung ausländischer Studierender einen besonderen Stellenwert im Hochschulalltag. Diesen Grundsatz greifen auch die Hochschulverträge auf. Mit speziell auf die Bedürfnisse der mittlerweile rund 6.900 ausländischen Studierenden abgestimmten Betreuungsprogrammen, wird ihnen nicht nur das Studieren in Brandenburg, sondern auch der Start und die Integration in Deutschland erleichtert.

Daneben gibt es immer wieder auch Projekte, mit denen die Hochschulen über ihren Wirkungskreis hinaus für das Thema sensibilisieren. In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Diversity Management“ der BTU Cottbus-Senftenberg, dem Akademischen Auslandsamt und der Integrationsbeauftragten der Stadt Cottbus wurde durch den Alumni-Verein International Association of World Heritage Professionals e.V. zum Zwecke der Weiterbildung von Verwaltungsmitarbeitern der Universität und der Stadt Cottbus, die

in täglichem Kontakt mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern stehen, eine Fortbildungsreihe ins Leben gerufen, die das Ziel hatte, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern interkulturelle und soziale Kompetenz zu vermitteln. Hervorzuheben ist daneben die fortwährende Beteiligung an Aktionen gegen Rassismus, wie beispielsweise das Campus Open Air „Laut gegen Nazis“, das im Mai 2013 auf dem Campus der BTU Cottbus ausgerichtet wurde und Menschen über die Grenzen der Hochschule hinaus erreichte.

In der Kultur hat die Vermittlung von Toleranz und Weltoffenheit einen hohen Stellenwert, um ein vorurteilsfreies Verständnis fremder Kulturen zu fördern. Dass dieser Aspekt auch im Jahr 2013 eine wichtige Rolle spielte, kommt u.a. in der vom MWFK, dem Landespräventionsrat und der Landeszentrale für politische Bildung geförderten Geschwister-Scholl-Oper „Weiße Rose“ der Wanderoper Brandenburg des Komponisten Udo Zimmermann zum Ausdruck. Im Mittelpunkt der Kammeroper stehen die letzten Stunden der Geschwister Sophie und Hans Scholl vor deren Hinrichtung. Die expressive musikalische Darstellung nationalsozialistischer Gewalt in abgehackten, dissonanten Halbtönen bildet einen Teil deutscher Geschichte eindringlich ab. Diese vor allem an Schulkinder und Jugendliche gerichtete und zu Toleranz aufrufende Produktion, diente als Teil kultureller Bildung der Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit diesem Thema.

Eine vergleichbare Zielsetzung hatte auch der Dokumentarfilm „Vergeben Ja – Vergessen Nein“ von Hans-Joachim Attig über den Todesmarsch durch Rheinsberg, der auf Initiative des Aktionsbündnisses Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kooperation mit der Bundes- und Landesakademie Musikakademie Rheinsberg im Schlosstheater Rheinsberg gezeigt wurde. Berichte Einheimischer, die als Kinder den Todesmarsch erlebten, und die Perspektive der Häftlinge fügten sich zu einem beklemmenden Dokument der letzten Kriegswochen 1945. Im Anschluss an die Vorstellung fand eine Diskussion statt, die für die weitergehende Befassung und Verinnerlichung des Gesehenen hilfreich war.

#### **IV.9 Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten**

Integrativer Bestandteil des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind vielfältige europäische und internationale Bezüge, die mittelbar und unmittelbar im Zusammenhang damit zu sehen sind. Dieses wird vom Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (MWE) in seinen vielen interregionalen Kontakten hergestellt und konkret umgesetzt.

##### EUropa: Politik und Kommunikation

Das MWE legt in der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerinnen und Partnern den Schwerpunkt auf die Integration Brandenburgs in die Europäische Union sowie die Förderung des europäischen Gedankens. Dafür stehen nicht zuletzt auch Haushaltsmittel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung der Konzeption der Landesregierung zur europapolitischen Kommunikation und zur verstärkten Information der brandenburgischen Bürgerinnen und Bürger über europäische Schwerpunktthemen zur Verfügung.

Im Zentrum der europapolitischen Kommunikationsarbeit in 2013 und erstes Halbjahr 2014 stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014. Alle Maßnahmen wurden auch auf die Werbung zur Teilnahme und damit Teilhabe an der Politikgestaltung ausgerichtet. Dazu gehört die traditionelle Durchführung der sogenannten „Europawoche“ im Mai. Sie wird von vielen staatlichen und

nichtstaatlichen Akteuren genutzt, um Europa in seiner Vielfalt darzustellen und für Toleranz zu werben. Einen Schwerpunkt bilden „EU-Projektstage“ in den Schulen.

Wichtige Träger speziell zu den Wahlen entwickelter Veranstaltungsformate an den Oberstufenzentren für Erstwähler „Wie kann ich das Europa der Zukunft mitgestalten?“ und allgemeine Bürgerveranstaltungen „In Vielfalt geeint“ sind die Vereine „Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik e.V. (GEKO)“ und „Bürger Europas e.V.“.

Mithilfe von EU-Geldern (Bsp. EU- INTERREG – Programme) wird seit Jahren ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und dem multikulturellen Management geleistet. Ängste und Vorbehalte, die oftmals nur auf Unkenntnis beruhen, konnten in vielen deutsch-polnischen Projekten beiderseits der Grenze abgebaut werden.

### Tourismus

Weltoffenheit und Toleranz sind Standortfaktoren für das Land Brandenburg, insbesondere für die Tourismusbranche. Hier engagieren sich viele Unternehmen und Verbände aktiv im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. In der aktuellen Landestourismuskonzeption Brandenburg 2011-2015 wurde das Ziel „Interkulturelle Kompetenz verstärken“ aufgenommen. Dies wird als Schlüsselkompetenz touristischer Leistungsträger angesehen.

### Umsetzung „Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung“

Dauerhaft ergeben sich im Geschäftsbereich des MWE Verbindungslinien zum Thema „Entwicklungspolitik“ in den Bereichen wie Integration, Internationalität, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und entsprechenden Maßnahmen wie der Round Table „Entwicklungspolitik Brandenburg“ oder konkreten Projektförderungen mit dem Land Brandenburg, dem Bund oder Stiftungen als Partner. Dazu zählen insbesondere auch Veranstaltungen von brandenburgischen Vereinen und Initiativen mit breiter Multiplikatoren - und Öffentlichkeitswirkung. Die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung“ vom Mai 2012 und deren Umsetzung durch o.g. Maßnahmen sind inzwischen konstitutiver Bestandteil des Handlungsrahmens „Tolerantes Brandenburg“.

Im Hinblick auf das „Europäische Entwicklungsjahr 2015“ der EU werden in der entwicklungspolitischen Kommunikationsarbeit die BB-Stakeholder schon jetzt eng in die Vorbereitung des brandenburgischen Anteils einbezogen. Die Themen des „Toleranten Brandenburgs“ werden ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen sein.

Prof. Dr. Wilfried Schubarth (Universität Potsdam)  
Dr. Michael Kohlstruck (Technische Universität Berlin)  
Prof. Dr. Manfred Rolfes (Universität Potsdam)

---

## **Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“**

---

*im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg  
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“*

*Potsdam, 14. März 2014*

### Kontakt

Prof. Dr. Wilfried Schubarth  
Uhlandstr. 20  
14471 Potsdam

Tel.: 0331 70490097  
wilschub@uni-potsdam.de

Dr. Michael Kohlstruck  
TU Berlin, TEL 9-1  
Ernst-Reuter-Pl. 7  
10587 Berlin  
Tel.: 030 314-25 838  
michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Prof. Dr. Manfred Rolfes  
Am Sandberg 10  
14469 Potsdam

Tel.: 0331-977-2305  
mrolfes@uni-potsdam.de

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	39
2. Ziele und Forschungsmethodik .....	39
3. Zentrale Ergebnisse der Expertise .....	41
3.1 Viel Anerkennung, kaum Kritik: Ergebnisse der Dokumenten- und Medienrecherchen.....	41
3.2 „Tolerantes Brandenburg“ – ein „lebendes Konzept“. Ergebnisse der Expert(inn)eninterviews.....	43
3.2.1 Expert(inn)eninterviews mit Repräsentant(inn)en des Beratungsnetzwerks .....	43
3.2.2 Landespolitische Akteure .....	47
3.2.3 Akteure und Beobachter außerhalb der Landespolitik.....	49
3.3 Netzwerkanalyse des Kooperationsnetzwerks .....	51
4. Gesamteinschätzung: Bewahrenswertes und neue Herausforderungen.....	57
4.1 Bewahrenswertes.....	57
4.2 Neue Herausforderungen.....	58
4.2.1 Struktur und Status des „Toleranten Brandenburg“ .....	58
4.2.2 Ziele, Inhalte und Aufgaben des „Toleranten Brandenburgs“ .....	60
4.2.3 Arbeit auf operativer Ebene.....	62
5. Fazit und Ausblick .....	63
Literatur .....	65

## 1. Einleitung

Mit Schreiben vom 25. Juli 2013 hat die Leiterin der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ eine Expertise zum „Toleranten Brandenburg“ angefragt. Ende August kam es zur Beauftragung, bis Mitte März 2014 eine solche Expertise zu erstellen.

*Hintergrund* ist der Landtagsbeschluss „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ vom 25. März 2010, mit dem die Landesregierung aufgefordert ist, jährlich einen Bericht über die Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vorzulegen. Der nächste Bericht ist im Juni 2014 vorzulegen und stellt zugleich den letzten Bericht in dieser Legislaturperiode dar. Er ist in zwei Teile gegliedert: a) in einen praktischen Teil (Bericht der Landesregierung) und b) in einen wissenschaftlichen Teil (die vorzulegende Expertise). Die wissenschaftliche Expertise soll den Bericht der Landesregierung durch einen Blick „von außen“ ergänzen.

*Gegenstand* der Expertise sind ausgewählte Aspekte der Tätigkeit im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“<sup>3</sup> (TBB)<sup>4</sup>. Im Fokus steht zum einen die Arbeit innerhalb des landesweiten Beratungsnetzwerks, d.h. die Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle und der zentralen Akteure (RAA Brandenburg, demos/Gemeinwesenberatung, Opferperspektive, Brandenburgische Sportjugend, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung). Zum anderen geht es um die Zusammenarbeit und das Funktionieren des Netzwerks der Kooperationspartner mit seinen zurzeit ca. 35 Institutionen. Durch einen wissenschaftlichen Blick „von außen“ sollten Stärken und Schwächen der TBB-Praxis identifiziert und Optimierungsmöglichkeiten abgeleitet werden. Die Expertise stützt sich auf Expertengespräche, eine Netzwerkanalyse und einen Feedbackworkshop; darüber hinaus wird auch auf bereits vorliegendes Material, wie Gutachten, Berichte, Publikationen etc., zurückgegriffen.

## 2. Ziele und Forschungsmethodik

*Ziel* der Expertise ist eine mehrperspektivische Analyse und eine differenzierte Beschreibung der Arbeit und des Zusammenwirkens der Akteure im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“. Das Offenlegen der unterschiedlichen Perspektiven soll helfen, die Stärken des Netzwerks zu identifizieren. Dabei können aber auch Ansatzpunkte, z.B. für eine Nachsteuerung bei Prozessabläufen, ermittelt werden. Es handelt sich somit nicht um eine summative Evaluation im Hinblick auf die Zielerreichung, vielmehr stehen Elemente einer formativen Evaluation im Vordergrund. Das schließt ein, dass die Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung den Akteuren zur Verfügung gestellt, gemeinsam bewertet und Handlungserfordernisse abgeleitet werden.

Im Einzelnen sollten v.a. folgende *Fragen bzw. Themen* bearbeitet werden:

- Selbstverständnis der zentralen Akteure, z.B. Strategie, Aufgaben, Rolle, Erfolgskriterien, Verhältnis von Intervention und Prävention, Arbeit gegen Rechtsextremismus bzw. für Demokratie, Staat und Zivilgesellschaft
- Koordination und Vernetzung innerhalb des Beratungsnetzwerks
- Wechselseitige Wahrnehmung der Arbeit von Koordinierungsstelle und Akteuren
- Fördernde und hemmende Faktoren bei der Aufgabenerfüllung
- Stärken und Schwächen des Handlungskonzepts

<sup>3</sup> Das Manifest des Handlungskonzepts wurde im Jahre 1998 beschlossen und ist seitdem Leitbild für die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Im Jahre 2005 wurde es weiterentwickelt als „Handlungskonzept für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ (Landesregierung Brandenburg 2005).

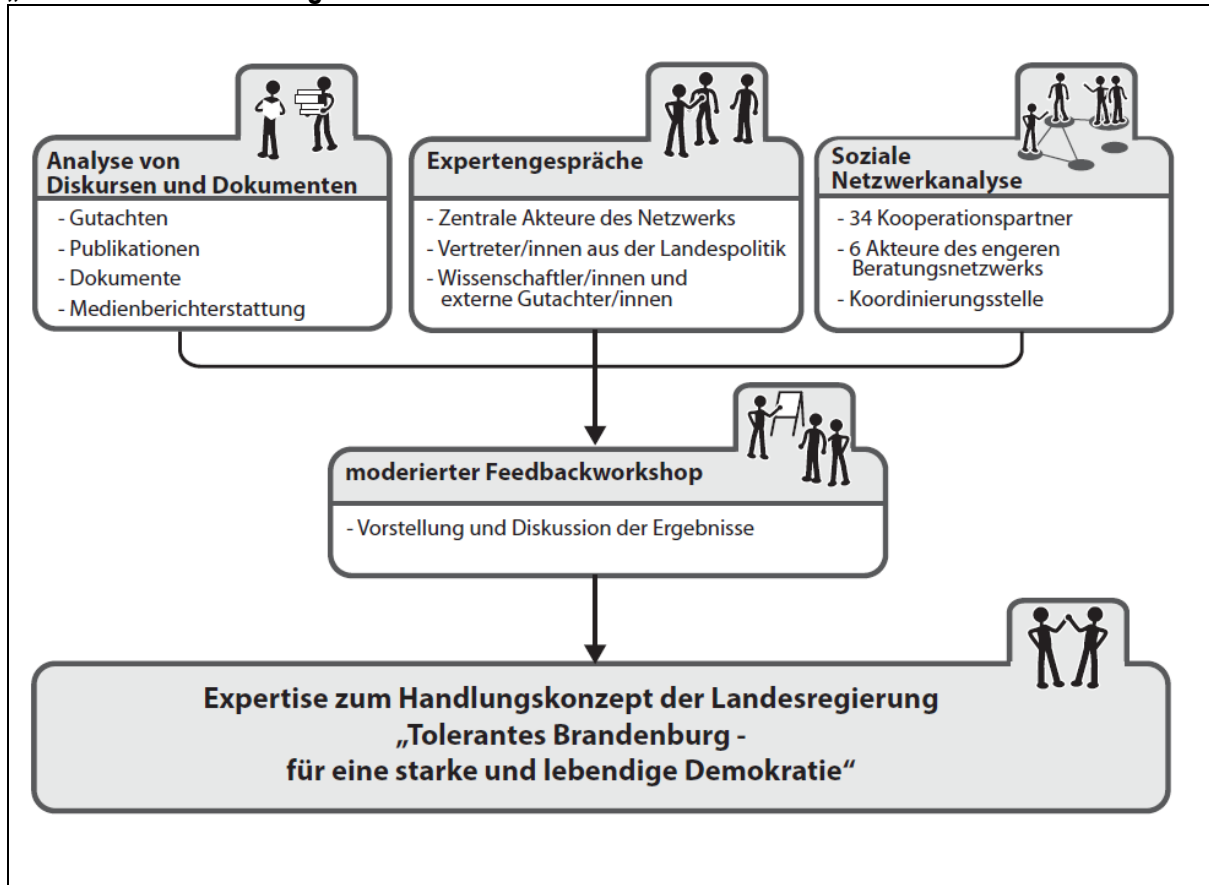
<sup>4</sup> Die Abkürzung „TBB“ wird in der Expertise für „Tolerantes Brandenburg“ verwendet.



- ggf. Optimierungsmöglichkeiten zur verbesserten Aufgabenerfüllung.

Die oben genannten Ziele und Themen wurden in der Expertise auf der Grundlage von vier methodischen Zugängen bearbeitet (vgl. Abb. 1)<sup>5</sup>:

**Abb. 1: Methodische Zugänge der Expertise zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“**



Einen ersten Zugang stellte die *Analyse von Diskursen und Dokumenten* dar. Im Mittelpunkt standen zum einen Gutachten, Publikationen und Dokumente zur Arbeit des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“, zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und generell zum Umgang der Landesregierung sowie der ihr nachgeordneten Stellen mit Rechtsextremismus. Zudem wurde eine Analyse der Medienberichterstattung der letzten fünf Jahre durchgeführt, um zu klären, wie die Arbeit der Koordinierungsstelle und des Netzwerks sowie das Handlungskonzept im landespolitischen und (medien)öffentlichen Diskurs wahrgenommen und bewertet werden.

Der zweite methodische Zugang der Expertise war die *Durchführung von Expertengesprächen*. Bei der Auswahl der Gesprächspartner(innen) wurde Wert darauf gelegt, dass ein differenzierter Einblick in die Arbeit des inneren Beratungsnetzwerks abbildbar war und dass möglichst unterschiedliche Perspektiven eingefangen werden konnten. Dementsprechend wurden Personen aus *drei Kontexten* interviewt:

- zentrale Akteure des Netzwerks (z.B. Leiterin der Koordinierungsstelle, Akteure aus dem Beratungsnetzwerk und Kooperationspartner). Damit sollte vor allem die Binnensicht dokumentiert werden.
- Vertreter(innen) aus der Landespolitik und kooperierenden Landesbehörden, die eine Außenperspektive auf das Netzwerk und das Handlungskonzept eröffnen.

<sup>5</sup> Darüber hinaus wurde die Expertise durch studentische Lehrforschung begleitet. Für Recherchen und Unterstützung danken wir Birgitta Zylla und Ulli Gröger.

- c) Wissenschaftler(innen) und externe Gutachter(innen), die mit dem Handlungskonzept vertraut sind und denen ein distanziert-neutraler Blick auf die Aktivitäten des Netzwerks und das Handlungskonzept unterstellt werden kann.

Im Zeitraum Oktober bis Dezember 2013 wurden mittels halbstandardisierter Leitfäden insgesamt 19 Expertengespräche mit 23 Personen durchgeführt (vgl. Meuser/Nagel 2010). Die Interviews wurden in Anlehnung an die Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. Mayring/Brunner 2010).

Als drittes methodisches Element der Studie wurde eine *soziale Netzwerkanalyse* durchgeführt. Eine Netzwerkanalyse bot sich an, da das zu untersuchende Gesamtnetzwerk formal gut abgegrenzt werden konnte. In die Analyse wurden die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, die sechs Akteure des engeren Beratungsnetzwerks und 34 Kooperationspartner(innen) des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ einbezogen. Analysiert wurden das Beziehungsgeflecht innerhalb des Netzwerks und die relationalen Merkmale der eingebetteten Akteure mit ihrem Status bzw. ihrer Position. Durchgeführt wurde eine quantitativ orientierte, formale soziale Netzwerkanalyse, die mit dem Programm UCINET ausgewertet wurde (vgl. Steinbrink u.a. 2013).

Den vierten methodischen Baustein stellte ein *moderierter Feedbackworkshop* mit den Akteuren der Koordinierungsstelle und dem Beratungsnetzwerk dar. Dabei wurden Ergebnisse der Expertise vorgestellt und diskutiert. Es handelte sich um eine interne Bewertungsschleife, bei der erstens die ermittelten Informationen erläutert und kommentiert werden sollten, und zweitens hilfreiche Informationen zusammengetragen wurden, um die Befunde zu validieren. Drittens wurde auf der Grundlage der Ergebnisse diskutiert, welche Handlungsfelder aus Sicht der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks prioritär zu behandeln seien.

### **3. Zentrale Ergebnisse der Expertise**

#### **3.1 Viel Anerkennung, kaum Kritik: Ergebnisse der Dokumenten- und Medienrecherchen**

Die Dokumenten- und Medienrecherchen erfolgten anhand von drei Zugängen: a) die Berichterstattung der Landesregierung bzw. Koordinierungsstelle, b) wissenschaftlicher Expertisen und c) die Berichterstattung in den Medien.

Die *Berichterstattung der Landesregierung und Koordinierungsstelle* stellte einen ersten Zugang zum Themenkomplex dar. In der jährlichen „Berichterstattung der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzepts“ werden die Aufgaben und Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratieförderung ausführlich beschrieben (vgl. z.B. Landesregierung Brandenburg 2013a, 2013b, Parlamentsdokumentation Brandenburg 2014). Dabei wird insbesondere die Aufgabe der Zivilgesellschaft, sich aktiv gegen den Rechtsextremismus zu stellen, hervorgehoben. Ferner wird eine Prüfung empfohlen, inwieweit eine „Anpassung“ oder „Weiterentwicklung“ des Handlungskonzepts vonnöten sei, z.B. im Hinblick auf veränderte Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Über die Weiterführung des Handlungskonzepts besteht einhelliger Konsens. Die Maßnahmenkataloge des Handlungskonzepts und die Arbeitspläne der Kooperationspartner zeigen weitere Tätigkeitsfelder auf. Diese werden den drei Handlungsebenen zugeordnet: a) Politik der klaren Signale, b) Sozialen Zusammenhalt stärken und c) Repression wirksam organisieren (vgl. zu dieser Unterscheidung Jaschke 2000; Landesregierung Brandenburg 2010). Für jede Handlungsebene werden konkrete Maßnahmen angeführt, z.B.: Informations- und Themenportal „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ der Landeszentrale für politische Bildung (Ebene „Politik der klaren Signale“); die Förderung der Projekte „DEINS – Demokratische und interkulturelle Schulentwicklung“ oder „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (Ebene „Sozialen Zusammenhalt stärken“); schnelle Anklageerhebungen und Urteile von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund (Ebene „Repression wirksam organisieren“). Zudem werden auch ressortübergreifende Aufgaben der Koordinierungsstelle benannt, z.B. Programm „Wahlalter 16“, „Demokratie-Mobil“ u.a.

Die *Analysen wissenschaftlicher Expertisen* stellten den zweiten Zugang zum Thema dar. Solche Expertisen liegen u.a. von Jaschke (2011), Kleger (2007; 2008), Kopke (2011), Botsch/Kopke (2011; 2013) und Roth (2010) vor. Das „Tolerante Brandenburg“ wird darin als ein gutes Beispiel für eine reflektierte Verknüpfung von repressiven und präventiven staatlichen Handlungsstrategien gewürdigt (vgl. Roth 2010; Kleger 2007). Einhellig sprechen sich die Expert(inn)en für eine „Weiterentwicklung“ des Handlungskonzepts aus. Grundlage dafür sollte eine (selbst)kritische Reflexion des bisher Erreichten sein (vgl. Kopke 2011). Ferner wird deutlich auf die Notwendigkeit einer Evaluation von außen hingewiesen, bspw. im Hinblick auf mögliche Defizite des Konzepts bzw. mögliche Entwicklungsperspektiven (vgl. Jaschke 2011).

In Evaluationen des Deutschen Jugendinstituts, welche überwiegend in den ostdeutschen Bundesländern, jedoch ohne direkten Bezug zu Brandenburg durchgeführt wurden, standen speziell die Lokalen Aktionspläne und Mobilen Beratungsteams, zwei elementare Instrumente des Handlungskonzepts, im Fokus (vgl. z.B. die Programme „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“). Die Lokalen Aktionspläne wurden insgesamt als positiv bewertet, jedoch sollte zukünftig eine breitere Einbindung der Zivilgesellschaft erfolgen (vgl. DJI/BMFSFJ 2011; Behn u.a. 2013). Den Mobilen Beratungsteams wurde bzgl. der Beratungsnehmer(innen) Professionalität und bzgl. der Beratungstätigkeit ein hohes Maß an Nutzen bescheinigt (vgl. ISS/Camino 2009). Insgesamt hätte hier ein Zuwachs an Informiertheit, Sensibilität gegenüber der Thematik Rechtsextremismus sowie der Handlungsfähigkeit und Handlungssicherheit stattgefunden (vgl. ISS/Camino 2009; 2011). Für die Weiterarbeit – so die Folgerungen – sei die Festigung und fortlaufende Professionalisierung der etablierten Beratungsstrukturen/-angebote von fundamentaler Bedeutung (vgl. DJI/BMFSFJ 2011).

Die Recherchen zu der *Berichterstattung der (Presse-)Medien* über das „Tolerante Brandenburg“ stellten den dritten Zugang zum Themenkomplex dar. Die Berichterstattung ist auch im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit des „Toleranten Brandenburgs“ zu sehen. Die Koordinierungsstelle betreibt eine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Neben eher klassischen Formen, wie dem Betreiben einer eigenen Homepage mit Presseinformationen und dem Drucken von Flyern nutzt sie auch neue mediale Kanäle. So werden über die sozialen Netzwerke *Facebook* oder *twitter* regelmäßig aktuelle Themen und Neuigkeiten sowie Bilder verschiedener Veranstaltungen veröffentlicht. Auf dem eigenen *Youtube*-Kanal sind Videobeiträge zum Thema Wahl und Demokratie sowie zu themenverwandten Projekten zu finden. Für Smartphone-Besitzer(innen) bietet die Koordinierungsstelle darüber hinaus eine App an, die Informationen über deren Kooperationspartner und weiterführende Links bereitstellt. Ein besonders markantes Medium des „Toleranten Brandenburgs“ ist das „Demokratie-Mobil“, das die Möglichkeit einer landesweiten Aufklärungsarbeit bietet und Unterstützung für verschiedene Projekte und Veranstaltungen direkt vor Ort gibt. Das Fahrzeug trägt das TBB-Logo und gilt als ein wichtiges Aushängeschild des „Toleranten Brandenburgs“.

Presseberichterstattungen über das „Tolerante Brandenburg“ sind überschaubar und meist in Form von Pressemitteilungen in regionalen Tageszeitungen zu finden. Hierfür bieten insbesondere Jubiläen des Handlungskonzepts geeignete Anlässe. In solchen Zeitungsartikeln werden u.a. Politiker(innen) zitiert, die sich in ihren Stellungnahmen zum „Toleranten Brandenburg“ lobend über die Entwicklung des Handlungskonzepts äußern. Vor allem die entstandene Netzwerkstruktur und der Einsatz der Mobilen Beratungsteams werden dabei hervorgehoben, ebenso die damit einhergehende Sensibilisierung der Brandenburger gegenüber Rechtsextremismus (vgl. Tiede 2013; Grüne Fraktion 2013; Märkische Onlinezeitung 2008). Gleichwohl wird vor einer Stagnation gewarnt: Man dürfe sich nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen, sondern müsse auch zukünftige Herausforderungen im Blick behalten (ebd.).

Das „Tolerante Brandenburg“ erfährt jedoch auch in anderen Zusammenhängen mediale Aufmerksamkeit. Neue Errungenschaften, wie die Ausstattung der Mobilen Beratungsteams durch neue Fahrzeuge (vgl. Blickpunkt 2013) oder die Veröffentlichung der App des „Toleranten Brandenburgs“ (vgl. Pentsi 2013; Tiede 2013), gehören zu solchen Anlässen für Pressemitteilungen. Ferner sorgen auch politische Ereignisse für Meldungen in den Tageszeitungen: So wird in Zeiten bevorstehender Wahlen die Arbeit des „Toleranten Brandenburgs“ ebenso thematisiert (vgl. Röd 2014) wie im Zusammenhang mit Berichten über die Entwicklung

von rechtsextremen Gewalttaten (vgl. Jansen 2009) oder im Falle einer erfolgreichen Verhinderung eines rechtsextremen Aufmarsches, z.B. 2013 in Halbe (vgl. Lausitzer Rundschau 2013).

### 3.2 „Tolerantes Brandenburg“ – ein „lebendes Konzept“. Ergebnisse der Expert(inn)eninterviews

Im Folgenden werden zunächst im **Abschnitt 3.2** die **Bewertungen und Vorschläge der befragten Expert(inn)en** dargestellt. Die zusammenfassenden **Einschätzungen und Anregungen der Gutachter** finden sich in **Abschnitt 4**. Durch Rahmenlinien abgesetzt sind Erläuterungen, die für ein Verständnis der Ausgangslage und der Rahmenbedingungen der Expertise wichtig sind. Quellen dieser Erläuterungen sind die Aussagen der Befragten sowie der Kenntnisstand der Gutachter.

#### Ausgangslage

##### Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“

Das Manifest des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (vgl. Landesregierung Brandenburg 1998; 2005) stellt eine Problemanerkennung, eine Selbstverpflichtung und ein Handlungsprogramm dar. Darin ist festgehalten, dass man den Komplex Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als ein soziales und politisches Problem sui generis anerkennt und dass man als Landesregierung ressortübergreifend gewillt ist, auf verschiedenen Wegen diesen Problemkomplex zu bearbeiten. Die Zäsur, die mit der Verabschiedung des Manifests 1998 markiert war, lässt sich daraus ersehen, dass zwischen 1990 und 1998 nur relativ wenige koordinierte Aktivitäten in Gang gesetzt wurden, die im Namen der Landesregierung als Ganzes erfolgten. 1998 wurden die Auseinandersetzungen über die Frage, inwieweit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als dauerhafte und schwerwiegende Probleme zu gelten haben, die für die Landesregierung ein Handlungserfordernis darstellen, durch die Verabschiedung des Konzepts „TBB“ politisch entschieden. Sowohl die Fassung des Handlungskonzepts von 1998 als auch die überarbeitete Version aus dem Jahre 2005 sind notwendigerweise recht allgemein formuliert. Das Manifest stellt dar, inwieweit innerhalb der einzelnen Ressorts der Problemkomplex Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bearbeitet wird. Zudem betont der Text, dass in Brandenburg fünf Akteure zu der dauerhaften, aus Landesmitteln finanzierten Infrastruktur gehören, mit der der Problemkomplex bearbeitet wird: Die Mobilen Beratungsteams (MBT), die RAA (heutige Bezeichnung: „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“), das Aktionsbündnis und die Opferberatung sowie die Koordinierungsstelle des „TBB“. Später wurde auch die brandenburgische Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung zur Hälfte aus Mitteln des „TBB“ finanziert.

Die anderen im Manifest erwähnten Dienststellen und Einrichtungen sind nicht im Hinblick auf den Problemkomplex Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus geschaffen worden und gehören mithin zum regulären Institutionengefüge des Bundeslandes.

##### 3.2.1 Expert(inn)eninterviews mit Repräsentant(inn)en des Beratungsnetzwerks

In den Interviews mit den Expert(inn)en fielen sehr häufig die Bezeichnungen „Konzept TBB“ oder „Handlungskonzept TBB“ oder einfach nur „TBB“. Diese Bezeichnungen wurden mit unterschiedlicher Bedeutung verwendet und bezeichneten verschiedene Phänomene oder Handlungskontexte. So wurde darunter einmal die Koordinierungsstelle, das Beratungsnetzwerk, das gesamte Netzwerk (inkl. Kooperationspartner und Landesbehörden) oder auch das Manifest selbst verstanden. In den nachfolgenden Ausführungen haben wir versucht, diese begriffliche Unschärfe zu vermeiden.

Zu den Kernakteuren des Beratungsnetzwerks gehörten zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews folgende sieben Akteure: Die Koordinierungsstelle, demos/Gemeinwesenberatung, die RAA, die Opferperspektive, das Aktionsbündnis, die Brandenburgische Sportjugend und die Fachstelle für demokratische Kinder- und Jugendbeteiligung. Zum Verfassungsschutz des Landes bestehen enge Beziehungen, ohne dass diese Dienststelle des Innenministeriums regelmäßig bei den Treffen des Beratungsnetzwerks vertreten wäre.

Im Folgenden werden die Informationen und Bewertungen der Befragten thematisch strukturiert paraphrasiert. Wörtliche Zitate aus den Interviews sind kursiv gesetzt.

### **Generelle Bewertung des Handlungskonzepts aus Sicht der Befragten**

Die Existenz des Handlungskonzepts und die damit verbundene dauerhafte Finanzierung spezifischer Träger werden von allen Befragten sehr positiv bewertet. Die breite Unterstützung des Handlungskonzepts im Landtag dokumentiert einen Konsens der Landespolitiker(innen), der für die praktische Arbeit als sehr hilfreich empfunden wird. In dieser Hinsicht kann heute auf einen Lernprozess zurückgeblendet werden: Alle befragten demokratischen Parteien in Brandenburg befürworten grundsätzlich das Regierungskonzept.

Die dauerhafte Finanzierung erlaubt eine Emanzipation von kurz getakteten Projektförderungsphasen. Damit ist ein wichtiges Element einer effektiven Arbeit gewährleistet, nämlich die Kontinuität. Das Handlungskonzept wird metaphorisch als „Dach“ verstanden, unter dem thematisch einschlägige Aktivitäten in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedarfslagen entwickelt und durchgeführt werden können. Es gilt darüber hinaus als eine „Marke“ oder ein „Label“, das unter den Fachleuten innerhalb Brandenburgs als auch nach außen einen hohen Bekanntheitsgrad hat. Typisch ist die Charakterisierung: *„Jeder kennt es irgendwie, aber kaum einer weiß, was wirklich drin steht.“* Ein anderer spricht von *„einem Dach mit einem bekannten Namen.“*

### **Veränderungsvorschläge der Befragten zum Handlungskonzept**

Eine regelmäßige Bilanzierung der Arbeit im Rahmen des „Toleranten Brandenburgs“ wird für erforderlich gehalten. Dazu gehört auch der Blick aus der Außenperspektive.

Der Text des Manifests wird unter den folgenden Gesichtspunkten für überarbeitungsbedürftig gehalten: Die Gegenüberstellung von „Demokratie“ und „Rechtsex-tremismus“ wird für eine unzureichende Diagnose gehalten; damit werden reale Gegebenheiten unangemessen beschrieben, insofern existierende Vorurteile und rassistische Einstellungen „in der Mitte der Gesellschaft“ ausgeblendet und problematische Entwicklungen nur „den Rechtsextremen“ zugerechnet.

Eine Überarbeitung wird von manchen Befragten insbesondere auch für die Praxis unter dem Dach des TBB-Manifests für erforderlich gehalten: Wünschenswert seien die Thematisierung des Aspekts der Demokratieentwicklung, die lokale Arbeit und insbesondere die Einbeziehung der peripheren Regionen. Dazu könnten in einem ersten Schritt Landtags-Abgeordnete und lokale Akteure in einen Austauschprozess treten. Erst in einem zweiten Schritt sollten die Repräsentant(inn)en des Beratungsnetzwerks hinzugezogen werden.

Für erforderlich wird eine stärkere Einbeziehung zentrumsferner Regionen gehalten. Dazu sollen praxistaugliche Konzepte entwickelt werden; in den Entwicklungsprozess sollen Akteure in den außengrenznahen Regionen integriert werden. Generell wird konstatiert, dass in den Regionen an den Außengrenzen Brandenburgs, wie in den ländlichen Regionen, eine Aktivierung hin zu einem politisch relevanten Engagement erfolgen sollte. Die dazu eingegangenen Kooperationen mit Organisationen, die in der Breite verankert sind (wie Feuerwehren und Sportvereine), müssten weitergeführt und ausgebaut werden.

In praktischer Hinsicht wird für den Einbezug von Migrantenorganisationen plädiert, die als Kooperationspartner gewonnen werden sollten. Ebenso sollte die Schnittmenge mit dem Geschäftsbereich der Integrationsbeauftragten bestimmt werden.

In der Außendarstellung des „TBB“ sollten die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Kernakteure deutlicher signalisiert werden, damit für die interessierte Öffentlichkeit mehr Klarheit geschaffen wird. Die Darstellung des „Toleranten Brandenburgs“ nach außen soll, neben der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Förderung von Demokratie und den Bildungsgedanken stärker berücksichtigen. *„TBB ist mehr als das, was derzeit überkommt. Nicht nur Intervention – auch Prävention und Bildungsarbeit.“*

### **Zusammenarbeit innerhalb des Beratungsnetzwerks**

Von den meisten Befragten wird die gleichberechtigte, sachbezogene und effektive Kooperation im Beratungsnetzwerk lobend hervorgehoben. Es handelt sich dabei um einen Kreis von hochkompetenten Kolleg(inn)en, die im Geist eines starken wechselseitigen Vertrauens, habitueller Gemeinsamkeiten und auf Basis einer in hohem Maße einheitlichen Grundeinschätzung des Problemkomplexes zusammenwirken. Als großer Vorzug werden flache Hierarchien, hohes Tempo und ressortübergreifender Austausch von Informationen und Einschätzungen genannt.

Abweichend von dieser Auffassung fühlen sich nicht alle Mitglieder als gleichberechtigt; es werden Hierarchien zwischen einzelnen Akteursgruppen innerhalb des Beratungsnetzwerks wahrgenommen. Es gibt Träger, die ausschließlich themenspezifische Aufgaben haben und andere, für die Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ein Thema neben vielen anderen ist.

Zu der Grundphilosophie des Beratungsnetzwerks gehört die These einer inneren Verschränkung von Demokratie und Rechtsextremismus: *„Wo die Demokraten schwach sind, sind die Rechtsextremen stark“*. Daraus erwächst der Konsens über die Doppelstruktur der eigenen Aufgaben: Kritische Auseinandersetzung mit Rechts-extremismus und Stärkung von Demokratie. Dazu tragen auch die klare Verteilung von Zuständigkeiten und die Rollenklarheiten bei. Unterschiedliche Meinungen könnten in diesem Kreis freimütig geäußert und diskutiert werden.

Innerhalb des Beratungsnetzwerks verständigt man sich über aktuelle Anforderungen, geeignete Aktivitäten und die Modalitäten ihrer Realisierung. Einzelne Träger erhalten auf diese Weise Hinweise auf neue Bedarfe und Realisierungsinstrumente.

Im Beratungsnetzwerk besteht Konsens darüber, der praktischen Arbeit auf der lokalen Ebene den Vorrang vor Arbeiten an Kriterien eines Qualitätsmanagements, an der Erarbeitung von Standards mit überregionaler und bundesweiter Verbindlichkeit oder einer Evaluierung zu geben. Die Zeit- und Kraftressourcen sowie die Finanzmittel sollen unter dem Primat einer Wirksamkeit vor Ort verwendet werden. Ungeachtet der Vorbehalte gegenüber der Arbeit an Standardisierungen, arbeiten einzelne Kernakteure in ihren eigenen Arbeitsfeldern anhand explizierter Qualitätskriterien.

### **Veränderungsvorschläge der Befragten zur Zusammenarbeit im Beratungsnetzwerk**

Aus der Sicht einiger Befragter sollte das Beratungsnetzwerk seine Arbeit in zweierlei Hinsicht verändern:

Zum einen sollte die Einschätzung der aktuellen Problemlagen im Land bei den regelmäßigen Treffen als gemeinschaftliche Aktivität intensiviert werden, ebenso die aktive Abstimmung zukünftiger Vorhaben der einzelnen Kernakteure. Derzeit dominiert die wechselseitige Information über bereits geplante oder in Vorbereitung befindliche Vorhaben. Zum anderen wird angeregt, nicht nur die Frage der Realisierung einzelner Vorhaben zu besprechen, sondern alle Kernakteure gleichermaßen in die Planung von Vorhaben einzubeziehen. Dies ist ein Plädoyer für eine Weiterentwicklung der Organisationskultur innerhalb des Kreises der Kernakteure, die derzeit mitunter als zentralistisch und informationsorientiert dargestellt wird. Angeregt wurde auch die wechselseitige Information mit der Einrichtung eines internen E-Mail-Verteilers oder eines elektronischen Pinn-Bretts auszubauen, um so einen institutionalisierten internen Informationsfluss in der Zeit zwischen den Sitzungen des Beratungsnetzwerks zu etablieren.

### **Erfolgskriterien der Befragten für die Arbeit des Beratungsnetzwerks**

Die Kernakteure sehen sich selbst in starkem Maße als Berater und Unterstützer, als Anreger und Vermittler. Ein zentrales Kriterium ihres Erfolgs ist die Eigenaktivität ihrer Klientel, seien dies nun Schüler(innen), Bürgermeister(innen) und Kommunalverwaltungen, lokale Bündnisse der Zivilgesellschaft, durch rechtsextreme Gewalt unmittelbar Geschädigte oder andere. Insofern sprechen sie von Erfolg, wenn ihre Klient(inn)en die Angebote der Kernakteure als hilfreich bewerten und darüber ihren eigenen Wissens- und Handlungshorizont erweitern. Das kann bedeuten, dass die Akteure in den Regionen eigenständig politisch

handeln oder in eigener Verantwortung pädagogische Maßnahmen durchführen.

Weitere Erfolgskriterien orientieren sich an den Aufgabenbereichen der jeweiligen Träger. Für den Schulbereich wird die Verstetigung („Nachhaltigkeit“) von Aufgaben bzw. Angeboten genannt: Von Erfolg kann gesprochen werden, wenn es gelingt, bestimmte Themen im regulären Schulangebot zu etablieren. Einzelne Maßnahmen werden zu den kleinen Erfolgen, die dauerhafte Bearbeitung von bestimmten Problemen (etwa Gewaltprävention) werden zu den großen Erfolgen gerechnet.

### **Verhältnis zwischen Rechtsextremismusbekämpfung und Demokratieförderung**

Die Befragten folgen dem Konzept eines kausalen Verhältnisses von Demokratie und Abwehr von Rechtsextremismus: Wo die demokratische Beteiligung möglich ist und praktiziert wird, ist die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen schwächer. Insofern stimmen sie grundsätzlich darin überein, dass unter dem Dach des „TBB“ zwei Hauptrichtungen der Arbeit Platz haben. Allerdings unterscheiden sich die Expert(inn)en in der Einschätzung der konkreten Aktivitäten. Die meisten sind der Auffassung, dass de facto die kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen im Vordergrund steht. Dazu gehören anlass- und prozessbezogene Maßnahmen, die im Vorfeld oder als Reaktion auf Veranstaltungen und Vorgänge mit rechtsextremem Hintergrund geplant und durchgeführt werden. Im Bereich Schule sind derartige reaktive Ansätze seltener als in den anderen Handlungsfeldern.

### **Koordinierungsstelle**

#### **Funktionen der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“**

- (1) Die Koordinierungsstelle initiiert und koordiniert Aktivitäten der Freien Träger im Beratungsnetzwerk.
- (2) Sie ist das Bindeglied zwischen den verschiedenen Landesministerien; hier regt sie an und koordiniert die Tätigkeiten „der Häuser“ und verbindet sie ggf. mit den Aktivitäten der Kernakteure und anderer Freier Träger.
- (3) Sie ist die Anlaufstelle für die Kooperationspartner des „TBB“. Eine Kooperation mit großen Wirtschaftsunternehmen oder -verbänden wird durch die Mitwirkung der Koordinierungsstelle als staatliche Einrichtung erleichtert.
- (4) Sie hält den Kontakt zu den Zentralstellen der Bundes- und Landesprogramme anderer Bundesländer.
- (5) Sie repräsentiert die Existenz und die Einheit des abstrakten Programms „TBB“ und betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit. Die Koordinierungsstelle stellt neben den genannten operativen Akteuren einen eigenständigen Akteur dar, insofern sie selbst Bedarfe definiert, Aktivitäten anstößt, als Ansprechpartner für Interessierte im Land (und nicht nur für die Netzwerkakteure) zur Verfügung steht.
- (6) Sie entscheidet innerhalb Brandenburgs über die Vergabe von Fördermitteln im Rahmen des „TBB“ und sie verwaltet die Mittelvergabe.

Die Koordinierungsstelle versteht sich selbst in hohem Maße als eine Einrichtung, die eine sichtbare und wirksame Abwehr von Rechtsextremismus verantwortet. Insofern dominiert hier der Interventionsgedanke. Folgerichtig wird als ein Kriterium ihres eigenen Erfolgs als Koordinierungsstelle die Verhinderung des Einzugs rechtsextremer Parteien in den brandenburgischen Landtag benannt.

Die Koordinierungsstelle arbeitet in der Wahrnehmung einiger Kernakteure und auch in ihrer Selbstwahrnehmung seit langer Zeit am Rande ihrer Kapazitätsgrenzen. Dies hängt mit der Fülle der Funktionen (s.o.) zusammen, dann dem spezifischen Zuschnitt der Aufgaben, die häufig auch Wochenendtermine erforderlich machen, und natürlich der Stellen- und Personalausstattung.

Über die Vergabe von freien Projektmitteln wird in der Koordinierungsstelle entschieden. Dabei fühlen sich manche Antragsteller(innen) zu wenig berücksichtigt. Andere sind der Auffassung, dass die Vergabe den Üblichkeiten der Verbandsförderung entsprechen solle, d.h., dass ein Verband als solcher Mittel erhält und diese in eigener Verantwortung und nach eigenen Kriterien innerhalb der Verbandsmitglieder verteilt.

### **Veränderungsvorschläge der Befragten zur Projektförderung**

Einige Expert(inn)en fordern, dass die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln nach transparenteren Kriterien organisiert werden sollte. Die Vergabe von Mitteln an zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere an Kleinprojekte sollte eher über das Aktionsbündnis organisiert werden.

### **Verhältnis zwischen Beratungsnetzwerk und Koordinierungsstelle aus Sicht der Befragten**

Die Koordinierungsstelle wird von den Akteuren des Beratungsnetzwerks als eine sehr wichtige Einrichtung bewertet. Sie übernimmt in der Sicht der Kernakteure wichtige Aufgaben im Bereich der Verwaltung der Finanzmittel, der Kommunikation mit Verwaltungsstellen, der Kommunikation mit den ministeriellen Ressorts im Land Brandenburg sowie der Kooperation mit Programmplanern und Mittelgebern auf Bundesebene. Dadurch wird die eigene operative Arbeit der anderen Zentralakteure von solchen Aufgaben entlastet.

Legitimiert als Stabsstelle innerhalb eines Landesministeriums ist die Koordinierungsstelle in der Lage, mit Bürgermeister(inne)n und Landrät(inn)en, der Polizeiführung und anderen Landesdienststellen direkt Kontakt aufzunehmen. Innerhalb des Kreises der Kernakteure hat die Koordinierungsstelle eine gewisse Vormachtstellung gegenüber den Akteuren, die unmittelbar aus TBB-Haushaltsmitteln finanziert werden. Somit könnte die Koordinierungsstelle Entscheidungen fällen, die vom Votum der übrigen Akteure abweichen.

### **3.2.2 Landespolitische Akteure**

#### **Einschätzungen zum Handlungskonzept „TBB“ und wahrgenommene Erfolge**

Die Existenz des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und des Kooperations- und Beratungsnetzwerks wird von der großen Mehrheit der Befragten als Gewinn gegenüber den 1990er Jahren angesehen, in denen der Problemkomplex Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus staatlicherseits noch nicht als ein eigenständiges Problem und Handlungserfordernis anerkannt worden war. Von einigen wird überdies die Zäsur im Jahr 2005 hervorgehoben, insofern nun neben der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch die Demokratieentwicklung als Ziel formuliert wurde. Diese TBB-Aktivitäten werden als bundesweit vorbildlich verstanden und leisten somit auch einen Beitrag zu einer brandenburgischen Landesidentität. Insofern wird befürwortet, das eingeführte Label „Tolerantes Brandenburg“ beizubehalten – auch wenn möglicherweise das Manifest überarbeitet oder die Praxis teilweise reformiert werden wird.

Der allgemeine Duktus des Manifests zum Handlungskonzept „TBB“ wird überwiegend als Vorzug verstanden: Dadurch ist ein weit gespannter Rahmen gegeben, der es ermöglicht, auf die im Laufe der Jahre zutage getretenen Herausforderungen flexibel zu reagieren bzw. Präventionsarbeit mit unterschiedlichen Akzentsetzungen zu praktizieren. Andererseits wird hervorgehoben, dass das Manifest den Akzent auf die Programmatik setzt und die Fragen der konkreten Umsetzung nicht beantwortet. Für die alltägliche Praxis ist das Papier insofern weniger relevant.

Auch wenn 2005 die Stärkung von Demokratie als ein ergänzendes Ziel neu in das Manifest des „Toleranten Brandenburgs“ aufgenommen worden ist, wird Skepsis geäußert, inwieweit diese Aufgabe eigenständig verfolgt werden kann. Als schwierig wird auch eine Erfolgsmessung aufgefasst. Nach Aussage der Befragten kann die unter dem Dach des „TBB“ geleistete Arbeit nicht anhand der polizeilichen Statistiken zur „Politisch Motivierten Kriminalität“ (PMK) ermittelt werden. Das „TBB“ hat vielmehr zum Entstehen eines veränderten sozialen Klimas und einer erhöhten Aufmerksamkeit beigetragen, welches mit Messindikatoren nicht angemessen zu erfassen ist. Dies gilt für die Bevölkerung im Allgemeinen und auch für einzelne Institutionen, wie etwa der Polizei.

In der praktischen Arbeit ist es nach Auffassung der Expert(inn)en gelungen, in breitem Maße zivilgesellschaftliches Engagement anzuregen und zu unterstützen. Dies wird generell und auch unter Verweis auf gegenläufige Erfahrungen in anderen Bundesländern hervorgehoben. Die meisten der Befragten betonen ausdrücklich die spezifische Strukturlogik der TBB-Praxis, die sie in gleichem Sinne verstehen wie die Kernakteure: Primat der lokalen und regionalen Handlungsebene, finanzielle Förderung und inhaltliche Beratung durch landesweit agierende, mobile Akteure. Die lokale Ebene wird in Brandenburg in hohem Maße



von den landesweit operierenden Akteuren, insbesondere den Mobilien Beratungsteams unterstützt. Diese Ausrichtung wird für richtig gehalten und soll auch in Zukunft maßgebend bleiben. Landespolitisch Verantwortliche äußern ihren Stolz auf diese Entwicklung und den erreichten Stand der Problembearbeitung im Land Brandenburg.

Betont wird die hohe Relevanz einer Arbeit in den Dörfern und Städten; Prävention und Intervention entfalten auf der lokalen Ebene ihre Wirksamkeit. Eine verstärkte Einbeziehung der sog. „peripheren Räume“ wird auch hier für notwendig gehalten. Auf der örtlichen Ebene sollen Gewerbetreibende verstärkt einbezogen werden. Kooperationen zwischen Kommunen und Landkreis sollen intensiviert werden.

Bemerkenswert ist, dass gerade kleinere Parteien eine Zurückhaltung bei lokalen Akteuren beobachten, generell mit politischen Parteien zusammenzuarbeiten. Oft wird argumentiert, die Kooperation mit einer Partei verpflichte zur Zusammenarbeit mit allen Parteien, möglicherweise auch mit rechtsextremen. Diese Position kennzeichnet auch die Haltung der Schulen.

### **Zusammenarbeit im TBB-Netzwerk und Koordinierungsstelle**

Die bereits von den Kernakteuren des Beratungsnetzwerks konstatierte enge Kooperation zwischen staatlichen Dienststellen und nominell Freien Trägern wird auch von außen bestätigt: Es findet ein dichter Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei einerseits und der Koordinierungsstelle bzw. dem Beratungsnetzwerk andererseits statt. Das bedeutet, dass behördlich gewonnene Informationen direkt oder indirekt an Freie Träger gegeben werden wie umgekehrt die Freien Träger im Beratungsnetzwerk auch lokal und regional gewonnene Informationen an die Sicherheitsbehörden weitergeben. Vertreter(innen) der Sicherheitsbehörden befürworten die Praxis eines solchen informellen und rechtlich nicht geregelten Informationsaustausches, zumal sie mit dem Selbstverständnis etwa des Verfassungsschutzes als eines „Informationsdienstleisters“ kompatibel sind. Die Koordinierungsstelle spielt in der praktischen Durchführung dieses Informations- und Einschätzungsaustausches eine große Rolle, insofern sie als Scharnier zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verstanden wird.

Weiterhin wird für wichtig gehalten, bekannte Personen des öffentlichen Lebens für die zivilgesellschaftliche Ebene, insbesondere für das Aktionsbündnis zu gewinnen. Während die Landespolitik mit dem „Toleranten Brandenburg“ bereits ein Profil hat, braucht auch die Zivilgesellschaft in Brandenburg ein bekanntes Gesicht.

Als Daueraufgabe der im Landtag vertretenen Parteien wird die Aufrechterhaltung des Konsens' über die Notwendigkeit des „TBB“ verstanden. Vom Vertreter einer Partei wird auch die Erhöhung des Etats des TBB-Haushalts gefordert. Der Repräsentant einer anderen Partei spricht sich strikt gegen eine Reduzierung des TBB-Etats aus. Um eine Aufwertung des Gesamtanliegens zu erreichen, wird die Anbindung der Koordinierungsstelle an die Staatskanzlei für sinnvoll gehalten. Andere befürchten, dass mit einer solchen Verlagerung der Abstand zu den Fachministerien zunimmt.

Die Vergabe von Fördermitteln durch die Koordinierungsstelle wird – ebenso wie von einigen Akteuren im Beratungsnetzwerk – insofern kritisiert, als die Vergabeentscheidungen nicht immer nachvollzogen werden könnten. Dies bedeutet nicht, dass die Gelder nicht im Einklang mit den weit gefassten und relativ unbestimmten Zielen des TBB-Manifests verausgabt worden wären; es bedeutet aber, dass die Nichtvergabe an einzelne Antragsteller(innen) nicht transparent begründet worden sei.

### **Kritische Anmerkungen der Befragten zur inhaltlichen Ausrichtung der TBB-Arbeit**

Als ein gewisser Nachteil wird der als reaktiv wahrgenommene Charakter vieler TBB-Aktivitäten betrachtet. Ein auf Dauer angelegtes Präventionskonzept ist erwünscht, das auch mit dem Programmwort der „Demokratieerziehung“ bei Kindern und Jugendlichen Ernst zu machen hat. Hier ist der staatlich verantwortete Bildungsbereich gefragt. Als Verantwortliche werden insbesondere die Schulen und die Landeszentrale für politische Bildung genannt.

Kritik wird hinsichtlich der staatlich dominierten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geäußert. Gesellschaftliche Kräfte werden „geschluckt“ und die Herausbildung eigenständiger Ansätze wird dadurch gehemmt. Das Anliegen einer kritischen Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wäre demnach vom „TBB“ monopolisiert. Ein Aspekt dieser Kritik läuft auf eine Entlastung bestehender Institutionen und Regelangebote hinaus: Mit Verweis auf die Existenz und die Arbeit der Profis des „Toleranten Brandenburgs“ besteht die Gefahr, dass sich z.B. Schulen und Jugendhilfe oder weitere gesellschaftliche Akteure ihrer Verantwortung entziehen. Andere scheuen eigene Kreativität und übernehmen schlicht bereits formulierte Handlungsideen des „TBB“.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf das Fehlen einer echten inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Es dominiert der Typ staatlicher Sicherheitspolitik, für den nicht die Arbeit an inhaltlichen Differenzen und Gegensätzen von „Demokratie“ und „Rechtsextremismus“ im Vordergrund steht, sondern die Logik der Neutralisierung einer Bedrohung. Dem entspricht es, Schul-CDs von rechtsextremer Seite einzusammeln und in den Müll zu geben; eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Schüler(inne)n besteht demgegenüber darin, derartige Musik und Texte zur Kenntnis zu nehmen, zu analysieren und in ihrer Kampfansage an die Demokratie zu erläutern. Die Stigmatisierung von Rechtsextremismus folgt einer anderen Logik als die Unterstützung von demokratiefördernden Bildungsprozessen.

### **Monitoring und Evaluation**

Die Koordinierungsstelle des „TBB“ soll auch in Zukunft die aktuellen Entwicklungen im Land beobachten und Prozesse eines abgestimmten Agierens initiieren und koordinieren. Hilfreich können dabei Indikatoren sein, wie sie im Forschungsprojekt EKSE (Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung, Vehlfeanz (IFK)) entwickelt worden sind. Soweit Evaluationen aufgrund der Handlungslogik der geförderten Projekte möglich sind, werden sie von einigen Befragten befürwortet.

### **Veränderungsvorschläge der Befragten**

Von landespolitischen Beobachter(inne)n werden Vorschläge formuliert, wie Konzept und Praxis des „Toleranten Brandenburgs“ reformiert werden könnten: Dazu gehört eine Verständigung hinsichtlich der für relevant erachteten Ziele des TBB-Konzepts: „*Wohin soll es gehen?*“. Eine künftige Einbeziehung der Ministerien soll anhand eines verbindlichen TBB-Konzepts erfolgen. Dabei soll v.a. die tatsächliche Entwicklung im Bereich der Demokratieförderung im Schulbereich und der Jugendhilfe auf den Prüfstand gestellt werden. Zu einer realistischen Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten gehört es auch, die Schwächen und Defizite zu benennen.

### **3.2.3 Akteure und Beobachter außerhalb der Landespolitik**

#### **Lob für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“**

Die Existenz eines eigenen Landeskonzepts als wertvolles Gut wird von den Befragten in hohem Maße anerkannt. Als Schwerpunkte werden die Intervention (MBT) sowie allgemeine Prävention und politische Bildungsarbeit gesehen, ergänzt durch den Opferschutz. Hervorgehoben wird, dass bei der Neukonzipierung von einschlägigen Bundesprogrammen wesentliche Anregungen aus der Praxis des „TBB“ in Brandenburg übernommen wurden. Dies gilt insbesondere für die Idee und das Konzept einer mobilen Beratung.

#### **Verhältnis zwischen Präventionsbereichen**

Mit der relativen Intensität im Bereich der allgemeinen Prävention (z.B. in Form von „Demokratiefesten“) hält die sekundäre und die tertiäre Prävention derzeit nicht Schritt. Angebote für besonders gefährdete Zielgruppen (z.B. bildungsschwache junge Männer in gewaltaffinen Jugendkulturen) sind selten (sekundäre Prävention). Auch Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene und Unterstützung bei der Rückfallvermeidung (tertiäre Prävention) sollten verstärkt werden. Einige landesexterne Beobachter(innen) halten hier eine Ausweitung für erforderlich.

Andere erweitern den Blick über Rechtsextremismus als politisches Phänomen und halten die Thematisierung

von vorurteilsgeprägten Haltungen in der Alltagskultur der Mehrheitsbevölkerung für eine wichtige Aufgabe, der man sich im Rahmen des TBB-Konzepts bisher zu wenig stellt<sup>6</sup>. In dieser Hinsicht werden Konzept sowie Praxis des „TBB“ als relativ schwach bewertet. Insbesondere die Jugendkulturen, die sowohl in ihren Themen als auch in ihrem Stil einer hohen Dynamik unterliegen, bedürfen einer kontinuierlichen Beobachtung durch zivilgesellschaftliche Akteure.

### **Qualitätssicherung und Evaluation**

So sehr mancher die frühere Vorreiterrolle Brandenburgs lobt, so skeptisch ist man heute hinsichtlich der Zurückhaltung des TBB-Beratungsnetzwerks, sich an der Entwicklung von Qualitätskriterien und der Formulierung von Standards zu beteiligen. Aus der Perspektive von Programmverantwortlichen auf der Ebene von Bundesprogrammen wird der eigene Weg des „Toleranten Brandenburgs“ in Sachen Qualitätssicherung, d.h. die bisherige Weigerung, sich an einer systematischen Standardisierung von Beratungsprozessen zu beteiligen, kritisch gesehen. Der Bund favorisiert demgegenüber einen kollektiv-partizipativ organisierten Erarbeitungsprozess, dessen Ziel in der Nutzung der erarbeiteten Qualitätsstandards als Förderrichtlinien besteht.

Externe Beobachter(innen) vermuten – ähnlich wie brandenburgische – dass sich an der Realisierung des TBB-Konzepts de facto im Wesentlichen das Innenministerium und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beteiligen. Inwieweit diese Einschätzung den Tatsachen entspricht, müsste eigens geprüft werden. Aus der Außensicht wird nicht zuletzt vor diesem Hintergrund von Einzelnen zu einer Evaluation der TBB-Praxis geraten. Mit den Worten eines Befragten formuliert gilt derzeit: *„Über Umsetzung und Wirkungen sind keine Aussagen möglich“*.

Für sinnvoll wird auch die Einrichtung eines einheitlichen Monitoring-Systems gehalten, in das Indikatoren für die Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie der Dynamik von Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus eingehen.

### **Veränderungsvorschläge und kritische Anmerkungen der Befragten zu den TBB-Schwerpunktsetzungen**

Ähnlich wie dies auch schon für die Sicht einiger landespolitischer Akteure beschrieben worden ist, legen auch externe Beobachter(innen) besonderen Wert auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Konzepten und Positionen. Dies ist die Domäne der Zivilgesellschaft und nicht die des Staates. Insofern sollen Ansätze genuin zivilgesellschaftlicher Arbeit verstärkt werden.

Im Verhältnis zwischen staatlichem Programm und Zivilgesellschaft wird aus einer Außensicht die Frage nach der Wahrnehmbarkeit der Zivilgesellschaft in Brandenburg aufgeworfen. Das „Aktionsbündnis“ wird in seiner Außenwirkung als schwach wahrgenommen; in Brandenburg dominieren eher staatlich finanzierte und koordinierte Akteure. In die gleiche Richtung gehen Hinweise, die die von staatlicher Seite ausgehenden Unterstützungen der Zivilgesellschaft in zeitlicher Hinsicht thematisieren. Es mag der historischen Situation angemessen gewesen sein, eine staatliche Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements vorzunehmen, doch muss auch gefragt werden, ob dies in näherer oder fernerer Zukunft fortgesetzt werden soll.

Ungeachtet der dauerhaft bestehenden Erfordernisse einer Auseinandersetzung mit dem politischen Rechtsextremismus wird die Entwicklung einer in der Bevölkerung verankerten und geschätzten Kultur der lokalen Zivilgesellschaft betont. Identifikation mit der eigenen lokalen Gemeinschaft und Partizipation führen zu Verständigungen über die anerkennungswürdigen und geteilten Werte des Gemeinwesens.

---

<sup>6</sup> Die Hinweise der Befragten auf eine hohe Verbreitung von Vorurteilen in der Bevölkerung stützen sich u.a. auf die Untersuchungen zur sog. „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) des „Interdisziplinären Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung“ (IKG) der Universität Bielefeld (vgl. Heitmeyer 2013).

Darüber hinaus wird eine stärkere und kontinuierlichere Einbeziehung von Wissenschaft in die weitere Entwicklung des „Toleranten Brandenburgs“ empfohlen.

### **3.3 Netzwerkanalyse des Kooperationsnetzwerks**

Zur Durchführung der Netzwerkanalyse bedurfte es zunächst der Entscheidung, welche Akteure in die Analyse einbezogen werden sollen. Dies fällt beim Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ nicht ganz leicht: Es ist ein Konzept der Landesregierung und reicht über die Kooperationsbeziehungen tief in die Zivilgesellschaft hinein. Ausgangspunkt zur Abgrenzung des Netzwerks waren daher die formalen Kontakte der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. In Absprache mit der Koordinierungsstelle wurden in die Netzwerkanalyse einbezogen: als Kernakteure die Koordinierungsstelle und die sechs Akteure des Beratungsnetzwerks sowie die 34 offiziellen Kooperationspartner.

Für die Analyse wurde ein fünfseitiger Fragebogen entwickelt, der Anfang November 2013 via E-Mail versendet und teilweise auch postalisch zugestellt wurde. Nach zwei schriftlichen und einer telefonischen Erinnerungsaktion gingen bis Anfang Januar 2014 37 ausgefüllte und auswertbare Fragebögen ein. Das ist mit 90% eine sehr gute Rücklaufquote, die allerdings für eine aussagekräftige soziale Netzwerkanalyse auch erforderlich ist. Den Befragungsteilnehmer(innen) wurde eine anonyme Auswertung zugesagt.

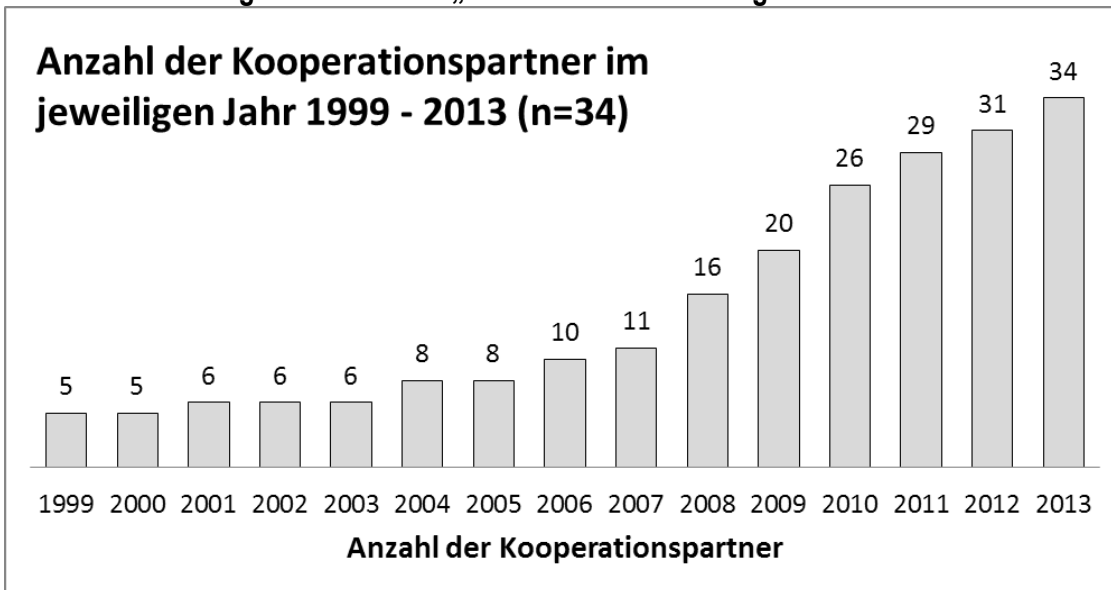
Bei der Netzwerkanalyse und der Bewertung der Ergebnisse ist zu bedenken:

- Die hier vorgenommene Abgrenzung des Netzwerks ist nicht die einzig mögliche. Andere Grenzziehungen wären denkbar. Die Koordinierungsstelle arbeitet neben den befragten Institutionen mit weiteren Partnern zusammen, mit denen allerdings kein offizieller Kooperationsvertrag abgeschlossen wurde. Auch die Netzwerkpartner aus den Ministerien und der Landesregierung wurden nicht in die Analyse einbezogen.
- Die befragten Netzwerkmitglieder sind in quantitativer wie qualitativer Hinsicht sehr unterschiedlich strukturiert. Teilweise handelt es sich um sehr kleine Geschäftsstellen mit 1 bis 3 Personen, weitaus häufiger aber um tief gegliederte und weit verzweigte Organisationen (z.B. Gebietskörperschaften, Interessen- und Handelsverbände, große Unternehmen).
- Von den jeweiligen Netzwerkmitgliedern beantworteten nur jeweils ein(e) Vertreter(in) den eingesetzten Fragebogen. Dies war üblicherweise die von der Koordinierungsstelle benannte Kontaktperson.

#### **Wachstum des Netzwerks**

Anhand der Befragungsdaten kann die Entwicklung des Netzwerks für die antwortenden offiziellen Kooperationspartner dargestellt werden. Der Verlauf zeigt, dass es sich anfangs noch um ein recht überschaubares Netzwerk von einigen Aktiven handelte. Zu den Partnern der ersten Stunde gehörten die Koordinierungsstelle, der DGB, die Mobilen Beratungsteams, die RAA und die Evangelische Kirche. Seit dem Jahr 2007 ist das Netzwerk der offiziellen Kooperationspartner stetig gewachsen (vgl. Abb. 2).

**Abb. 2: Entwicklung des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“**



Quelle: Befragung Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“, Frage 3 „Seit wann arbeitet Ihre Organisation im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ mit?“ – 3 Befragte haben auf diese Frage nicht geantwortet.

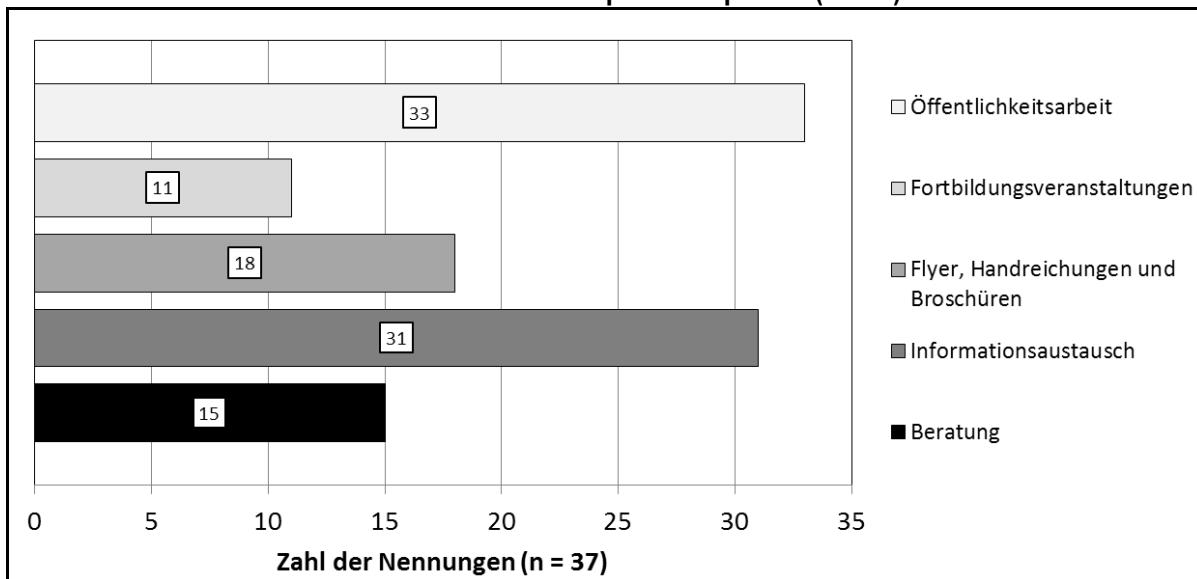
### **Arbeitsaufwand der Befragten für Tätigkeiten im TBB-Netzwerk**

Erfragt wurde auch der durchschnittliche Arbeitsaufwand für Tätigkeiten im Rahmen des TBB-Netzwerks. Dieser ist bei den Netzwerkpartner(inne)n erwartungsgemäß sehr ungleich verteilt. So wird in der Koordinierungsstelle vollzeitlich für „Tolerantes Brandenburg“ gearbeitet, ebenso bei zwei Akteuren im Beratungsnetzwerk. Insgesamt sind die sechs Akteure des Beratungsnetzwerks im Durchschnitt 40 Stunden/Monat für „TBB“ tätig. Bei den befragten Kooperationspartner(inne)n liegt die monatliche Arbeitszeit für „TBB“ bei durchschnittlich vier Stunden im Monat, allerdings gibt es in dieser Gruppe sehr starke Streuungen. Zu bedenken ist zudem, dass nur die Arbeitszeiten der ausfüllenden Person erfragt wurden. Innerhalb der jeweiligen Organisation gibt es möglicherweise weitere Mitarbeiter(innen), die ebenfalls für das Netzwerk tätig sind. Insofern können die Zahlen nur einen Näherungswert liefern.

### **Aktivitäten der Akteure im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“**

Die Abbildung 3 verdeutlicht, dass Öffentlichkeitsarbeit und Informationsaustausch sowohl für die sieben Kernakteure als auch die Kooperationspartner eine zentrale Aufgabe darstellen. Die übrigen Aktivitäten spielen eine deutlich geringere Rolle. Unterteilt man die Akteure in die beiden Gruppen der Kernakteure und der Kooperationspartner, so wird allerdings deutlich, dass das Beraten eine bedeutsame Aufgabe für die Kernakteure darstellt. Sechs von sieben Kernakteuren sind in der Beratung tätig. In der Gruppe der Kooperationspartner sind dies nur neun.

**Abb. 3: Aktivitäten der Kernakteure und der Kooperationspartner(innen)**



Quelle: Befragung Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“

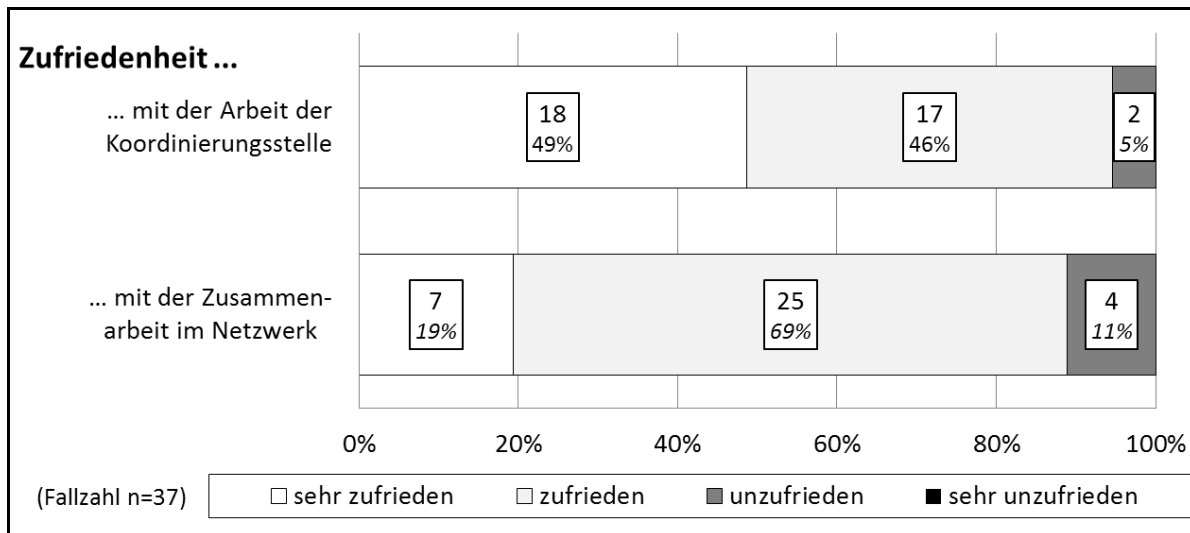
Frage 2 „Auf welche Tätigkeit konzentrieren sich die Aktivitäten Ihrer Organisation im Rahmen des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ besonders? (Mehrfachnennungen möglich)“

Von den Befragten konnten noch weitere Aktivitäten genannt werden, die sich aber nicht den fünf Kategorien zuordnen ließen: z.B. Auftritte, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Präventionsprojekte in Sportvereinen, Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen bei der Prävention, Unterstützer für Mobilisierung gegen rechtsextreme Gruppierungen, Entwicklung und Durchführung von Projekten. Insgesamt zeigt sich bei allen Akteuren eine sehr breite Palette von Aktivitäten.

### **Zufriedenheit der Befragten mit der Koordinierungsstelle und der Zusammenarbeit im Netzwerk**

Auf einer Rangskala von eins bis vier konnten die Befragungsteilnehmer(innen) angeben, wie zufrieden bzw. unzufrieden sie mit der Zusammenarbeit im Netzwerk und der Arbeit der Koordinierungsstelle sind. Abbildung 4 stellt das Ergebnis dar und dokumentiert den sehr hohen Zufriedenheitsgrad der Netzwerkpartner. Über 90% der Befragten sind sowohl mit der Arbeit der Koordinierungsstelle als auch mit der Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Nur einzelne Akteure sind unzufrieden. Niemand gab an, sehr unzufrieden zu sein. Die positive Einschätzung trifft besonders auf die Arbeit der Koordinierungsstelle zu. Die Hälfte der Antwortenden ist mit der Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle sehr zufrieden. Die zweite Hälfte immerhin zufrieden. Dies sollte man im Blick behalten, wenn im weiteren Text der vorliegenden Expertise von Verbesserungs- und Optimierungsmöglichkeiten die Rede ist. Die Qualität der Arbeit der Koordinierungsstelle bewegt sich aus Sicht der Netzwerkpartner auf einem sehr hohen Niveau.

**Abb. 4: Grad der Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit**



Quelle: Befragung Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“,  
 Frage 5: Wie zufrieden bzw. unzufrieden sind Sie persönlich insgesamt mit der Arbeit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“?  
 Frage 6: Wie zufrieden bzw. unzufrieden sind Sie persönlich mit der Zusammenarbeit der Akteure im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“?

### Beziehungsanalyse der Netzwerkpartner

Die quantitative Netzwerkanalyse bietet zahlreiche Kennziffern und Auswertungsprozeduren, um die Beziehungen innerhalb eines Netzwerks zu beschreiben und zu kennzeichnen. In dieser Darstellung wird nur der Einsatz eines Bruchteils dieser Methodik dargestellt. Gleichwohl kann anhand weniger Daten und Abbildungen deutlich gemacht werden, wie es um die wahrgenommene Qualität der Netzwerkarbeit und der Intensität des Austauschs bestellt ist. Die Analysen werden sowohl für die Gesamtgruppe der befragten Netzwerkpartner als auch für die Gruppe der Kernakteure durchgeführt.

### Kennwerte zur Beschreibung des Netzwerks

Die *Dichte* gibt an, wie viel Prozent der möglichen Beziehungen tatsächlich realisiert sind. Hat jeder einzelne Netzwerkpartner alle anderen Partner benannt, liegt die Dichte bei 1,0.

Mit der *Reziprozität* wird ausgesagt, wie häufig Beziehungen „erwidert“ werden, also Netzwerkpartner sich wechselseitig benennen. Werden alle Relationen wechselseitig erwidert, so liegt die Reziprozität bei 100%.

Die *Zentralität* trifft Aussagen darüber, inwieweit im Netzwerk Konzentrationspunkte existieren, ob es also Netzwerkmitglieder gibt, bei denen die Beziehungen stärker zusammenlaufen als bei anderen. Laufen in einem Netzwerk alle Beziehungen auf einen Netzwerkpartner zu bzw. gehen von eben diesem Netzwerkpartner Beziehungen zu allen übrigen, so liegt die Zentralität des Netzwerks bei 100%. Dabei wird in eine Zentralität der eingehenden und der ausgehenden Beziehungen unterschieden. Eine Zentralität in der Nähe von 0% würde bedeuten, dass es keine dominanten Netzwerkpartner gibt, sondern alle etwa die gleiche Zahl an Relationen aufweisen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt diese Kennziffern für die vier Relationen, die im Fragebogen erhoben wurden (Bekanntheit, Informelle Kontakte, offizielle Kooperationen, Projekte). Dabei wurde einerseits das gesamte Netzwerk (alle Befragten, n=37) betrachtet und andererseits nur die Teilgruppe der Kernakteure (n=7).

	Gegenseitige Bekanntheit		Informelle Kontakte		Offizielle Kooperationen		Gemeinsame Projekte	
	Alle Befragte n	Kern-akteure	Alle Befragte n	Kern-akteure	Alle Befragte n	Kern-akteure	Alle Befragte n	Kern-akteure
Dichte	0,39	0,93	0,28	0,91	0,21	0,86	0,18	0,76
Reziprozität	39,0%	90,5%	35,3%	90,5%	42,2%	89,5%	40,0%	60,0%
Zentralität (in)	48,4%	6,7%	54,4%	13,1%	56,6%	20,0%	62,2%	33,3%
Zentralität (out)	64,2%	6,7%	75,4%	13,1%	82,9%	20,0%	72,7%	33,3%

Quelle: Befragung Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“,

Frage 7 Kennen Sie Vertreter(innen) von Organisation 1-41?

Frage 8 In welchem Maße findet ein informeller Informationsaustausch mit Vertreter(innen) von Organisation 1-41 über Aktivitäten im Rahmen des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ statt (Plaudern, kurzer Dienstweg, ...)?

Frage 9 In welchem Maße finden offizielle Absprachen oder Kooperationen mit Vertreter(innen) von Organisation 1-41 über Aktivitäten im Rahmen des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ statt?

Frage 10 Haben Sie bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit Vertreter(innen) von Organisation 1-41 durchgeführt?

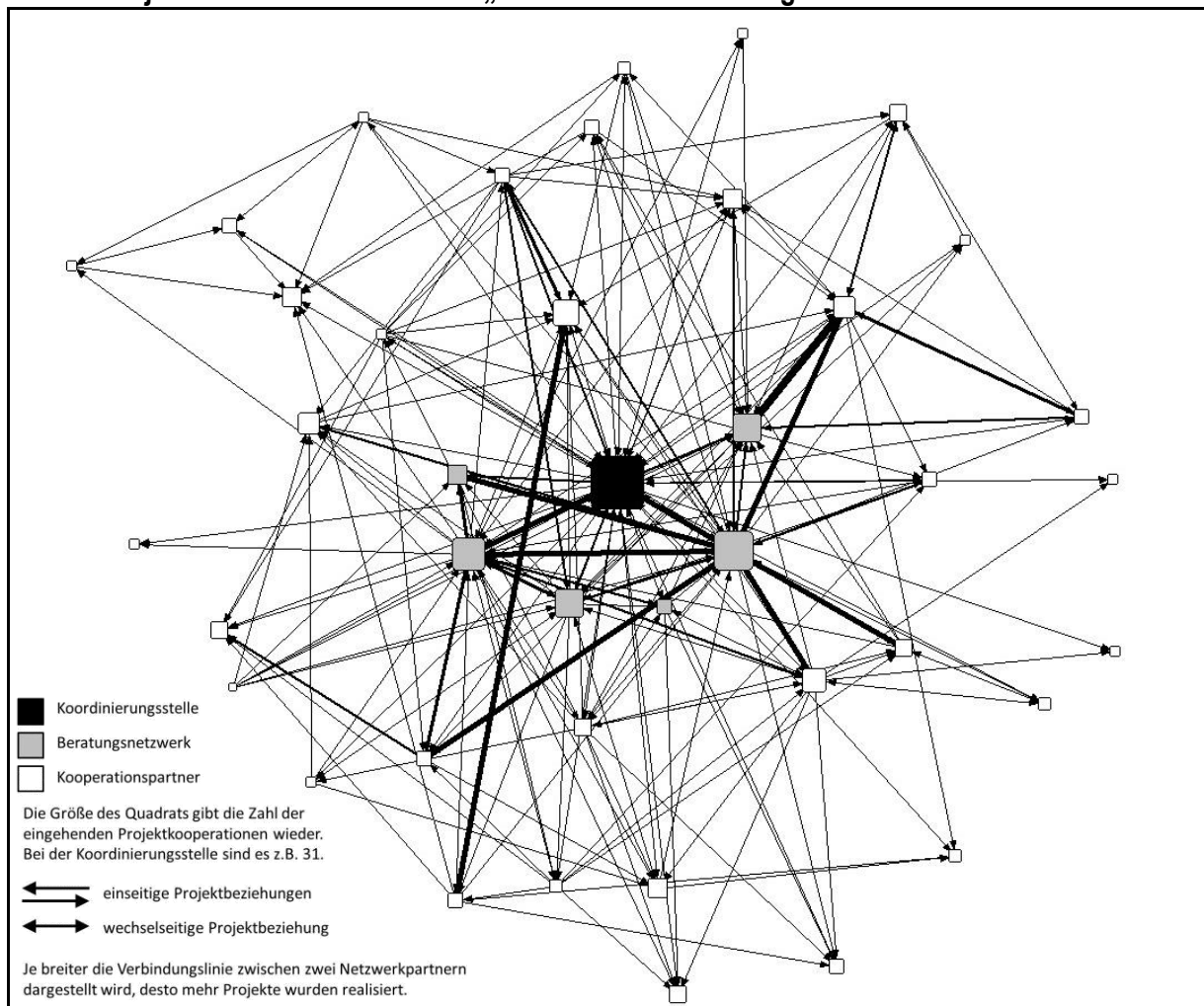
Mehrere Ergebnisse lassen sich hier ablesen: Zwar wenig überraschend, aber dafür sehr deutlich, fallen die Unterschiede zwischen dem Gesamtnetzwerk und dem Netzwerk der Kernakteure aus. Über alle Relationen (Bekanntheit, informelle Kontakten, offizielle Kooperationen und Projekte) erweist sich das Beratungsnetzwerk (inkl. Koordinierungsstelle) als sehr engmaschig, die Beziehungen beruhen überwiegend auf Gegenseitigkeit und das Netzwerk ist nur sehr wenig auf (nur) einen oder wenige Netzwerkpartner konzentriert. Es gibt somit zwischen allen Partnern des Beratungsnetzwerks sehr enge und wechselseitige Kooperationen in einer ausgewogenen, kaum hierarchischen Strukturierung. Damit decken sich die Ergebnisse der Netzwerkanalyse mit den Expertenaussagen aus den Interviews.

Das Gesamtnetzwerk weist demgegenüber eine deutlich geringere Dichte auf, die Beziehungen sind seltener wechselseitig und die Netzwerkbeziehungen sind deutlich stärker zentralisiert. Als Konzentrationspunkte im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ lassen sich v.a. die Koordinierungsstelle, das Mobile Beratungsteam, die RAAs, die Sportjugend und das Aktionsbündnis identifizieren. Je nach Relation werden diese Mitglieder des Beratungsnetzwerks von 40% bis 90% der befragten Netzwerkpartner als Verbindung angegeben.

Diese, auf das Beratungsnetzwerk orientierte Ausrichtung des Netzwerks lässt sich gut visualisieren. Die Abbildung 5 stellt anhand der Visualisierung der „gemeinsamen durchgeführten Projekte“ noch einmal die Grundstruktur des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ dar. Deutlich wird, dass die Koordinierungsstelle mit 31 eingehenden Projektbeziehungen das Netzwerkmitglied mit der höchsten Zentralität ist. Die Mehrzahl der Akteure des Beratungsnetzwerks weist ebenfalls eine hohe Anzahl von eingehenden wie ausgehenden Projektbeziehungen auf. Die Abbildung verdeutlicht auch noch einmal die enge Vernetzung zwischen den sieben Kernakteuren. Aus dem Kreise des Beratungsnetzwerks werden das Mobile Beratungsteam (22 eingehende Relationen) sowie die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (17 eingehende Relationen) am häufigsten als Projektpartner(innen) genannt. Sie sind gleichzeitig die Netzwerkakteure mit der größten Zahl von Projekten.



**Abb. 5: Projektaktivitäten im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“**



Quelle: Befragung Analyse des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“,

Frage 10 Haben Sie bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit Vertreter(innen) von Organisation 1-41 durchgeführt?

Aber auch in der Gruppe der Kooperationspartner gibt es mehrere Netzwerkmitglieder, die im Hinblick auf eingehende und ausgehende Projektbeziehungen und der Anzahl von Projekten eine herausgehobene Rolle spielen. Dabei handelt es sich insbesondere um Kooperationspartner aus den Bereichen Sport und Jugend. Einschränkend ist allerdings zu erwähnen, dass sich nicht alle Projektbeziehungen notgedrungen auf die Handlungsfelder des „Toleranten Brandenburgs“ beschränken müssen. Anscheinend wurden von den Befragten auch solche Projektbeziehungen mitgezählt, die außerhalb des engeren Feldes von Gewaltprävention, Demokratieförderung und Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Aktivitäten lagen.

### Zusammenfassung der Netzwerkanalyse

Beim Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ handelt es sich um außerordentlich aktives Netzwerk mit einer Vielzahl von Projektaktivitäten, auch außerhalb des Handlungsfeldes Rechtsextremismus und Demokratieförderung. Die Netzwerkpartner sind mit der Zusammenarbeit im Netzwerk sowie der Arbeit der Koordinierungsstelle zufrieden, teilweise sogar sehr zufrieden. Das Herzstück des Netzwerks stellen die Akteure des Beratungsnetzwerks und die Koordinierungsstelle dar. Auf diese Gruppe von Kernakteuren orientieren sich die Kooperationspartner in erster Linie. Die Koordinierungsstelle hat diesbezüglich eine dominante Rolle als Ansprechpartner(in) und Informationsquelle. Innerhalb der Gruppe der Kernakteure (sechs Mitglieder des Beratungsnetzwerks und die Koordinierungsstelle) herrscht eine hohe Dichte mit einem gut ausbalancierten Kräfteverhältnis. Die Fäden laufen in der Koordinierungsstelle, den MBTs, den RAAs, der Sportjugend und dem Aktionsbündnis zusammen.

## 4. Gesamteinschätzung: Bewahrenswertes und neue Herausforderungen

Aufbauend auf den genannten forschungsmethodischen Zugängen (Expertengespräche, Netzwerk- und Dokumentenanalyse sowie Feedback-Workshop) werden wir im Folgenden **unsere Einschätzungen** zu den Hauptergebnissen zusammenfassend darstellen. Entsprechend der zugrunde gelegten Auswertung umfassen diese Einschätzungen sowohl das Bewahrenswerte (1) als auch die identifizierten Entwicklungsmöglichkeiten (2), wobei der Schwerpunkt auf den Herausforderungen liegt.

### 4.1 Bewahrenswertes

Den Ausgangspunkt der Expertise bildete eine Dokumenten- und Medienrecherche, die (1) die Berichterstattung der Landesregierung bzw. der Koordinierungsstelle, (2) bisherige wissenschaftliche Expertisen sowie (3) Berichte in den Pressemedien umfasste. Resümierend ist festzustellen, dass die Tätigkeitsberichte einen überzeugenden Leistungsnachweis darstellen. Die Berichte können jedoch wissenschaftliche Expertisen bzw. Begleitung nicht ersetzen. Ähnlich wie die Tätigkeitsberichte verweisen wissenschaftliche Expertisen auf die Vorzüge des Handlungskonzepts, plädieren jedoch für dessen permanente Weiterentwicklung und wissenschaftliche Überprüfung. Obwohl die Koordinierungsstelle eine sehr engagierte Öffentlichkeitsarbeit betreibt, wird über das „Tolerante Brandenburg“ in den Pressemedien vergleichsweise wenig berichtet. Die Berichte sind dabei fast ausschließlich positiv gehalten.

Als das auffälligste Ergebnis unserer empirischen Analysen ist festzuhalten, dass das „Tolerante Brandenburg“ allseits hohe Anerkennung und große Wertschätzung erfährt, auch von den externen Beobachtern. Das „TBB“ dient(e) anderen Bundesländern weithin als Vorbild. Als vorbildlich gilt insbesondere das über Jahre gewachsene landesweite Beratungsnetzwerk mit der Koordinierungsstelle und den Kernakteuren.

Als besondere **Stärken des Modells** können vor allem folgende angesehen werden:

- parteiübergreifender Grundkonsens,
- konstruktives Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte,
- zentrale Koordinierung und Steuerung,
- flexible, lösungsorientierte Informations- und Kommunikationsstrukturen,
- die hohe Zufriedenheit der Akteure mit der Zusammenarbeit im Netzwerk und
- die relativ hohe finanzielle und personelle Kontinuität.

Zu den **Leistungen**, die dem „Toleranten Brandenburg“ in seiner rund 15-jährigen Geschichte zugerechnet werden können, sind insbesondere folgende zu zählen:

- Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus in vielen Bereichen,
- wahrnehmbare Veränderung der politischen Kultur im Land,
- gewachsene kommunale Verantwortung im Umgang mit Rechtsextremismus,
- funktionsfähiges Beratungs- und Kooperationsnetzwerk und die
- Einbeziehung zahlreicher Kooperationspartner, u.a. aus der Wirtschaft.

Einschränkend muss jedoch konstatiert werden, dass aufgrund der recht allgemein gehaltenen Ziele des Handlungskonzepts der Grad seiner Umsetzung nicht beurteilt werden kann. Es ist anzunehmen, dass die Verwirklichung einzelner Programmziele in den verschiedenen Regionen, Städten und Gemeinden des Landes in unterschiedlicher Weise erfolgt. Die Netzwerkanalyse hat ergeben, dass die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ das Herzstück des Netzwerks darstellt. Zahlreiche Projekte und Maßnahmen des Beratungs- und Kooperationsnetzwerks werden durch die Koordinierungsstelle angestoßen, koordiniert oder betreut. Die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle und auch innerhalb des Beratungs- und Kooperationsnetzwerks wird überdurchschnittlich positiv bewertet. Damit belegt die Netzwerkanalyse die herausragende Stellung der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks innerhalb der Aktivitäten des

„Toleranten Brandenburg“. Als wichtige operative Partner stehen neben der Koordinierungsstelle vor allem die Mobilen Beratungsteams sowie die RAAs. Diese drei Bereiche bzw. Organisationen tragen ganz wesentlich zur erfolgreichen Umsetzung des Konzepts bei.

## **4.2 Neue Herausforderungen**

Ein besonderer Schwerpunkt der Expertise war die Identifizierung von Entwicklungs- bzw. Optimierungsmöglichkeiten für die Arbeit des Netzwerkes „Tolerantes Brandenburg“. Diese lassen sich grob in drei Themenfelder einteilen:

1. Struktur und Status des Toleranten Brandenburg
2. Ziele, Inhalte und Aufgaben des Toleranten Brandenburg
3. Arbeit auf operativer Ebene

### **4.2.1 Struktur und Status des „Toleranten Brandenburg“**

Im Hinblick auf die hier unter 4.2.1 und 4.2.2 behandelten Aspekte soll daran erinnert werden, dass die vorliegende Expertise im Rahmen der regelmäßigen Berichtspflicht der Koordinierungsstelle gegenüber dem Landtag veranlasst worden ist. Die Expertise stellt nicht eine Reaktion auf eine Feststellung von Missständen oder dergleichen dar – derartige Mängelberichte liegen nicht vor. Die Expertise hat vielmehr die Aufgabe, analytisch tiefer zu blicken als es die Aktivitäten des Tagesgeschäfts unmittelbar erfordern und langfristig sinnvolle Reformüberlegungen anzustoßen. Für die folgenden Abschnitte gilt überdies, dass die hier thematisierten Sachverhalte zu den strukturellen Gegebenheiten gehören, wie sie teilweise auch für die vergleichbaren Landesprogramme anderer Bundesländer bzw. Bundesprogramme typisch sind.

### **Verhältnis von „TBB“ und Ministerien transparent gestalten**

Mit der Verabschiedung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ wurde die Schaffung einer Parallelstruktur angestoßen, die in einem nicht völlig geklärten Verhältnis zu den Ministerien und den ihnen nachgeordneten Behörden steht. Die im TBB-Manifest formulierten Aufgaben – kurz gesagt: Bekämpfung von Rechtsextremismus und Förderung von Demokratie – sind Aufgaben, die bereits vor der Formulierung des Manifests und ebenso nach seiner Verabschiedung parallel zur TBB-Praxis von Ministerien und nachgeordneten Behörden bearbeitet wurden und werden. Beispielhaft formuliert: Die Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums hat die Aufgabe, antidemokratische Bestrebungen zu beobachten, die Landeszentrale für politische Bildung verfolgt die Ziele der Förderung von politischem Bewusstsein und der politischen Partizipation und die Schulen des Landes sollen die Schülerschaft in demokratische Beteiligungskulturen sozialisieren.

Es stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis derartige Aufgabenbestimmungen zum TBB-Konzept stehen sollen. Denkbar wären sachliche, zeitliche und akteursbezogene Präzisierungen der TBB-Aufgaben. Ohne Präzisierungen werden sich latente wiederkehrende Aufgabenüberschneidungen zwischen TBB-Akteuren und den ministerialen Regelstrukturen kaum vermeiden lassen. Hinzu kommt das Risiko eines Delegations- oder Alibi-Mechanismus: Wenn „das TBB“ für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Demokratieentwicklung zuständig ist, könnten sich Einrichtungen des Bildungswesens und der Jugendhilfe von diesen Aufgaben entlastet fühlen. Schließlich: Folgt man Subsidiaritätsgrundsätzen, so stellt sich die Frage, ob die Aufgaben (jenseits der landesweit operierenden Beratungsangebote) nicht ohnehin primär auf der regionalen und lokalen Ebene (Gemeinde, Landkreise) anzusiedeln wären.

Überschneidungen zwischen dem problemfokussierten TBB-Landesprogramm und den Aufgaben der einzelnen Ressorts scheinen insbesondere dann unvermeidbar, wenn die Bearbeitung eines Anliegens den Rang einer Querschnittsaufgabe erhält. Umso stärker sind interne Absprachen und Arbeitsteilungen und deren Einhaltung erforderlich; nach außen hin sollte sichtbar sein, wer für welche Themen und Aufgaben zuständig ist.

Der letztlich nicht vollends geklärte Status des TBB-Programms wird auch daran ersichtlich, dass der sprachliche Ausdruck „TBB“ von den Befragten in einem dreifachen Sinn verwendet wird. (1) „TBB“ wird als Bezeichnung des Konzepts verwendet, also des Manifests mit seiner Problemanerkennung und der Selbstverpflichtung der Landesregierung zu einem problembezogenen Handeln. (2) „TBB“ wird aber auch als Eigenname eines Akteurs verwendet. Ähnlich wie man etwa von einem Ministerium als einem „relevanten Player“ spricht, ist die Rede von „dem TBB“ als einem nach außen wirkenden Akteur. Dabei bleibt häufig unklar, welche Akteurskonstellationen mit der Bezeichnung „TBB“ assoziiert werden. Von Außenstehenden wird die Bezeichnung oft sogar exklusiv auf die Koordinierungsstelle (3) projiziert. Diese wird als die Verkörperung des „Toleranten Brandenburgs“ angesehen, in ihren Aktivitäten wird das „TBB“ erkennbar<sup>7</sup>. Entsprechend wird der Koordinierungsstelle dann auch die Verantwortung für Gelingen und Misslingen zugeschrieben.

Eine weitere Unschärfe lässt sich in der Ansiedlung der Koordinierungsstelle im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) identifizieren. Dies mag auf Überlegungen zurückgehen, dass am ehesten im Bildungswesen und der Jugendhilfe Einfluss auf die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung zu erzielen sei; Kinder und Jugendliche unterliegen der Schulpflicht und werden dort in ihren lernbereiten Entwicklungsphasen erreicht. Der relativen Berechtigung solcher Überlegungen steht die Einsicht gegenüber, dass Fremdenfeindschaft und Rechtsextremismus keine spezifischen Jugendphänomene darstellen und insofern eine Beschränkung auf den Jugendbereich sachlich nicht gerechtfertigt ist. Überträgt man diese Überlegung auf das Institutionengefüge der Landesregierung, wäre zu prüfen, ob es der Problem- und Aufgabendefinition nicht angemessener wäre, die Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei anzusiedeln.

### **Verhältnis von „TBB“ als Regierungskonzept und Zivilgesellschaft transparent gestalten**

Ein zweites Feld betrifft das Verhältnis des „Toleranten Brandenburgs“ als ein Regierungskonzept im Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft wird im TBB-Konzept im Wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten betrachtet: Zum einen erscheint sie als defizitär und unterstützungsbedürftig, zum anderen als verpflichteter Kooperationspartner staatlicher Einrichtungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Bei aller begrifflichen Mehrdeutigkeit von „Zivilgesellschaft“: In beiden Fällen wird Zivilgesellschaft offenbar zu wenig als autonome Größe gesehen, die selbständig besteht und sich ggf. auch kritisch zu staatlichen Entscheidungen positioniert. So übernehmen formell zivilgesellschaftlich verfasste, aber faktisch aus dem Landeshaushalt finanzierte und staatlich koordinierte Träger die Beratung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure. In diesem Netzwerk stehen aus nachvollziehbaren Gründen zunächst die Aspekte von Fachlichkeit und Effektivität im Vordergrund. Fragen einer demokratischen Legitimität dieser Akteure treten eher in den Hintergrund. Dieser Typ einer politischen Steuerung über ein Netzwerk, das aus staatlichen und formell nichtstaatlichen Akteuren besteht, wird in der Politikwissenschaft seit einigen Jahren unter dem Stichwort „Governance“ kritisch diskutiert<sup>8</sup>. Das Beratungsnetzwerk des „TBB“ ist ein Beispiel für eine solche Steuerungsstruktur.

Praktische Relevanz haben derartige analytische Überlegungen für die Frage nach dem Status der Beratungsakteure und ihren Problemdefinitionen im Feld von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Verstehen sie sich als staatliche Akteure, sind sie an ein enges Konzept von Rechtsextremismus gebunden,

---

<sup>7</sup> Einen sichtbaren Niederschlag findet diese Bedeutung von „TBB“ in einem Dokument vom Herbst 2013, mit dem Kommunen und Einrichtungen das Beratungsangebot im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen erneut bekanntgemacht worden ist. Oberhalb des Textes sind vier Logos angeordnet. Gleichrangig mit den Signets von „RAA/Demos“, des „Aktionsbündnisses“ und der „Opferperspektive“ wird das „Tolerante Brandenburg“ als vierter Akteur präsentiert. Angemessener wäre stattdessen, entweder auf das Logo des „TBB“ zu verzichten oder deutlich zu machen, dass die drei erstgenannten Träger nicht neben, sondern innerhalb des TBB agieren.

<sup>8</sup> Als problematisch wird unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten die Verschiebung von „Government“ zu „Governance“ gehalten, da man es nun weniger mit demokratisch legitimierten Akteuren zu tun hat und etwa die Zusammensetzung von Governance-Netzwerken Fragen aufwirft. Ebenso sind die Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen in Governance-Systemen in unterschiedlichem Maße oder gar nicht transparent (vgl. z.B. Demirovic/Walk 2011).

wie es auch für die Behörden der Inneren Sicherheit maßgeblich ist. Politischer Extremismus ist dann gleichbedeutend mit Bestrebungen, die die politisch-rechtliche Ordnung als solche bedrohen. Gegenüber einzelnen, auch radikalen Positionen im gesellschaftlichen Meinungsstreit hätten sie Neutralität zu wahren. Dominiert hingegen ein zivilgesellschaftliches Selbstverständnis, so wäre es prinzipiell legitim, mit einem weit gefassten Rechtsextremismuskonzept zu operieren, das auch die Ebene der Einstellungen und Vorurteile in der Bevölkerung mit umfasst. Bislang scheint der Umstand, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zwar das gleiche Problemfeld Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bearbeiten, dies aber auf unterschiedlicher rechtlicher Basis, mit unterschiedlichen Perspektiven, Aufgaben und Befugnissen tun, noch zu wenig thematisiert bzw. kommuniziert zu werden.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks und der Frage nach der Legitimität seiner Akteure wäre es sinnvoll, die Mitgliedschaft im Beratungsnetzwerk an explizierte Kriterien zu binden. Damit wäre das Beratungsnetzwerk prinzipiell auch für neue Akteure geöffnet und das Verhältnis zur Zivilgesellschaft könnte transparenter gemacht werden.

Generell gilt, dass der Stärkung der Zivilgesellschaft im Land Brandenburg auch weiterhin besondere Beachtung geschenkt werden sollte, z.B. durch Förderung von (Aktions-)Bündnissen vor Ort. In diesem Zusammenhang wäre auch zu überlegen, welche Rolle dem Aktionsbündnis - in (Stell-)Vertretungsfunktion für die Zivilgesellschaft - innerhalb des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ künftig zukommen soll. Soweit im Aktionsbündnis lokale und regionale Initiativen im Land repräsentiert werden, steht es innerhalb des Beratungsnetzwerks für die Zivilgesellschaft im Land Brandenburg. Eine stärkere (Selbst-)Profilierung des Aktionsbündnisses als eines Kommunikations- und Handlungsverbundes lokaler Initiativen und Bündnisse wäre möglicherweise auch ein Schritt, ein genuin zivilgesellschaftliches Engagement, das sich unabhängig von der staatlichen Unterstützung entwickelt hat, deutlicher nach außen in Erscheinung treten zu lassen.

#### **4.2.2 Ziele, Inhalte und Aufgaben des „Toleranten Brandenburgs“**

Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ reagierte das Land Brandenburg auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Anders als zunächst von vielen erhofft, handelte es sich nicht um Phänomene, die auf die Übergangszeit nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik beschränkt gewesen wären (vgl. Schubarth/Ulbricht 2012). Diese ursprüngliche Ausgangslage hat der unmittelbaren Auseinandersetzung und den Reaktionen auf rechtsextreme Aktivitäten oder auf einschlägige Straftaten den Status eines Leitmodells in der TBB-Praxis verliehen. Die 2005 vorgenommene konzeptuelle Ausbalancierung zwischen solchen interventiven bzw. primärpräventiven Aktivitäten einerseits und der Arbeit am Prozess einer „Demokratisierung der Demokratie“ andererseits scheint in Teilen der Praxis des „TBB“ sowie der Fremd- und Selbstwahrnehmung noch nicht hinreichend verankert zu sein.

#### **Diskussions- und entwicklungsbedürftige Ziele, Inhalte und Aufgaben**

Das TBB-Konzept formuliert im Wesentlichen zwei Aufgaben: Einmal die kritische Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus und zum anderen die Förderung demokratischer Entwicklungen. Es ist – nicht zuletzt von den Befragten – darauf hingewiesen worden, dass es sich dabei nicht lediglich um zwei verschiedene Aspekte der gleichen Aufgabe handelt. Demokratieförderung schließt die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen und Positionen ein, ohne sich allerdings darin zu erschöpfen. Demokratieentwicklung ist mehr und v.a. auch etwas Anderes als die Bekämpfung von Demokratiegegnern.

Im Verständnis einiger befragter Akteure und in der Außenwahrnehmung wird das „Tolerante Brandenburg“ vorwiegend auf die Rechtsextremismusbekämpfung festgelegt und weniger auf Demokratieförderung. Dies ist weder vom TBB-Manifest vorgezeichnet noch stimmt es mit der Praxis, etwa der RAA, überein. Diese Tendenz in der Außendarstellung als auch in der Selbstwahrnehmung einiger zentraler Akteure ist auch das Resultat einer anscheinend zu wenig explizierten Reflexion über die Breite des Programms „Tolerantes Brandenburg“: Die Strukturförderung von Kernakteuren ist essentielles Element des „TBB“, so dass die finanzielle Förderung des Vereins „Demokratie und Integration Brandenburg“, des Trägers von RAA und von „Demos –

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobile Beratung“, Ausdruck der Wirksamkeit des Programms „TBB“ ist, ebenso die Förderung des „Aktionsbündnis“, der „Opferperspektive“ und der „Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung“. Dieser Befund verweist auf die Notwendigkeit, das Verhältnis der beiden Aufgabenbereiche, die prinzipiell in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander stehen, als solches zu bedenken und neu zu klären. Sowohl die Klärungsprozesse als auch die erzielten Ergebnisse sollten in die nach außen kommunizierte Selbstdarstellung des „TBB“ eingehen.

Innerhalb des Aufgabenbereichs der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann grob zwischen Interventions- und Präventionsansätzen unterschieden werden. Derzeit scheint der Schwerpunkt auf der direkten Intervention (z.B. Akutmaßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten) und Ansätzen einer primären Prävention zu liegen. Geprüft werden sollte, ob das „Tolerante Brandenburg“ um Maßnahmen der sekundären (z.B. Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen) und tertiären Prävention (z.B. nachhaltig wirksame Ausstiegsangebote) gezielt erweitert werden soll. Die Ergebnisse dieser Klärung sollten expliziert werden und in das TBB-Konzept eingehen.

Zugleich ist auch das Spektrum der Präventionsaktivitäten daraufhin zu überprüfen, inwieweit neben der kritischen Auseinandersetzung mit dem politischen Rechtsextremismus auch Phänomene von Vorurteilen in der Mehrheitsbevölkerung („Alltagsrassismus“ oder „GMF“) zu den Problemen gehören, die im Rahmen des „TBB“ systematisch bearbeitet und als Aufgaben nach außen kommuniziert werden sollen. Sollte dies positiv entschieden werden, so folgt daraus ein weiterer, besonderer Unterstützungsbedarf bei der demokratischen Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Es wird empfohlen – in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen – die Potenziale einer frühzeitig einsetzenden demokratischen Bildung und Erziehung stärker zu nutzen. Dies schließt vorurteilsbewusste Ansätze und die Förderung sozialräumlicher Identitätskonzepte in Kita, Schule und Ausbildung ebenso ein, wie eine Arbeit an der Vorbildwirkung von Erwachsenen, insbesondere von Pädagog(inn)en sowie prominenter Persönlichkeiten. Insgesamt geht es dabei um eine integrierte Strategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit<sup>9</sup>.

Der Diskussions- und Entwicklungsbedarf zu Zielen und Aufgaben wird angesichts neuer Herausforderungen wie der wachsenden Zuwanderung, der sich wandelnden Formen des Rechtsextremismus und der differierenden Entwicklungen zwischen den Regionen weiter zunehmen.

### **Fokus auf periphere Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf**

Die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit in Grenzregionen Brandenburgs und Teilen des ländlichen Raumes wurde sowohl in den Befragungen als auch im Feedbackworkshop betont. Strukturschwache, von Abwanderung betroffene Regionen sind meist auch Regionen mit einer schwachen Zivilgesellschaft. Solche Gebiete haben einen besonderen Unterstützungsbedarf. Optimierungsüberlegungen hinsichtlich der TBB-Praxis sollten diese Voten aufgreifen. Mit einer Fokussierung auf derartige Probleme könnte Brandenburg die Vorreiterrolle, die das „Tolerante Brandenburg“ in früheren Jahren hatte, erneut beanspruchen: Periphere Regionen finden sich auch in anderen Bundesländern. Möglicherweise ist eine intensivere Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte über die Entwicklung neuer Methoden erreichbar. Die Bereitschaft der Adressat(inn)en, Beratungs- und andere Unterstützungsangebote anzunehmen, scheinen dabei weniger voraussetzungsreich zu sein, wenn sie nicht auf moralisch aufgeladene Themen wie Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus fokussieren und stattdessen die Dorfentwicklung als solche oder generell Bildungs- und Konfliktberatung ansprechen. Ein mögliches Modell hierfür könnte das derzeit in der Brandenburgischen Feuerwehr laufende Projekt „Ohne Blaulicht“ darstellen.

Um Ziele, Aufgaben und Inhalte des „Toleranten Brandenburg“ zu festigen, auszubauen und neu zu entwickeln, ist eine Neujustierung des Handlungskonzepts in Erwägung zu ziehen. Dabei könnten sowohl *inhaltliche Perspektiven als auch organisatorische Rahmenbedingungen präzisiert* werden. Dem Vorschlag eines Befragten folgend, erscheint ein *partizipativer, die lokalen Bedürfnisse und Kompetenzen berücksichtigender Ansatz* am meisten Erfolg zu versprechen. Ein mehrstufiger, alle *relevanten Akteure*

---

<sup>9</sup> Vgl. z.B. Schubarth 2005, Klein 2007, Kohlstruck u.a. 2012 und Schubarth/Ulbricht 2012.

*integrierender Beteiligungsprozess* könnte hierzu angestoßen werden. Dieser Prozess sollte gut vorbereitet und extern moderiert werden.

Das oben (4.2.1) bereits angesprochene Verhältnis zwischen dem „TBB“ als einem gemeinsamen Regierungsprogramm und den einzelnen Ministerien sollte insofern berücksichtigt werden als mindestens mit den thematisch unmittelbar angrenzenden Ressorts Einvernehmen über sachliche Zuständigkeiten erzielt und dokumentiert werden sollte. Möglicherweise sind dabei Zielvereinbarungen hilfreich. Dies betrifft insbesondere die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragte für Integration. Auch hinsichtlich der Fachaufsicht innerhalb der Landesregierung über Aktivitäten zur Demokratieförderung einerseits und der Rechtsextremismusbekämpfung andererseits sollten verbindliche Absprachen getroffen werden.

#### **4.2.3 Arbeit auf operativer Ebene**

Eine Bearbeitung der unter 4.2.1 und 4.2.2 entwickelten Perspektiven hat direkte Folgen für die Arbeit auf der operativen Ebene unter dem Dach des „Toleranten Brandenburgs“. Dessen ungeachtet können jedoch auch ohne die Behandlung dieser grundsätzlichen Aspekte verschiedene Entwicklungsbedarfe für die Gestaltung der operativen Ebene identifiziert werden, die im Folgenden kurz umrissen werden:

##### **Kriterien für Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks entwickeln**

Das engere Beratungsnetzwerk besteht derzeit aus Trägern unterschiedlicher Größe, für die das Themenfeld Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in unterschiedlichem Maß zentral ist. Geprüft werden sollte, inwieweit sich die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks an explizierten generellen Kriterien orientieren lässt.

##### **Grundsätze des Informationsaustauschs mit Nachrichtendienst festlegen**

Das Beratungsnetzwerk – als Beispiel einer Governance-Struktur – ist das Kernstück einer gewollten, aber informell erfolgenden und rechtlich weitgehend unregulierten Kooperation zwischen staatlichen Stellen und formell Freien Trägern. Problematisch erscheint hier v.a. der wechselseitige informelle Informationsaustausch zwischen der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums, also einem Nachrichtendienst und einzelnen Freien Trägern. Unter Einbeziehung der „Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg“ sollten Grundsätze eines solchen Informationsaustausches festgelegt werden.

##### **Evaluation, Standardisierung, Monitoring als Herausforderungen**

Aus der Perspektive von Zentralstellen der Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus sieht das Land Brandenburg derzeit nur bedingt einen Bedarf hinsichtlich der Entwicklung von Fachstandards und Maßnahmen des Qualitätsmanagements bzgl. der Beratungsangebote. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf Evaluationen von einzelnen Projekten oder der Arbeit der TBB-geförderten Träger beobachten. Vertreter(innen) aus Brandenburg und dem regionalen Beratungsnetzwerk befürchten u.a. die damit verbundene Ressourcenbindung. Diese Zurückhaltung könnte in Zukunft eine Förderung von Bundeseite erschweren. Angesichts der Bundeserwartung sind verschiedene Optionen denkbar: (1) Offensive Beibehaltung der bisherigen Position, die möglicherweise in der Landespolitik breiter verankert werden müsste, (2) Verhandlungen und Kompromissbildung oder (3) Einschwenken auf die Vorgaben der Bundesebene<sup>10</sup>.

Dessen ungeachtet ist der Qualitätsdebatte und der Frage der Nachhaltigkeit der TBB-Arbeit – auch nach Einschätzung der Befragten – generell eine verstärkte Bedeutung beizumessen. Während dies konsensfähig ist, gehen die Antworten auf die Frage nach der Form der Ergebnis- und Wirkungsüberprüfung auseinander, z.B. Entwicklung möglicher Ziel- und Erfolgskriterien, regelmäßige Evaluationen, Einführung eines

---

<sup>10</sup> Gegen eine eigenständige und systematische Entwicklung von Fachstandards und -normen spricht aus Sicht von TBB-Akteuren der relativ hohe personelle und finanzielle Aufwand. Die Annahme, man könne Beratungsprozesse zu individuell gelagerten Fällen über die Klärung von basalen Handlungsprinzipien hinaus Standards unterwerfen, ist generell umstritten.

„Rechtsextremismus-Monitors“, Qualitätssicherung über Qualitätszirkel, Fortbildungen, wissenschaftliche Begleitung, regelmäßiger „strukturierter Entwicklungsdialog“ usw.<sup>11</sup>. Eine regelmäßige und systematische Reflexion der eigenen Aktivitäten erscheint aus gutachterlicher Sicht derzeit wesentlich hilfreicher, als das Entwickeln und Erheben aufwändiger Kriterien. In jedem Fall sollten Evaluations- und Monitoringaktivitäten partizipativ und prozesshaft angelegt sein. Die Erkenntnis- und Lernfunktion denkbarer Qualitäts- und Wirksamkeitsüberprüfungen sollte für das TBB-Netzwerk bedeutsamer sein als die Kontroll- und Legitimationsfunktion.

### **Sichtbarkeit des „TBB“ weiter erhöhen**

Auch wenn die Koordinierungsstelle enorme Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit unternimmt und dabei auch neue Medien mit einbezieht, ist die Sichtbarkeit des „TBB“ noch weiter ausbaufähig. So könnte z.B. die Darstellung gelungener Praxis eine größere Rolle spielen und das „TBB“ insgesamt stärker zu einem identitätsstiftenden Markenzeichen des Landes weiterentwickelt werden. Diese Aufgabe muss allerdings als Querschnittsaufgabe der Landesregierung definiert werden; sie kann nicht von der Koordinierungsstelle allein übernommen werden.

### **Die Zukunft des „TBB“ in den Blick nehmen**

Das hier fokussierte Beratungsnetzwerk („Kernakteure“) wird ganz offensichtlich in einem hohen Maße vom persönlichen Engagement einzelner Personen getragen. Dies ist ein Teil seiner Stärke. Eine starke Prägung durch einzelne Individuen ist unter strukturellen Gesichtspunkten zugleich jedoch immer auch eine Schwäche. Den Gutachtern drängt sich die Frage auf: Wie kann die Leistungsfähigkeit des Beratungsnetzwerks erhalten werden, wenn in Zukunft einzelne Personen altersbedingt oder aus anderen Gründen ausscheiden? Es erscheint wichtig, dass diese und ähnlich gelagerte Fragen im Kreis der Kernakteure nicht aus den Augen geraten. Damit auch künftig Kontinuität und Stabilität in der Arbeit des „TBB“ gesichert ist, sollten personelle und strukturelle Übergänge langfristig vorbereitet und begleitet werden.

## **5. Fazit und Ausblick**

Im Ergebnis unserer multimodalen und mehrperspektivischen Analysen (Expertenbefragungen, Netzwerk- und Dokumentenanalysen sowie Feedbackworkshop) ist ein facettenreiches Bild von der Stärke und Leistungsfähigkeit des „Toleranten Brandenburgs“ entstanden. Damit wurden bisherige gutachterliche Einschätzungen bestätigt und weiter fundiert bzw. konkretisiert (vgl. z.B. Kleger 2007; 2008, Jaschke 2011, Botsch/Kopke 2011; 2013). Insbesondere wurde – erstmals mit empirischen Verfahren – nachgewiesen, wie intensiv und zielorientiert die Informations- und Kommunikationsstrukturen im Beratungs- und weitgehend auch im Kooperationsnetzwerk etabliert sind und welche bedeutsame Rolle dabei der Koordinierungsstelle und den Kernakteuren zukommt. Koordinierungsstelle, Mobile Beratungsteams und RAAs bilden zusammen die drei tragenden Säulen des „Toleranten Brandenburgs“. Damit sind feste strukturelle Grundlagen vorhanden, um auch neuen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich begegnen zu können. Die gute Funktionsfähigkeit des Netzwerks wird auch durch die sehr hohe Zufriedenheit dokumentiert, die von Kernakteuren und Kooperationspartnern im Rahmen der Netzwerkanalyse über die interne Zusammenarbeit geäußert wurden.

Ausgehend von dem Erreichten wurden im Rahmen der Expertise auch Optimierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten identifiziert und zwar hinsichtlich der Rolle bzw. des Status, den Zielen bzw. Aufgaben sowie der operativen Arbeit des „Toleranten Brandenburgs“. Als Herausforderungen sehen die Gutachter u.a. die Neuausbalancierung solcher Spannungsfelder wie das Verhältnis des „TBB“ zu den Ministerien und zur Zivilgesellschaft sowie das Verhältnis von Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Förderung von Demokratie und Partizipation. Hinzu kommen Herausforderungen in Orten und Regionen mit

---

<sup>11</sup> Zur Frage der (Wirkungs)Evaluation im Bereich Rechtsextremismus vgl. z.B. Lynen von Berg/Roth 2003, Glaser/Schuster 2007, Rieker 2009, Roth 2010, Johansson 2013 und Möller 2014.



(zu) schwachen Zivilgesellschaften sowie bei der weiteren Zurückdrängung von Vorurteilen und fremdenfeindlicher Gewalt.

Die konkrete Bearbeitung der oben genannten Optimierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten kann nicht von außen vorgegeben werden. Mit Blick auf eine mittelfristige Entwicklungsperspektive scheint es vielmehr angeraten, über die angeführten Themen- bzw. Konfliktfelder in einen partizipativ angelegten Dialogprozess einzutreten. In einem solchen Prozess könnten mögliche Anpassungen beraten und ggf. Umsetzungsschritte geplant werden. Zugleich ließen sich in einem solchen Verfahren auch die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern. Denn, wie eingangs bereits zitiert: *„Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung ist eine regelrechte Herkules-Aufgabe!“*

## Literatur

- Behn, S./Bohn, I./Karliczek, K.-M./Lüter, A./Sträter, T. (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtstextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT“. Weinheim/Basel.
- Blickpunkt (2013): Neues Demokratie-Mobil wirbt für Wahlteilnahme. In: Blickpunkt Ausgabe 18.09.13 URL: <http://www.blickpunkt-brandenburg.de/index.php?id=22&doc=17761> [Zugriff: 28.01.2014].
- Botsch, G./Kopke, C. (2013): Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat sich insgesamt bewährt. In: Landesregierung Brandenburg (2013): Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. 4. Bericht der Landesregierung. S. 7-9. URL: [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_7300/7317.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_7300/7317.pdf) [Zugriff: 09.01.2014].
- Botsch, G./Kopke, C. (2011): Grenzen setzen: Das „Brandenburger Modell“ der Abwehr des Rechtsextremismus. In: Kopke, C.: Die Grenzen der Toleranz: rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Potsdam, S. 183-206. URL: [http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/5224/pdf/kopke\\_S183\\_206.pdf](http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/5224/pdf/kopke_S183_206.pdf) [Zugriff: 09.01.2014].
- Demirovic, A./Walk, H. (2011): Einleitung. In: Demirovic, A./Walk, H. (Hrsg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster, S. 7-17.
- DJI/BMFSFJ = Deutsches Jugendinstitut/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Abschlussbericht der Programmevaluation der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Berichtszeitraum 01.07.2007-31.12.2010. S. 15-28. URL: [http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e8192/Abschlussbericht\\_barrierefrei.pdf](http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e8192/Abschlussbericht_barrierefrei.pdf) [Zugriff: 27.01.2014].
- Glaser, M./Schuster, S. (Hrsg.) (2007): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Halle.
- Grüne Fraktion Brandenburg (2013): Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg: Eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen. Pressemitteilung vom 29.05.2013. URL: <http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/presse/pressemitteilungen/handlungskonzept-tolerantes-brandenburg-eingeschlagenen-weg-konsequent-weiter-gehen/> [Zugriff: 28.01.2014].
- Heitmeyer, W. (2013): Rechtsextremes Radikalisierungsspektrum, gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Hasse, J./Rosenthal, G. (Hrsg.): Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps. Bonn, S. 12-29.
- ISS/Camino (2011): Endbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.12.2010. „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. URL: [http://www2.jugendstiftung.org/uploads/abschlussbericht\\_wissenschaftliche\\_begleitung\\_kompetent.pdf](http://www2.jugendstiftung.org/uploads/abschlussbericht_wissenschaftliche_begleitung_kompetent.pdf) [Zugriff: 27.01.2014].
- ISS/Camino (2009): Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.08.2009 für das Programm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Berlin/Frankfurt am Main. URL: [http://www.iss-ffm.de/fileadmin/user\\_upload/Projekte/Projekte\\_FP\\_10/kompetent/Gesamtbericht\\_WB-kompetent\\_2009\\_aktuell.pdf](http://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Projekte_FP_10/kompetent/Gesamtbericht_WB-kompetent_2009_aktuell.pdf) [Zugriff: 27.01.2014].
- Jansen, F. (2009): Deutlich weniger Gewalttaten von Rechtsextremisten. In: Der Tagesspiegel. Ausgabe 23.01.2009. URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/brandenburg-deutlich-weniger-gewalttaten-von-rechtsextremisten/1425766.html> [Zugriff: 28.01.2014].
- Jaschke, H.-G.(2011): Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Landtags Brandenburg. URL: [http://www.landtag.brandenburg.de/media\\_fast/5701/Gutachten%20Jaschke.15722148.pdf](http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20Jaschke.15722148.pdf) [Zugriff: 27.01.2014].
- Jaschke, H.-G. (2000): Für eine aktivierte Bürgergesellschaft. Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000, Mainz. URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/Jaschke\\_Fuer\\_eine\\_aktivierte\\_Buergergesellschaft.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Jaschke_Fuer_eine_aktivierte_Buergergesellschaft.pdf) [Zugriff: 27.01.2014].
- Johansson, S. (2013): Was ist (nicht) messbar? Zu den Wirkungen von Programmen zur Rechtsextremismusprävention. In: Journal für politische Bildung, H. 2/2013, S. 28-36.
- Kleger, H. (2008): Warum Potsdam ein „neues Toleranzedikt“ braucht. URL: [http://potsdamertoleranzedikt.de/doku/files/warum\\_potsdam\\_ein\\_neues\\_toleranzedikt\\_braucht.pdf](http://potsdamertoleranzedikt.de/doku/files/warum_potsdam_ein_neues_toleranzedikt_braucht.pdf) [Zugriff: 09.01.2014].
- Kleger, H. (2007): „Tolerantes Brandenburg“ - staatliche und nichtstaatliche Handlungschancen. In: Schoeps, J./Botsch, G./Kopke, C./Rensmann, L. (Hrsg.) (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 165-171.
- Klein, L. (2007): Die Demokratie braucht Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn.
- Kohlstruck, M./Glock, B./Linsler, C./Dobberke, K. (2012): Die Praxis von Vorurteils- und Gewaltprävention in

- zwei Berliner Quartieren. In: Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 47, S. 11-126, URL: [http://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2012/bfg\\_47.pdf](http://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention/2012/bfg_47.pdf) [Zugriff: 04.01.2014].
- Kopke, C. (2011): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Potsdam.
- Landesregierung Brandenburg (2013a): Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. 4. Bericht der Landesregierung. URL: [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_7300/7317.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_7300/7317.pdf) [Zugriff: 09.01.2014].
- Landesregierung Brandenburg (2013b): Plenarprotokoll der 77. Sitzung. Mittwoch, 5. Juni 2013. 5. Wahlperiode. URL: <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/plpr/77.pdf> [Zugriff: 13.02.2014].
- Landesregierung Brandenburg (2010): Maßnahmekatalog des Toleranten Brandenburg. Aktualisierte Fassung 2010.
- Landesregierung Brandenburg (2005): „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/Handlungskonzept.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf) [Zugriff: 10.09.2013].
- Landesregierung Brandenburg (1998): „Tolerantes Brandenburg“. Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. URL: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/5791/handlungskonzept\\_1998.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/handlungskonzept_1998.pdf) [Zugriff: 10.09.2013].
- Lausitzer Rundschau (2013): Einwohner und Gäste feiern vielfältiges Halbe. In: Lausitzer Rundschau Ausgabe 18.11.2013. URL: <http://www.lr-online.de/regionen/luckau/Einwohner-und-Gaeste-feiern-vielfaeltiges-Halbe;art1062,4393527> [Zugriff 28.01.2014].
- Lynen v. Berg, H./Roth, R. (Hrsg.) (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen.
- Märkische Onlinezeitung (2008): Platzeck lobt Errungenschaften des Konzepts "Tolerantes Brandenburg". URL: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/18819> [Zugriff: 28.01.2014].
- Mayring, P./Brunner, E. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Friebertshäuser, B./Prenzel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim, S. 323-333.
- Meuser, M./Nagel, U. (2010): Experteninterviews – wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, B./Prenzel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim, S. 457-471.
- Möller, K. (2014): Programme gegen Rechtsextremismus zwischen Projektitis und Nachhaltigkeit. In: Schubarth, W. (Hrsg.): Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Potsdam (in Vorbereitung).
- Pentsi, A. (2013): Mobile Helfer für alle Fälle. In: Märkische Allgemeine. Ausgabe 27.11.2013. URL: <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Apps-fuer-das-Land-Brandenburg> [Zugriff: 28.01.2014].
- Parlamentsdokumentation Brandenburg (2014): Suchbegriff Tolerantes Brandenburg. URL: <http://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LTBB/servlet.starweb?> [Zugriff: 09.01.2014].
- Rieker, P. (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Weinheim und München.
- Röd, I. (2014): NPD will in Potsdam mitreden. In: Märkische Allgemeine. Ausgabe: 06.01.2014. URL: <http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/Potsdam-NPD-Kommunalwahl> [Zugriff: 28.01.2014].
- Roth, R. (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf> [Zugriff: 27.01.2014].
- Schubarth, W. (2005): Rechtsextremismus als Herausforderung für Schule und Jugendarbeit. Perspektiven für das Land Brandenburg. In: Schoeps, J.H./Botsch, G./Kopke, Ch./Rensmann, L. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 330-338.
- Schubarth, W./Ulbricht, J. (2012): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland: Konjunkturen – Mythen – Herausforderungen. In: Berth, H./Brähler, E./Zenger, M./Stöbel-Richter, Y. (Hrsg.): Innenansichten der Transformation. Gießen, S. 29-29.
- Steinbrink, M./Schmidt, J.-B./Aufvenne, P. (2013): Soziale Netzwerkanalyse für HumangeographInnen: Einführung in UCINET und NetDraw in fünf Schritten. Potsdam.
- Tiede, P. (2013): Neue App bündelt Projekte gegen Rechtsextremismus. In: PNN. Ausgabe 29.05.2013. URL: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/755826/> [Zugriff: 28.01.2014].